

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**
University of Applied Sciences

**Möglichkeiten der kommunalen Wirtschaftsförderung in
kleinen und mittleren Gemeinden
- dargestellt am Beispiel der Gemeinde Gärtringen**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades eines/einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Jonathan Zehender

Studienjahr 2010/2011

Erstgutachter: Prof. Dr. Oliver Sievering
Zweitgutachter: Dipl. Verwaltungswirt (FH) Thomas Thüroff

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	II
Abkürzungsverzeichnis.....	IV
Abbildungsverzeichnis.....	V
Anlagenverzeichnis.....	VI
1 Einleitung.....	1
1.1 Ziel der Arbeit.....	2
1.2 Methode und Aufbau der Arbeit.....	2
2 Grundlagen	4
2.1 Definition der kommunalen Wirtschaftsförderung.....	6
2.2 Wandel der Rahmenbedingungen.....	7
2.2.1 Globalisierung und europäische Integration.....	8
2.2.2 Strukturwandel.....	8
2.2.3 Demografischer Wandel.....	10
2.3 Rechtliche Grundlagen.....	11
3 Form und Betätigung der kommunalen Wirtschaftsförderung...15	
3.1 Zielsetzung.....	15
3.1.1 Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.....	16
3.1.2 Schaffung einer ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur.....	17
3.1.3 Verbesserung der Finanzkraft der Kommune.....	17
3.1.4 Verbesserung der Lebensqualität.....	18
3.1.5 Zielbeziehungen.....	18
3.2 Instrumente der Wirtschaftsförderung.....	19
3.2.1 Gewerbeflächenpolitik.....	20
3.2.2 Allgemeine Infrastrukturpolitik.....	21
3.2.3 Steuer- und Entgeltpolitik, Finanzhilfen.....	22
3.2.4 Beratungsleistungen und Lotsenfunktion.....	22
3.2.5 Initiierung von Standortgemeinschaften und Projekten.....	23

3.3	Organisationsform der Wirtschaftsförderung.....	24
4	Der Standort Gärtringen.....	26
4.1	Allgemeine Strukturen.....	27
4.2	Gewerbliche Strukturen.....	30
5	Betätigung der Wirtschaftsförderung.....	32
5.1	Aktuelles Beispiel: Ansiedlung von Nordfrost.....	32
5.2	Weitere wirtschaftsfördernde Tätigkeiten.....	33
5.3	Kooperation mit Kreiswirtschaftsförderer und WRS.....	35
6	Unternehmensbefragung in Gärtringen.....	36
6.1	Konzeption.....	36
6.2	Auswertung der Befragung.....	37
7	Betätigungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Gemeinden...42	
7.1	Gewerbeflächenmanagement.....	44
7.2	Bestandspflege.....	46
7.3	Erhöhung der Kaufkraftbindung.....	47
8	Zusammenfassung	49
Anlagen.....		VII-XXIII
Literaturverzeichnis.....		XXIV
Erklärung nach § 36 III S.2 AprOVw gD.....		XXVII

Abkürzungsverzeichnis

Art.	Artikel
BB	Landkreis Böblingen
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heißt
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
etc.	Et cetera
EU	Europäische Union
FAG	Finanzausgleichsgesetz
GemO	Gemeindeordnung
GG	Grundgesetz
HWK	Handwerkskammer
i.d.R.	in der Regel
i.S.	im Sinn
IHK	Industrie- und Handelskammer
IMK	Innenministerkonferenz
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
sog.	sogenannte/r
u.a.	unter Anderem
usw.	und so weiter
v.a.	vor allem
vgl.	vergleiche
WRS	Wirtschaftsförderung Region Stuttgart
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland.....	S.10
Abbildung 2: Ziele der kommunalen Wirtschaftsförderung	S.16
Abbildung 3: Zielbeziehungen	S.19
Abbildung 4: Organisationsformen der komm. Wirtschaftsförderung ...	S.25
Abbildung 5: Lage der Gemeinde Gärtringen im Landkreis BB.....	S.27
Abbildung 6: Branchenverteilung der Unternehmen.....	S.38
Abbildung 7: Wichtigkeit der Standortfaktoren.....	S.40
Abbildung 8: Verhältnis zur Gemeindeverwaltung.....	S.41

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Auszug aus der Begründung zum Bebauungsplan „Riedbrunnen“ in Gärtringen.....	S. VII
Anlage 2: Fragebogen der Unternehmensbefragung.....	S. XII
Anlage 3: Auswertung der Unternehmensbefragung.....	S. XV
Anlage 4: Auskunft Kämmerer Hildrizhausen.....	S. XXII
Anlage 5: Rohdaten der Unternehmensbefragung.....	nur auf CD

1 Einleitung

Die kommunale Wirtschaftsförderung hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die angespannte Lage in den Gemeindehaushalten, die durch die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise noch verstärkt wurde, zwingt die Kommunen dazu, sich verstärkt um die Ansiedlung von zukunftssträchtigen Betrieben auf ihrem Territorium zu bemühen. Auch die Unterstützung und Begleitung der ortsansässigen Unternehmen ist von enormer Wichtigkeit, da ein Wegzug oder gar eine Insolvenz einen schmerzhaften Einbruch der Steuereinnahmen bedeuten würde. Eine ausreichende Anzahl an Arbeitsplätze zu sichern, ist zudem ein wesentlicher Bestandteil der Gemeinwohlförderung.

Um sich als attraktiver Standort zu behaupten, müssen sich die Städte und Gemeinde mittlerweile nicht mehr nur gegen nationale Konkurrenz durchsetzen. Aufgrund der immer schneller voranschreitenden Globalisierung und der Liberalisierung des europäischen Binnenmarkts stehen die Kommunen inzwischen in einem internationalen Wettbewerb. Diese verschärfte Konkurrenzsituation setzt die Gemeinden unter steigenden Druck.

In den kommenden Jahren werden auch der demografische Wandel und der, mit ihm einhergehende, Fachkräftemangel die Unternehmen sowie die kommunale Wirtschaftsförderung vor weitere Herausforderungen stellen.

Da diese Notwendigkeiten vielerorts gesehen wurden, ist die Wirtschaftsförderung sowohl auf kommunaler als auch auf regionaler Ebene in den letzten 20 Jahren größtenteils zu einem professionalisierten Aufgabenfeld gewachsen. Das bedeutet sie ist mit eigenem Personal ausgestattet und ihre Tätigkeit geht weit über die reine Gewerbeflächenpolitik hinaus.¹ Gerade in den Gemeinden und

¹ Vgl. Reschl, Richard/Rogg, Walter, Kommunale Wirtschaftsförderung: Standortdialog und Standortentwicklung in Kommunen und Regionen, Dr. Brauner GmbH 2003, S.7.

Landkreisen, in denen die Wirtschaftsförderung mit besonders viel Personal und finanziellen Ressourcen ausgestattet ist, muss sie sich immer wieder gegenüber den Entscheidungsgremien (d.h. Gemeinderat und Kreistag) rechtfertigen und ihre Existenzberechtigung nachweisen. Dies gestaltet sich insoweit schwierig, dass die Ergebnisse der wirtschaftsfördernden Tätigkeit z.T. nicht oder nur schwer operationalisiert und damit messbar gemacht werden können.

1.1 Ziel der Arbeit

Ziel dieser Arbeit ist herauszuarbeiten, welche Maßnahmen und Aktivitäten den kleinen und mittleren Gemeinden zur Verfügung stehen, um ihren Wirtschaftsstandort zu stärken und die Gewerbetreibenden vor Ort bestmöglich zu unterstützen. Dabei werden die Besonderheiten und Unterschiede, die sich für die kleinen und mittleren Gemeinden im Vergleich zu den Stadt- und Landkreisen sowie den großen Kreisstädten ergeben, gebührend berücksichtigt.

Für die Begriffe „kleine Gemeinde“ und „mittlere Gemeinde“ gibt es keine verbindliche, allgemeingültige Definition. Im Rahmen dieser Arbeit wird das Differenzierungskriterium verwendet, das die IHK Region Stuttgart in ihrem Bericht über die Standortattraktivität zugrunde legt.² Demnach wird zwischen kleinen Gemeinden (weniger als 10.000 Einwohner), mittleren Gemeinden (zwischen 10.000 und 22.000 Einwohner) und großen Gemeinden (mehr als 22.000 Einwohner) unterschieden.

1.2 Methode und Aufbau der Arbeit

Zu Beginn wird in die theoretischen Grundlagen der Wirtschaftsförderung eingeführt. Dazu wird in Kapitel 2 zunächst versucht den Begriff der kommunalen Wirtschaftsförderung zu definieren, um dann die sich wandelnden Rahmenbedingungen und die rechtlichen Grundlagen zu beschreiben.

² IHK Region Stuttgart, Wie attraktiv sind die Standorte in der Region Stuttgart? , 2009, Tabellenband II, S.4.

Anschließend soll Kapitel 3 dazu dienen, die Ziele der kommunalen Wirtschaftsförderung zu erläutern und die Instrumente, die ihr zur Erreichung der Ziele zur Verfügung stehen, darzustellen. Ebenso werden die möglichen Organisationsformen der kommunalen Wirtschaftsförderung beschrieben.

Als Anschauungsbeispiel für eine mittlere Gemeinde habe ich die Gemeinde Gärtringen (ca. 12.000 EW) aus dem Landkreis Böblingen gewählt. In Kapitel 4 wird Gärtringen zunächst im Allgemeinen vorgestellt, um dann im Folgenden genauer auf die Besonderheiten des Standorts und die gewerblichen Strukturen einzugehen.

Es folgt eine Darstellung der wirtschaftsfördernden Aktivitäten der Gemeinde Gärtringen, die zu einem Teil in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) umgesetzt werden. Als aktuelles Beispiel soll der Bau eines Tiefkühlagers des Logistikkonzerns Nordfrost auf dem Gebiet der Gemeinde Gärtringen beleuchtet werden, das bis Ende 2011 fertig gestellt sein soll.

Um die Standortvorteile bzw. –nachteile des Standorts Gärtringen herauszuarbeiten, habe ich mich mit einer Online-Befragung direkt an die in Gärtringen ansässigen Firmen gewandt. Im Fragebogen wurden ebenso das Verhältnis zur Gemeindeverwaltung sowie eventuelle Optimierungsmöglichkeiten abgefragt. Die genaue Vorgehensweise, die Bewertung der Ergebnisse und die Schlüsse aus der Befragung finden sich in Kapitel 6.

Im folgenden Kapitel 7 schließt sich eine Zusammenstellung der konkreten Betätigungsmöglichkeiten an, die auch für kleine oder mittlere Gemeinden mit, im Vergleich zu großen Kreisstädten oder Stadt- und Landkreisen, begrenzten finanziellen und personellen Möglichkeiten umsetzbar sind. Schließlich werden im achten und letzten Kapitel die Ergebnisse der Arbeit kurz zusammengefasst.

Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit auf die sonst übliche explizite Nennung der männlichen und weiblichen Form verzichtet. Jedoch sind immer beide Formen gemeint.

2 Grundlagen

Die Wirtschaftspolitik ist seit jeher ein zentrales Betätigungsfeld der öffentlichen Hand in einem marktwirtschaftlichen System. Unter dem Begriff Wirtschaftspolitik sind allgemein gefasst alle öffentlichen Maßnahmen zur Beeinflussung des Wirtschaftsgeschehens zu verstehen.³ Sie ist stets an dem Primärziel „Förderung des Gemeinwohls“ auszurichten.

Bedingt durch die föderale Struktur der Bundesrepublik wird in Deutschland die Wirtschaftspolitik sowohl auf staatlicher (Bund und Länder) als auch auf kommunaler (Landkreise und Gemeinden) betrieben. Der stark gewachsene Einfluss der Europäischen Gemeinschaften hat in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt, dass die europäische Wirtschaftspolitik immer zentraler geworden ist. Sie ist als weitere, supranationale Ebene der Wirtschaftspolitik zu beachten.

In der Literatur wird fast durchgehend zwischen Wirtschaftsordnungspolitik und Wirtschaftsprozesspolitik unterschieden. In der Wirtschaftsordnungspolitik werden gesetzliche Grundlagen geschaffen und verbindliche Regeln festgelegt. Der wirtschaftlichen Betätigung wird somit also ein rechtlicher Rahmen gegeben. Auf diesem Feld sind hauptsächlich die gesetzgebenden Organe der Europäischen Union, des Bundes und der Länder tätig. Unter Wirtschaftsprozesspolitik dagegen versteht man alle Aktivitäten mit denen der Staat konkret in die Marktabläufe eingreift, z.B. durch Subventionen. In den Bereich der Wirtschaftsprozesspolitik ist die kommunale Wirtschaftsförderung

³ große Siemer, Stefan, Die kommunale Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaften, 1992, S.6.

einzuordnen, da sie mit ihrer Tätigkeit i.d.R. unmittelbar in die wirtschaftlichen Strukturen und Prozesse eingreift.⁴

Die kommunale und staatliche Wirtschaftsförderung besitzen eine ähnliche Strategie. Beide versuchen die infrastrukturellen Grundlagen zu verbessern, das Wachstum zu fördern und die Hindernisse abzubauen, die einer wirtschaftlichen Betätigung im Weg stehen. Jedoch unterscheiden sie sich im Hinblick auf ihre Zielsetzung und die eingesetzten Instrumente deutlich.⁵ Die staatliche Wirtschaftsförderung ist auf eine Umverteilung von Ressourcen und damit eine ausgeglichene wirtschaftliche Struktur in den verschiedenen Regionen seines Gebiets ausgerichtet. Sie tritt ihren Adressaten (Unternehmen und Gemeinden) hoheitlich gegenüber und gibt ein bestimmtes Verhalten verbindlich vor. Meist wählt sie die direkte Unterstützung in Form von Geld, z.B. durch die Förderung bestimmter Investitionen.

Die kommunale Wirtschaftsförderung strebt dagegen eine Verbesserung des eigenen Standorts im Vergleich zu anderen Standorten an. Sie verlangt kein spezielles Verhalten, sondern stellt es ihren Adressaten (also den Unternehmen) frei, ob sie die Förderung in Anspruch nehmen oder nicht. Sie sieht sich als „Partner“ der Unternehmen und die indirekte (=nicht monetäre) Förderung überwiegt deutlich. Die Tendenz geht hier zu wissensbasierten Dienstleistungen, wie z.B. Beratung, Begleitung und Bereitstellung von Informationen.⁶

Wenn in dieser Arbeit von Wirtschaftsförderung die Rede sein wird, ist i.d.R. die kommunale Wirtschaftsförderung gemeint.

Es gibt den Ansatz auch auf kommunaler Ebene zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung zu unterscheiden. Demnach werden im Rahmen der Wirtschaftspolitik die Grundlagen und Zielsetzungen festgelegt, etwa durch einen Beschluss des Gemeinderats.

⁴ Vgl. Reschl, Richard/Rogg, Walter, Kommunale Wirtschaftsförderung: Standortdialog und Standortentwicklung in Kommunen und Regionen, Dr. Brauner GmbH 2003, S.9.

⁵ Gärtner, Stefan/Terstriep, Judith/Widmaier, Brigitta, Wirtschaftsförderung im Umbruch, Mehring 2006, S. 246ff.

⁶ Seltsam, Christian, Kommunale Wirtschaftsförderung: Ziele, Instrumente, Erfolgskontrolle, Bayreuth, 2001, S.25f.

Die Wirtschaftsförderung hingegen ist für die konkreten Maßnahmen zuständig, die die festgelegten Grundsätze realisieren sollen.

Ein Großteil des Schrifttums verzichtet jedoch auf eine solche Unterscheidung und setzt auf kommunaler Ebene Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung gleich.

2.1 Definition der kommunalen Wirtschaftsförderung

Die kommunale Wirtschaftsförderung ist eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde. Dennoch ist sie nahezu überall fester Bestandteil des Aufgabenportfolios geworden. Sie ist ein zentraler Faktor für die nachhaltige finanzielle Ausstattung des kommunalen Haushalts und damit der Gesamtentwicklung der Gemeinde. Zusätzlich lassen sich Erfolge auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung kommunalpolitisch gut verkaufen und bringen Wählerstimmen ein.

Es existiert keine Legaldefinition für den Term „kommunale Wirtschaftsförderung“. Die Befugnis der Gemeinde auf diesem Gebiet tätig zu werden, kann jedoch aus der kommunalen Selbstverwaltung abgeleitet werden, die verfassungsrechtlich garantiert ist.⁷

Trotz der Bemühungen eine allgemeingültige Definition zu finden, konnte sich bisher keiner der verschiedenen Definitionsansätze durchsetzen. Da eine umfassende Beleuchtung aller Definitionen, die sich z.T. nur unwesentlich voneinander unterscheiden, den Rahmen deutlich sprengen würde, wird für diese Arbeit eine modifizierte Form der Definition von Lindemann (1999) zugrunde gelegt. Diese lautet wie folgt:

*Kommunale Wirtschaftsförderung umfasst alle Maßnahmen der Gemeinden, welche von den Entscheidungsträgern [...] explizit zum Zweck der (i.S. der Kommune) positiven Beeinflussung der Investitions- und Standortentscheidungen privater Unternehmer getroffen werden.*⁸

⁷ § 28 II GG, § 71 Landesverfassung BW.

⁸ Haug, Peter, Kommunale Wirtschaftsförderung, Hamburg 2004, S.45.

Die herrschende Meinung ordnet die kommunale Wirtschaftsförderung dem Gebiet der Daseinsvorsorge zu. Sie ist nicht Selbstzweck, sondern ihr oberstes Ziel ist das Allgemeinwohl, d.h. die Sicherung und Steigerung des wirtschaftlichen und sozialen Wohls der Einwohner.⁹

Durch die Verbesserung der Infrastruktur und Optimierung des Standorts legt die Kommune die Grundlagen für Investitionen der Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen, um den Bürgern einen hohen Lebensstandard zu gewährleisten. Auch die dadurch steigenden Steuereinnahmen der Gemeinde kommen, z.B. durch die Investition in kommunalen Einrichtungen, den Einwohnern zugute.

Eine andere Auffassung sieht den Schwerpunkt der kommunalen Wirtschaftsförderung in den konkreten Leistungen an die einzelnen Unternehmen und ordnet sie daher der Leistungsverwaltung zu.

In dieser Arbeit werden die Begriffe „Gemeinde“ und „Kommune“ häufig als Synonym verwendet, da der Schwerpunkt auf der Wirtschaftsförderung der Gemeinden, besonders auf die der kleinen und mittleren Gemeinden, liegt. Die Landkreise sind also im Rahmen dieser Arbeit zu vernachlässigen, wobei die meisten der theoretischen Ausführungen auch für die Wirtschaftsförderung der Landkreise gültig bzw. übertragbar sind.

2.2 Wandel der Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Handlungen der kommunalen Wirtschaftsförderung sind einem ständigen Wandel unterworfen. Viele äußere Faktoren, wie z.B. staatliche und europäische Gesetzgebung oder die konjunkturelle Entwicklung sind für die Gemeinde nicht beeinflussbar und sie muss sich ihnen anpassen. Besonders im Bereich der Wirtschaftsförderung erfordert dies ein hohes Maß an Flexibilität und die Fähigkeit zu überprüfen, ob die eigenen Aktivitäten in der aktuellen Lage

⁹ Vgl. Lugan, Andrea, Marketing der komm. Wirtschaftsförderung, Wiesbaden, 1997, S.10.

noch wirksam sind oder einer Anpassung bedürfen. Im Folgenden werden die drei derzeit größten Herausforderungen für die kommunale Wirtschaftsförderung dargestellt.

2.2.1 Globalisierung und europäische Integration

Die Gemeinden haben die veränderten Standortstrategien der Unternehmen zu berücksichtigen, die oftmals eine Verlegung ihrer Produktionsstätten in sog. Niedriglohnländer in Erwägung ziehen. Nicht mehr nur die großen Konzerne, sondern auch kleine und mittlere Unternehmen sämtlicher Branchen investieren vermehrt im Ausland. Die Standorttreue, also die Bindung von Unternehmen an einen Ort, ist nicht mehr in dem Maß gegeben, wie noch vor einigen Jahrzehnten. Der europäische Binnenmarkt, der die vier Grundfreiheiten der europäischen Union – freier Personenverkehr, freier Warenverkehr, freier Kapitalverkehr und Dienstleistungsfreiheit – konkretisiert, ermöglicht es den Unternehmen ohne große Hindernisse bürokratischer Art in den anderen Mitgliedsstaaten zu investieren. Durch die EU-Osterweiterung 2004, bei der 10 Länder mit z.T. sehr niedrigem Lohnniveau in den Binnenmarkt aufgenommen wurden, sind die Investitionsmöglichkeiten weiter gestiegen. Der so spürbar verschärfte Wettbewerb der Standorte und Regionen um die wenigen ansiedlungswilligen Unternehmen zwingt die Kommunen zu neuen Strategien. Dabei sind vor allem eine internationale Ausrichtung und die Positionierung des eigenen Standorts als Marke mit einem klaren Profil unerlässlich. Für diesen Aspekt erscheint es sinnvoll, die Ressourcen der Kommunen zu bündeln und bei der regionalen Wirtschaftsförderung anzusiedeln. Denn die Region ist international deutlich sichtbarer und kann so den Standort besser vermarkten.

2.2.2 Strukturwandel

In fast allen westlichen Industrienationen hat sich in den vergangenen Jahren eine Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunkts weg vom

produzierenden Gewerbe hin zum Dienstleistungssektor (sog. „tertiärer Sektor“) vollzogen. So auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo der Anteil Beschäftigte im Dienstleistungsbereich im Zeitraum von 1970 bis 2006 von 45% auf 72% angestiegen ist.¹⁰ Auch das Bruttoinlandsprodukt, das inzwischen zu mehr als 2/3 im Dienstleistungssektor erwirtschaftet wird, hat die gleiche Entwicklung genommen. In diesem Kontext sind insbesondere eine hohe Qualifikation der Mitarbeiter und Innovationspotential gefragt. Auf diese Herausforderungen, die an die Unternehmen gestellt werden, muss auch die Wirtschaftsförderung reagieren und sie als Partner unterstützen (durch z.B. Informationsbereitstellung, Kooperationen mit Bildungseinrichtungen, Initiieren von Projekten usw.)

Außerdem entwickeln sich ständig neue Branchen und Märkte, die ein großes Wachstumspotential haben. Als besonders bedeutsam sind hierbei die moderne Informations- und Telekommunikationstechnologie, die nachhaltige Energiewirtschaft und, mit Blick auf die Zukunft, auch die Elektromobilität zu nennen. Durch die unterschiedlichen Standortpotentiale (z.B. räumliche Nähe von Zulieferern/Produzenten einer Wertschöpfungskette, räumliche Nähe von Forschungseinrichtungen) ergeben sich regional unterschiedliche Wachstumsbranchen, die zu bestimmten Clustern zusammengefasst werden können. Die Herausforderung für die Wirtschaftsförderung ist es, die Wachstumsbranchen des eigenen Standorts zu identifizieren und mit speziellen Maßnahmen zu stärken. Die einzelnen Akteure eines Clusters werden vernetzt und somit der Wissens- und Innovationsaustausch gefördert. Da dies im Regelfall nur auf regionaler Ebene sinnvoll geschehen kann, ist also auch hier interkommunale Zusammenarbeit unabdingbar.

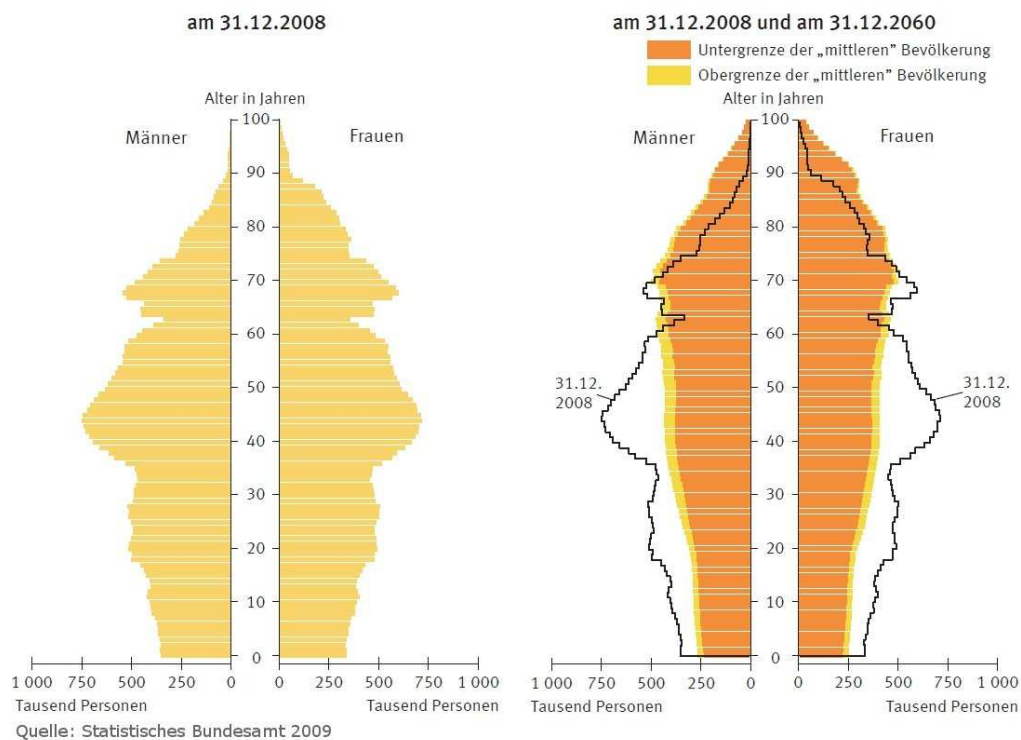
¹⁰ Statistisches Bundesamt,
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/DienstleistungenFinanzdienstleistungen/Aktuell,templateld=renderPrint.psml>.

2.2.3 Demografischer Wandel

Die Bevölkerungsstruktur in Deutschland wird sich in den kommenden Jahren drastisch ändern. Die absolute Bevölkerungszahl wird nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von derzeit knapp 82 Millionen auf 75-78 Millionen im Jahr 2030 schrumpfen. Hierbei sind jedoch auch jährliche Zuwanderungsüberschüsse einberechnet, ohne die die Bevölkerungszahl im Jahr 2030 bei nur noch 59 Millionen liegen würde. Von großer Bedeutung ist neben der absoluten Abnahme auch die Veränderung der Altersstruktur.

In den nächsten Jahrzehnten wird der Anteil der Erwerbstätigen stark zurückgehen und der Anteil der Menschen über 60 Jahre zunehmen. Der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung wird also immer älter.

Abbildung 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

Eine identische Entwicklung ist auch für das Land Baden-Württemberg prognostiziert¹¹ und wird die Nachfrage an einigen kommunalen Angeboten merkbar verändern. So werden z.B. weniger Kindergartenplätze und dafür eine ausgeweitete Pflege für Senioren benötigt werden. Für die Unternehmen wird sich der Rückgang an erwerbstätigen Personen dergestalt auswirken, dass sie Schwierigkeiten bekommen werden, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen. Dieser Fachkräftemangel führt zu einem verstärkten Wettbewerb um das Personal. In diesem Zuge kann die Wirtschaftsförderung die Betriebe vor allem durch die Verbesserung der sog. weichen Standortfaktoren (Wohnumfeld, medizinische Versorgung, Bildungsangebot, Kultur- und Freizeitangebot usw.) unterstützen. Zusätzlich kann sie dazu beitragen die Wirtschaft und die Öffentlichkeit stärker für das Thema zu sensibilisieren und zum Austausch von Erfahrungen anregen.

2.3 Rechtliche Grundlagen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht ist in Art. 28 II GG geregelt. Darin werden die Gemeinden ermächtigt, ihre „Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. Daraus ergibt sich die Rechtmäßigkeit kommunaler Wirtschaftsförderung. Die Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) konkretisiert das Selbstverwaltungsrecht weiter aus. Nach § 1 hat die Gemeinde „das gemeinsame Wohl ihrer Einwohner“ zu fördern. In § 2 I wird dann die vermutete Allzuständigkeit der Gemeinde definiert: „Die Gemeinden verwalten in ihrem Gebiet alle öffentliche Aufgaben allein und unter eigener Verantwortung, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen.“ Soweit vom Gesetzgeber nichts Gegenteiliges geregelt ist, kann die Gemeinde also grundsätzlich wirtschaftsfördernd tätig werden, wenn die Fördermaßnahme dem Gemeinwohl dient und sich auf das Gemeindegebiet bezieht. Im Gesetz zur „Verbesserung der regionalen

¹¹ Vgl. Reschl, Richard/Rogg, Walter, Kommunale Wirtschaftsförderung: Standortdialog und Standortentwicklung in Kommunen und Regionen, Dr. Brauner GmbH 2003, S.19.

Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wird den Kommunen ausdrücklich auferlegt, für den Ausbau der lokalen Infrastruktur zu sorgen.¹² Die kommunale Wirtschaftsförderung hat dabei stets die staatliche Wirtschaftspolitik zu berücksichtigen und darf sie nicht durch eigene Maßnahmen behindern.

Auch an etlichen weiteren Stellen sind den Gemeinden rechtliche Grenzen gesetzt. Im Jahr 1981 beriet die Innenministerkonferenz (IMK) über die Zulässigkeit und die Beschränkungen der kommunalen Wirtschaftsförderung. Die daraus entstandene Empfehlung wird bis heute von den Aufsichtsbehörden als Maßstab für die Rechtmäßigkeitsbewertung verwendet. Danach wird zwischen direkter und indirekter Förderung unterschieden. Die indirekte Förderung, die günstige Rahmenbedingungen schafft (z.B. durch Verbesserung der Infrastruktur, Bauleitplanung, Festsetzung der Hebesätze, Beratung usw.) und dabei allen Unternehmen im gleichen Maße zugute kommt, sind als kommunale Aufgabenerfüllung zulässig. Die direkten Fördermaßnahmen wie Zuschüsse, Verbilligungen, Bürgschaften usw., die sich an einzelne Unternehmen richten, sind dagegen aufgrund der Wettbewerbsneutralität, die die öffentliche Hand in einem marktwirtschaftlichen System einnehmen muss, grundsätzlich untersagt. Nur „wenn überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls der örtlichen Gemeinschaft die betriebsbezogene Förderung eines bestimmten Unternehmens erfordern, kann sie im Einzelfall als kommunale Angelegenheit“ angesehen werden und damit ausnahmsweise zulässig sein.¹³ Als Beispiele hierfür kommen Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung oder zur Entlastung der Umwelt (Betriebsverlagerung aus Wohn- in Industriegebiet) in Frage.¹⁴

Bei Maßnahmen der direkten Wirtschaftsförderung ist außerdem stets dafür zu sorgen, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz aus Art. 3 GG eingehalten wird. Es muss also ein sachlicher Grund zur Differenzierung

¹² § 1 I Nr. 2 GRW, i.V.m. § 2 II S.2 GRW.

¹³ IMK-Empfehlung, 12.03.1981, 2.2.1.

¹⁴ Vgl. Lugan, Andrea, Marketing der komm. Wirtschaftsförderung, Wiesbaden, 1997, S.21.

vorliegen, warum gerade dieses eine Unternehmen direkt gefördert wird und ein anderes nicht. Wenn eine solche Rechtfertigung nicht vorliegt, ist das Willkürverbot verletzt.

Auch im EU-Recht wird die Unterscheidung zwischen direkter und indirekter Förderung getroffen. Untersagt sind staatliche Beihilfen, die dazu geeignet sind, den Wettbewerb innerhalb der EU zu verfälschen und den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten zu beeinträchtigen. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, prüft die Europäische Kommission, die vor jeder Beihilfe zu unterrichten ist.¹⁵ Der Begriff „staatliche Beihilfe“ ist dabei sehr weit auszulegen. Unter „staatlich“ fallen alle Maßnahmen der öffentlichen Hand, also auch die der Kommunen. Beihilfen in diesem Sinne umfassen neben den unmittelbaren Geldleistungen auch vergünstigte Darlehen, Übernahme von Bürgschaften, Verkauf von Grundstücken unter Verkehrswert und den Erlass kommunaler Abgaben. Ob Beihilfen nach den EU-Vorschriften zulässig sind oder nicht, ist meist schwierig zu beurteilen, jedoch kann davon ausgegangen werden, dass die Kommission einen strengen Maßstab zugrunde legt.¹⁶ Durch die sog. De-minimis-Verordnung sind Beihilfen mit einem kleinen Volumen (höchstens 200.000€ über Zeitraum von drei Jahren) von der Genehmigungspflicht ausgenommen.¹⁷

Die indirekten Instrumente zur allgemeinen Stärkung des Standorts dagegen lassen sich nicht unter den Begriff der Beihilfe subsumieren und sind daher stets zulässig.

Die Gemeinde ist bei ihrer Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gebunden.¹⁸ D.h. entsprechend ihrer Größe und Funktion sind ihr bestimmte Aufgaben zugewiesen, die sie bei ihrer Entwicklung zu beachten hat. So kann die Gemeinde etwa in ihrem

¹⁵ Art. 87,88 EGV.

¹⁶ Rechtliche Zulässigkeit und Grenzen kommunaler Wirtschaftsförderung, Dr. Christof Eichert, in: Dieckmann/König, Kommunale Wirtschaftsförderung, 1994, S.63f.

¹⁷ Verordnung der EG Nr. 1998/2006 vom 15. Dezember 2006.

¹⁸ § 1 IV BauGB.

Flächennutzungsplan keine Gewerbegebiete festlegen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Regionalplans stehen. Außerdem muss für bestimmte Vorhaben, z.B. großflächige Handelsmärkte, ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden.¹⁹

Schließlich werden der Wirtschaftsförderung kommunalrechtlich enge Grenzen gesetzt. Die Gemeinden haben ihre Haushaltswirtschaft gemäß § 77 II GemO sparsam und wirtschaftlich zu führen. Das bedeutet, dass den Ausgaben für eine wirtschaftsfördernde Betätigung auch stets ein Nutzen im angemessenen Verhältnis gegenüber stehen muss. Da die Nutzen einer Fördermaßnahme in den allermeisten Fällen nicht monetär und z.T. schwer messbar sind, ist der Nachweis der Wirtschaftlichkeit oftmals schwer zu führen. Ebenso wie das EU-Recht, so schränkt auch das Gemeindewirtschaftsrecht die Möglichkeiten der direkten Förderungen stark ein. Gemeindeeigene Grundstücke dürfen i.d.R. nur zu ihrem vollen Verkehrswert verkauft werden. Ansonsten hat die Rechtsaufsichtsbehörde die Ausnahme zu genehmigen.²⁰ Grundsätzlich darf die Gemeinde nach § 88 I GemO keine Sicherheiten oder Gewährleistungen zugunsten Dritter bestellen. Auch der Vergabe von öffentlichen Aufträgen an örtliche Betriebe als Mittel der direkten Wirtschaftsförderung sind enge Grenzen gesetzt. Gemäß § 31 I Gemeindehaushaltsverordnung Baden-Württemberg (GemHVO) hat der Vergabe eine öffentliche Ausschreibung vorzuziehen. Das Vergaberecht regelt genau, welches der Angebote schließlich zu berücksichtigen ist. Da dies in aller Regel das billigste Angebot ist, scheidet eine Bevorzugung des örtlichen Wettbewerbers aus. Ab bestimmten Schwellenwerten ist sogar eine EU-weite Ausschreibung vorgeschrieben. Die freihändige Vergabe an ein örtliches Unternehmen ist nur in einem sehr engen Rahmen möglich. Schließlich ist in den §§ 102ff GemO normiert unter welchen Voraussetzungen sich die Gemeinde an einem Unternehmen beteiligen darf.

¹⁹ § 18,19 Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg.

²⁰ § 92 GemO Baden-Württemberg.

Um eine sog. „Flucht ins Privatrecht“ zu verhindern, stellte bereits die Innenministerkonferenz bei ihrer Stellungnahme im Jahr 1981 klar, dass auch die privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die von Kommunen getragen werden, an die selben Beschränkungen gebunden sind, die für die Gemeinden gelten.²¹

3 Form und Betätigung der kommunalen Wirtschaftsförderung

Nachdem die Grundlagen und Rahmenbedingungen der kommunalen Wirtschaftsförderung dargestellt wurden, sollen nun die Ziele und die zur Erreichung der Ziele durchgeführten Aktivitäten erläutert werden.

3.1 Zielsetzung

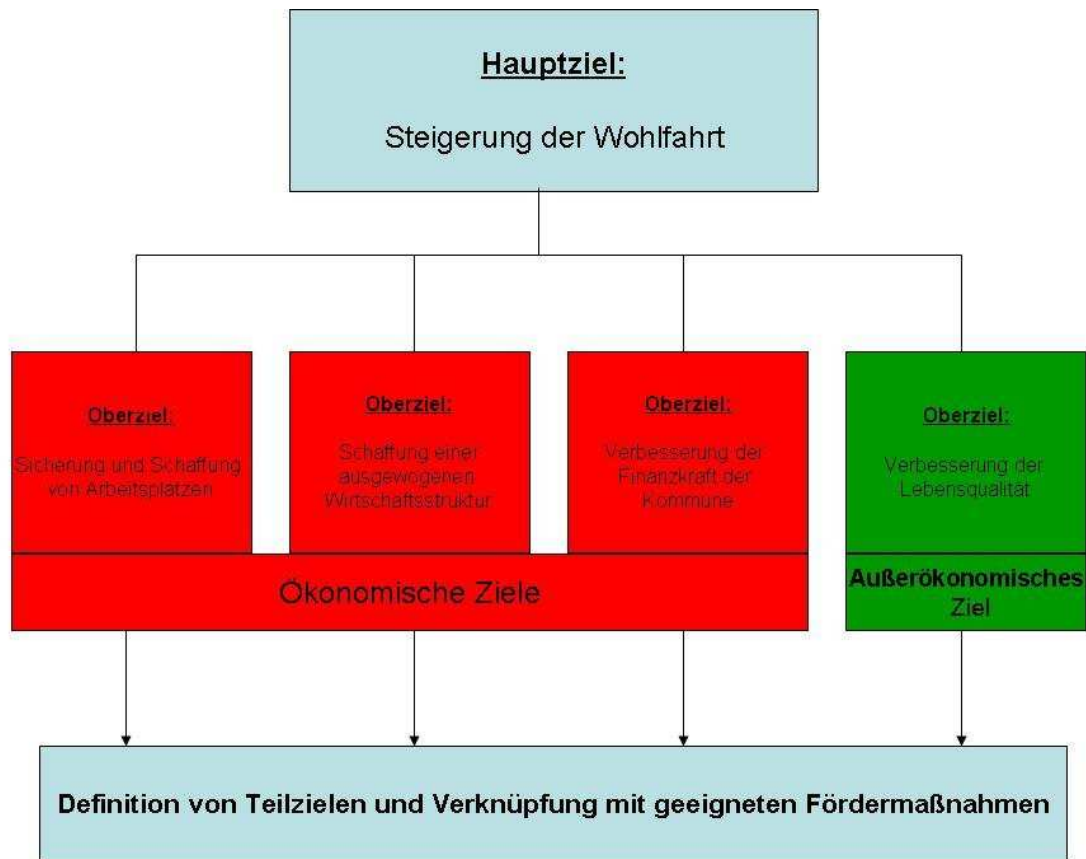
Eine Formulierung von genauen Zielen ist für jede Betätigung der Gemeinde wichtig, denn aus ihnen werden die Strategien entwickelt und nur wenn Zielvorgaben vorhanden sind, kann auch eine Erfolgsmessung stattfinden. Da die kommunale Wirtschaftsförderung als ein Teil der staatlichen Wirtschaftspolitik zu sehen ist, verfolgt sie dasselbe gesellschaftliche Hauptziel. Wie bereits weiter oben erwähnt, ist Wirtschaftsförderung kein Selbstzweck, sondern ist dem großen Hauptziel „Steigerung der Wohlfahrt“ untergeordnet. Dies kann als „Sicherung und Verbesserung der Erwerbsgrundlage und des Lebensstandards“ der Gemeindebevölkerung umschrieben werden.²² Da sich aus allgemeinen Formulierungen wie „Gemeinwohl“ und „Wohlfahrt“ kaum konkretes Handeln ableiten lässt, werden Oberziele definiert, die der Realisierung des Hauptziels dienen sollen. Die Literatur nennt dazu drei ökonomische und ein nicht-ökonomisches Ziel (siehe Abb. 2). Die Oberziele müssen weiter in Teilziele mit angestrebtem Grad der Zielerreichung und

²¹ IMK-Empfehlung, 12.03.1981, III.5.

²² Seltsam, Christian, Kommunale Wirtschaftsförderung: Ziele, Instrumente, Erfolgskontrolle, Bayreuth, 2001, S.98f.

zeitlichem Rahmen zerlegt werden. Schließlich sind die Teilziele mit den konkreten Förderinstrumenten zu verbinden. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass aufgrund starker externer Faktoren auf die wirtschaftliche Entwicklung die Erfolgsmessbarkeit einer kommunalen Maßnahme erschwert wird.

Abbildung 2: Ziele der kommunalen Wirtschaftsförderung



Quelle: Eigene Darstellung

Im Folgenden wird kurz auf die vier Oberziele eingegangen:

3.1.1 Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen

Ein gesichertes Einkommen ist die Grundvoraussetzung für das Wohlergehen der Bevölkerung. Dazu wird ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen benötigt.

Wegen seiner elementaren Bedeutung für die Einwohner genießt dieses Ziel meist die höchste Priorität. Zudem ist es sehr öffentlichkeitswirksam. Es geht zum einen darum die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und zum anderen darum Investitionen zu fördern, die neue Arbeitsplätze schaffen. Außerdem sollte die Gemeinde darauf hinwirken, dass genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind, um den Jugendlichen eine Perspektive vor Ort zu bieten und sie so vom Abwandern abzuhalten.

3.1.2 Schaffung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur

Eine Kommune, die in großem Maß von den Gewerbesteuereinnahmen eines einzelnen Unternehmens oder einer Branche abhängig ist, kann durch Konjunkturschwankungen und Strukturkrisen in große finanzielle Schwierigkeiten geraten. Um sich gegen eine solche Anfälligkeit abzusichern, setzt sich die Wirtschaftsförderung das Ziel, einen möglichst breiten Branchenmix auf dem Gemeindegebiet anzustreben. Eine zu starke Konzentration auf wenige große Konzerne ist dabei nicht zielführend, denn besonders die kleinen und mittleren Unternehmen bedürfen der Förderung und sie wirken einer wirtschaftlichen Monostruktur entgegen.

3.1.3 Verbesserung der Finanzkraft der Kommune

Ein weiteres Ziel der Wirtschaftsförderung besteht darin, das Steueraufkommen, das der Gemeinde zu gute kommt, zu erhöhen.

Die Gewerbesteuer der ortsansässigen Betriebe und der Anteil an der Einkommenssteuer sind die beiden wichtigsten Einnahmequellen des kommunalen Haushalts. Wenn durch gesunde Betriebe vor Ort und die Ansiedlung neuer Unternehmen, und damit potentieller Steuerzahler, die Einnahmen erhöht werden, kann die Kommune den Bürger ein besseres Leistungsangebot zur Verfügung stellen und die Infrastruktur verbessern. Dies wiederum wirkt sich positiv auf die Attraktivität des Standorts aus.

3.1.4 Verbesserung der Lebensqualität

Als viertes und letztes Oberziel der Wirtschaftsförderung, das ebenso wie die drei anderen der Erfüllung des Hauptziels „Steigerung der Wohlfahrt der Bevölkerung“ dient, lässt sich die Verbesserung der Lebensqualität definieren. Diese außerökonomische Zielsetzung umfasst u.a. die Themenfelder Wohnqualität, soziale Infrastruktur, Freizeit- und Kulturangebote und Naherholungsmöglichkeiten in der Natur. Eine Gemeinde mit hoher Lebensqualität wird durch die sog. weichen Faktoren die Standortentscheidung von Unternehmen positiv beeinflussen.

3.1.5 Zielbeziehungen

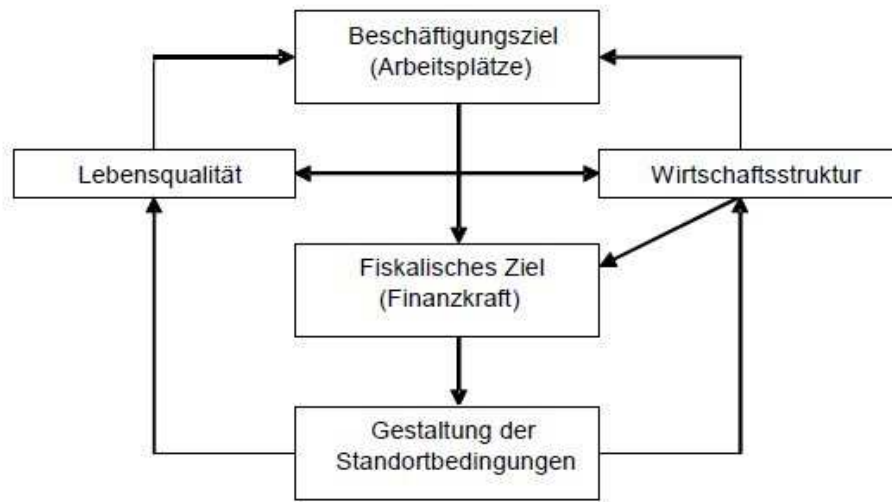
Keines der oben genannten Ziele kann isoliert betrachtet werden, denn sie stehen in vielschichtigen, wechselseitigen Beziehungen zueinander. Teilweise harmonieren die Ziele miteinander, d.h. ein Ziel unterstützt die Erreichung eines anderen Ziel. Auf der anderen Seite wiederum gibt es Ziele, die sich gegenseitig behindern.

So kann z.B. die Ansiedlung eines großen Industriebetriebs, der viele neue Arbeitsplätze schafft und für eine Erhöhung der Steuereinnahmen sorgt, ein gesteigertes Verkehrsaufkommen und damit eine erhöhte Umweltbelastung mit sich bringen. Hier stehen das Beschäftigungsziel und die Lebensqualität in einem Zielkonflikt. Die beiden Ziele „Schaffung von Arbeitsplätzen“ und „Verbesserung der Finanzkraft“ jedoch harmonisieren miteinander.

Die Ziele der Wirtschaftsförderung sind stets auch im Kontext der Gesamtziele der Gemeinde zu sehen.

Bei auftretenden Zielkonflikten liegt es an den kommunalen Entscheidungsträgern eine Abwägung zu treffen und die Prioritäten für die Gemeinde zu setzen. Die folgende Abbildung veranschaulicht die Zielbeziehungen der kommunalen Wirtschaftsförderung.

Abbildung 3: Zielbeziehungen



Quelle: Seltsam, Christian, Kommunale Wirtschaftsförderung, S.119

3.2 Instrumente der Wirtschaftsförderung

Da die kommunale Wirtschaftsförderung eine Querschnittsaufgabe ist, die nahezu alle Bereiche der Gemeinde betrifft, ist ihr Handlungsinstrumentarium sehr umfangreich und vielfältig. In der Literatur werden verschiedene Systematisierungsmöglichkeiten vorgeschlagen, auf die hier jedoch nicht im Einzelnen eingegangen werden soll.

Die traditionelle Zweiteilung der klassischen Wirtschaftsförderung erfolgt in die beiden Bereiche Neuakquisition von Unternehmen und Bestandspflege. Lange Zeit lag der Schwerpunkt der Kommunen darauf, externe Großbetriebe mit möglichst hohem Exportanteil anzulocken. Denn die Ansiedlung eines solchen Unternehmens bringt neue Arbeitsplätze an den Standort und stärkt die Finanzkraft der Kommune. Jedoch haben die zunehmende Verlagerung der Produktionsstätten in Niedriglohnländer und der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft das Ansiedlungspotential deutlich reduziert. Daher hat die Stärkung des sog. „endogenen Potentials“ an Bedeutung gewonnen. Das bedeutet, dass die bereits ansässigen Unternehmen, besonders kleine und mittlere Betriebe, gezielt

gefördert und beraten werden. Neben der Sicherung der Arbeitsplätze ist es das Ziel, die Wirtschaftskraft aus dem vorhandenen Bestand, z.B. durch Betriebserweiterungen, heraus zu vergrößern. Um die Unternehmen sinnvoll betreuen zu können, ist es notwendig ihre Bedürfnisse und Probleme zu kennen und die Aktivitäten flexibel daran anzupassen.

Neben die klassischen Betätigungsfelder Akquisition und Bestandspflege, die weiterhin die größte Bedeutung haben²³, sind neue Bereiche wie die Existenzgründerberatung und das Initiieren von Projekten getreten.

Im Folgenden werden einige der wichtigsten und gängigsten Instrumente behandelt.

3.2.1 Gewerbeflächenpolitik

Die Gewerbeflächenpolitik umfasst die Bauleitplanung und die Liegenschaftspolitik. Bestandteile sind dabei der An- und Verkauf geeigneter Flächen sowie die Erschließung und Vermittlung der Flächen. Im Rahmen ihrer Planungshoheit erlässt die Gemeinde Flächennutzungs- und Bebauungspläne, in denen Gewerbegebiete ausgewiesen werden. Die vorhandenen Flächen müssen ansprechend vermarktet und sämtliche relevanten Information (Größe, Lage, Preis, derzeitige Nutzung usw.) den interessierten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Da der gesamte Prozess der Schaffung einer Gewerbefläche mit Umlegung, Beplanung und Erschließung mehrere Jahre dauert, hat sich die Gemeinde an langfristigen Bedarfsschätzungen zu orientieren. Im Idealfall sollte sie stets Gewerbeflächen unterschiedlicher Größen und Beschaffenheit vorhalten, um mögliche Interessenten befriedigen zu können. Auch die Gestaltung des Grundstückspreises gehört zur Gewerbeflächenpolitik. Zu beachten ist dabei aber, dass ein Verkauf deutlich unterhalb des Marktwerts als direkte Förderung zu werten, und damit eventuell unzulässig, ist.²⁴

²³ Hollbach-Grömig, Beate/Floeting, Holger, Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven, 2008, S.8.

²⁴ Vg. Rechtliche Rahmenbedingungen 2.3.

Um überhaupt als Standort in Frage zu kommen, müssen auch die entsprechenden Flächen, die ein Betrieb benötigt, verfügbar sein. Dies gilt sowohl für eine Ansiedlung als auch für die Expansion bestehender Betriebe. Daher wird die Gewerbeflächenpolitik von den allermeisten als wichtigstes Instrument der Wirtschaftsförderung angesehen.²⁵

An Bedeutung zugenommen haben in den letzten Jahren neuartige Ansätze wie z.B. Flächenrecycling oder Entwicklung von Flächen gemeinsam mit privaten Investoren (z.B. Zwischennutzungskonzepte).

3.2.2 Allgemeine Infrastrukturpolitik

Neben der Bereitstellung von Gewerbeflächen sind die Gemeinden auch darauf bedacht, optimale Bedingungen für die wirtschaftliche Betätigung zu schaffen. Dies geschieht insbesondere durch den Ausbau der Infrastruktur, die als „Gesamtheit aller wachstumsnotwendigen materiellen, institutionellen und personellen Voraussetzungen für die Produktionsaktivitäten“²⁶ definiert werden kann. Schon anhand der Definition wird deutlich, dass zwischen verschiedener Arten von Infrastruktur unterschieden werden kann. Besonders bedeutsam ist die Aufteilung in technische (oder wirtschaftsnahe) und soziale (oder haushaltsnahe) Infrastruktur. Die technische Infrastruktur geht als Produktionsfaktor unmittelbar in den Produktionsprozess ein. Am Bedeutsamsten sind hierbei die Verkehrsinfrastruktur (Anbindung an überregionale Straßen, gute Erreichbarkeit mit ÖPNV usw.), Ver- und Entsorgung (z.B. auch Anschluss an Internet-Breitbandnetz) und wirtschaftsnahe Dienstleistungen. Zum großen Teil kann die Gemeinde diese Faktoren nicht alleine beeinflussen und ist auf übergeordnete Entscheidungsträger angewiesen. Mit einer kontinuierlichen Lobbyarbeit bei Bund, Land, Region usw. kann jedoch einiges erreicht werden. Die Gemeinde tritt somit auch als Interessenvertretung der lokalen Betriebe auf. Nicht zu vernachlässigen ist die soziale Infrastruktur. Zu ihr zählen

²⁵ Hollbach-Grömig, Beate/Floeting, Holger, Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven, 2008, S.7.

²⁶ Haug, Peter, Kommunale Wirtschaftsförderung, Hamburg 2004, S.59.

u.a. Wohnangebot, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kindergärten sowie Kultur- und Freizeitangebot. Sie kommen in erster Linie den privaten Haushalten zugute, aber beeinflussen auch als weiche Standortfaktoren die Attraktivität des Standorts. Durch einen hohen Wohn- und Freizeitwert können qualifizierte Fachkräfte leichter angeworben werden. Eine gut ausgeprägte soziale Infrastruktur wirkt sich allgemein positiv auf das Image der Kommune aus.

3.2.3 Steuer- und Entgeltpolitik, Finanzhilfen

Dazu gehören die Maßnahmen der direkten Förderung wie zinsverbilligte Darlehen, Zuschüsse, Übernahme von Bürgschaften oder Stundung und Erlass von Gemeindesteuern. Sie sind zum Teil rechtlich nicht zugelassen (siehe Kapitel 2.3) und auch ihre Wirkung ist unter den Experten umstritten. Die herrschende Meinung geht davon aus, dass kommunale Finanzhilfen, die aufgrund der angespannten Haushaltslage ohnehin nur sehr begrenzt möglich sind, keine große Relevanz für die unternehmerischen Entscheidungen haben. Sie sind daher auch eher selten anzutreffen. Einzig der Verkauf von Grundstücken unter Marktwert ist ein geläufiges, wenn auch rechtlich bedenkliches, Mittel.²⁷

Durch die Hebesatzpolitik der Grund- und Gewerbesteuer sowie die Festsetzung der Gebührenhöhe kann die Gemeinde auf das örtliche Wirtschaftsklima Einfluss nehmen. Jedoch gilt auch hier, dass die Bedeutung des Gewerbesteuerhebesatz für die Standortwahl der Unternehmen oft überschätzt wird.²⁸

3.2.4 Beratungsleistungen und Lotsenfunktion

Die moderne Wirtschaftsförderung versteht sich verstärkt als Partner der Unternehmen und bietet Ihnen Dienstleistungen, vor allem durch Beratung und Informationsbereitstellung, an. Durch die Kontaktpflege und

²⁷ Hollbach-Grömig, Beate, Kommunale Wirtschaftsförderung in den 90er Jahren, 1995, S.46-50.

²⁸ Boyken, Friedhelm, Handbuch zur kommunalen Wirtschaftsförderung, Frankfurt a.M., 2002, S. 19.

Unternehmensbesuche sollen Berührungängste abgebaut und ein Vertrauensverhältnis geschaffen werden. So erfährt der Wirtschaftsförderer auch von den Problemen des betrieblichen Alltags und kann versuchen Abhilfe zu schaffen. Wenn ein Unternehmer eine Genehmigung von einer öffentlichen Stelle benötigt, dient die Wirtschaftsförderung als Ansprechpartner. Sie begleitet ihn durch das Verfahren und versorgt ihn mit den nötigen Informationen. Sie fungiert sozusagen als „Lotse“ der Wirtschaft zwischen den verschiedenen Behörden. Um den Unternehmen entgegenzukommen, setzt sie sich für eine rasche Bearbeitung von Genehmigungsverfahren ein und fördert eine Dienstleistungsmentalität und Kundenorientierung innerhalb der Verwaltung.

Beratend ist die Wirtschaftsförderung hauptsächlich bei Fragen zu Standortwahl und Existenzgründungen tätig. Hierbei kooperiert sie meist mit den jeweiligen Berufsverbänden (IHK, HWK, usw.) Außerdem informiert und berät sie über die große Menge an Förderprogrammen der EU, des Bundes und des Landes sowie die Finanzierungsmöglichkeiten bei Förderbanken, wie z.B. der KfW.

3.2.5 Initiierung von Standortgemeinschaften und Projekten

Ein, sich in den letzten Jahren stark verbreitendes Instrument, ist die Förderung von Standortgemeinschaften. Dazu gehören Gewerbeparks, Existenzgründerzentren, Technologiezentren und Forschungsparks. Auf die Abgrenzung der genannten Formen soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.²⁹ Ihnen allen ist gemeinsam, dass durch Synergieeffekte Kosten gespart werden und sich die Mieter der Standortgemeinschaft vernetzen können. Durch eine solche Förderung des Informations- und Technologieaustausches soll der Nährboden für Innovationen geschaffen werden, die die Triebfeder für das wirtschaftliche Wachstum darstellen. Die Kernaufgabe dazu ist, geeignete Gewerbefläche oder Gebäude bereitzustellen und für die Infrastruktur und

²⁹ Vgl. Haug, Peter, Kommunale Wirtschaftsförderung, Hamburg 2004, S.55f.

die unternehmensnahen Dienstleistungen zu sorgen. Daher vereint dieses Instrument Elemente der Gewerbeflächenpolitik und der allgemeinen Infrastrukturpolitik. Die Wirtschaftsförderung der Kommune gibt den Anstoß und begleitet die Anfangsphase der Standortgemeinschaft. Die dauerhafte Verwaltung und Finanzierung wird i.d.R. von einem privaten Investor oder einem eigens gegründeten Projektträger übernommen.

Ebenso betätigt sich die Wirtschaftsförderung immer häufiger als Ideengeber und Partner für Projekte, die sie in Zusammenarbeit mit den anderen Akteuren des wirtschaftlichen Geschehen (z.B. Berufsverbände, regionale Wirtschaftsförderung, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Unternehmensberatungen, Förderbanken usw.) durchführt. Die Bandbreite ist dabei sehr hoch und reicht von Maßnahme zur Bewältigung aktueller Herausforderungen (Fachkräftemangel, alternative Energien usw.) bis hin zur Organisation von Informationsveranstaltungen über wirtschaftsrelevante Themen oder Gewerbeausstellungen.

3.3 Organisationsform der Wirtschaftsförderung

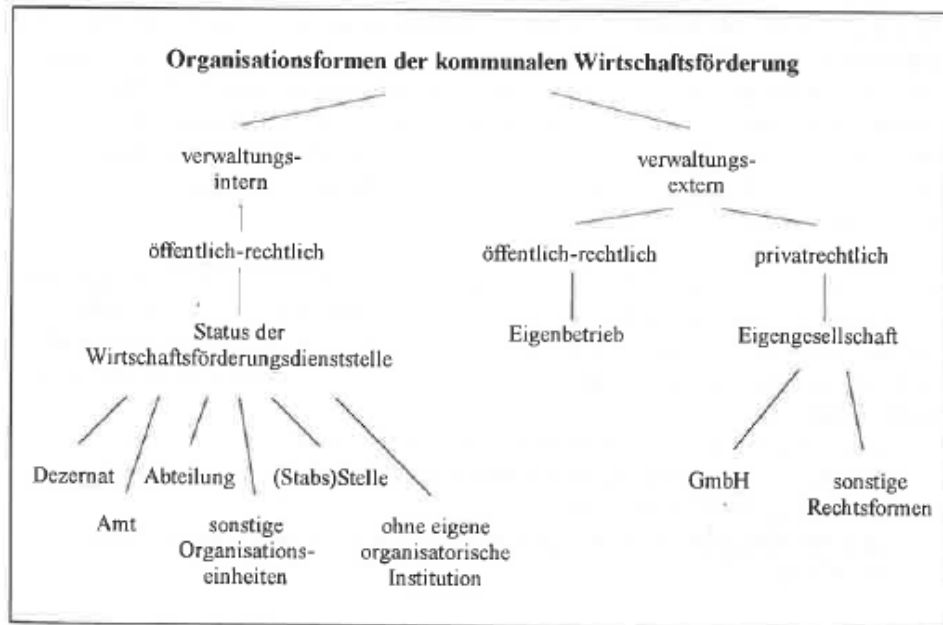
Beim Begriff „kommunale Wirtschaftsförderung“ ist zwischen zwei Bedeutungsebenen zu unterscheiden. Zum einen die Funktion, also die freiwillige kommunale Aufgabe, die lokale Wirtschaft zu fördern und zum anderen die Organisation oder Organisationseinheit, die primär für die Ausführung der Aufgabe zuständig ist. Da die Wirtschaftsförderung im funktionellen Sinn eine Querschnittsaufgabe darstellt, kann die mit der Aufgabe betraute Organisation auf sich alleine gestellt keine Erfolge erzielen, sondern sie muss mit allen relevanten Ämtern der Gemeindeverwaltung (Bauordnungsamt, Stadtplanungsamt, Gewerbeamt, Kämmerei usw.) zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen.³⁰

Bei der Auswahl der, für sie geeigneten, Organisationsform sind die Kommunen frei. Grundsätzlich lassen sich zwei in der Praxis verwendete Arten unterscheiden: die verwaltungsinterne Amtslösung (Dezernat, Amt,

³⁰ Seltsam, Christian, Kommunale Wirtschaftsförderung: Ziele, Instrumente, Erfolgskontrolle, Bayreuth, 2001, S.146ff.

Abteilung, Stabstelle etc.) als öffentlich-rechtliche Form und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (meist GmbH) als privatrechtliche Form. Theoretisch ist auch die Gründung eines Eigenbetriebs denkbar. Diese Variante ist jedoch in der Praxis äußerst selten.

Abbildung 4: Organisationsformen der kommunalen Wirtschaftsförderung



Quelle: Lugan, Andrea, Marketing der komm. Wirtschaftsförderung, Wiesbaden, 1997, S.37.

Die verwaltungsinterne Lösung hat den Vorteil, dass die Kooperation mit den anderen Stellen der Kommunalverwaltung erleichtert ist und die Unternehmen durch die gute Behördenkenntnis bei Genehmigungsverfahren effektiv unterstützt werden. Jedoch leidet die Flexibilität unter den langen Entscheidungsprozessen und den kommunalrechtlichen Bindungen. Für eine privatrechtliche Wirtschaftsförderungsgesellschaft sprechen ein flexibleres Personalmanagement, kürzere Entscheidungswege und, unter Umständen, eine höhere Akzeptanz seitens der Unternehmen wegen ihrem „unbürokratischerem“ Image. Außerdem lässt sich eine Beteiligung weiterer Träger leichter realisieren. Als großer Nachteil ist zu sehen, dass

die Abstimmung mit den anderen Verwaltungsstellen erschwert und eine Einflussnahme auf behördliche Prozesse praktisch unmöglich gemacht wird.³¹

Neben den Abwägungen der Vor- und Nachteile in der jeweiligen Situation der Gemeinde ist die Wahl der Organisationsform und der Ausstattung mit Personal vor allem eine kommunalpolitische Entscheidung und spiegelt wider, welche Bedeutung der Wirtschaftsförderung beigemessen wird. Obwohl die Wirtschaftsförderungsgesellschaften auf dem Vormarsch sind, hat das verwaltungsinterne Modell weiterhin die größere Verbreitung. In den kleinen Gemeinden mit bescheidenen personellen Möglichkeiten wird i.d.R. nur eine Person, meist der Bürgermeister, die Aufgabe der Wirtschaftsförderung mit übernehmen. Eine Umfrage der WRS belegt dies: In 70 % der kleinen Gemeinden in der Region Stuttgart fällt die Wirtschaftsförderung als Führungs- und Querschnittsaufgabe in den Verantwortungsbereich des Bürgermeisters. In den mittleren Kommunen lässt sich jedoch ein Trend zu einer Professionalisierung, d.h. Bildung einer Stabstelle oder Abteilung, feststellen.³²

4 Der Standort Gärtringen

Als Anschauungsbeispiel und Untersuchungsraum für diese Arbeit wurde die Gemeinde Gärtringen gewählt. Im Folgenden werden die allgemeinen und die gewerblichen Strukturen Gärtringens dargestellt. Anschließend wird die Betätigung der Gemeinde auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung erläutert.

³¹ Haug, Peter, Kommunale Wirtschaftsförderung, Hamburg 2004, S.65.

³² Reschl, Richard/Rogg, Walter, Kommunale Wirtschaftsförderung: Standortdialog und Standortentwicklung in Kommunen und Regionen, Dr. Brauner GmbH 2003, S.24.

4.1 Allgemeine Strukturen

Die Gemeinde Gärtringen liegt im Landkreis Böblingen (Baden-Württemberg) zwischen den beiden Mittelzentren Böblingen/Sindelfingen und Herrenberg und gehört somit zur Region Stuttgart. Ihre Gemarkung umfasst 2021 ha und grenzt an die Naturerholungsgebiete Schönbuch (im Osten) und Schwarzwald (im Westen).

Abbildung 5: Lage der Gemeinde Gärtringen im Landkreis Böblingen



Quelle: Der Landkreis Böblingen in Zahlen, IHK Region Stuttgart, Dezember 2010

20,5% der Gemarkung kann als Siedlungs- und Verkehrsfläche kategorisiert werden. Dies übersteigt den Landeswert von 14,1% deutlich. Im Gegenzug wird nur 38,8% landwirtschaftlich genutzt (Landeswert 45,8%).³³ Im Regionalplan des Verbands Region Stuttgart wird die Gemeinde Gärtringen nicht dem ländlichen Raum im klassischen Sinne zugeordnet, sondern wird als Randzone des Verdichtungsraums um Stuttgart eingestuft.

³³ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Stichtag 31.12.2009.

Die Gemeinde Gärtringen ist in die beiden Ortsteile Gärtringen und Rohrau gegliedert, die ca. 2 km voneinander entfernt liegen. Der Ortsteil Rohrau bildet eine Ortschaft im Sinne von § 68ff GemO BW mit Ortschaftsrat und Ortsvorsteher.

Derzeit wohnen 11.935 Menschen in der Gemeinde Gärtringen. Davon entfallen 10.286 auf den Ortsteil Gärtringen und 1.649 auf den Ortsteil Rohrau.³⁴ Seit 1990 ist die Gemeindebevölkerung um etwa 1.400 Personen gestiegen. Diese Entwicklung ist vor allem der Besiedlung des Wohnneubaugebiets „Kayertäle“ (27 ha) zu verdanken.

Gärtringen ist sehr gut ans regionale und überregionale Verkehrsnetz angebunden. Dafür sorgen die Ausfahrt der Autobahn A81 Stuttgart-Singen und die Haltestelle der S-Bahnlinie S1 Stuttgart-Herrenberg. Sowohl auf der Straße als auch mit der Bahn ist die Landeshauptstadt Stuttgart in ca. 30 Minuten zu erreichen.

Für die Betreuung und Bildung der Kinder und Jugendlichen stehen 8 Kindergärten, 2 Grundschule, eine Grund- und Werkrealschule und eine Realschule bereit. Bei der Planungsarbeit für Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen hat die Kommune die Verschiebung der Altersstruktur zu berücksichtigen. Der nationale demografische Trend zu immer weniger jungen und immer mehr alten Menschen ist auch in Gärtringen feststellbar, denn seit 1995 ist hier der Altersdurchschnitt von 36,9 Jahre auf heute 41,5 Jahre gestiegen. Damit ist die Gärtringer Bevölkerung etwas jünger als der Landesdurchschnitt von 42,8 Jahren³⁵

Die Betriebe in Gärtringen geben 2388 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Arbeit. Davon wohnen 1891 Personen außerhalb der Gemeinde. Dem stehen 3981 Berufsauspendler gegenüber, die zu einem großen Teil in Böblingen/Sindelfingen und Stuttgart arbeiten. Das sich daraus ergebende Pendlersaldo von -2.090 zeigt, dass Gärtringen mehr

³⁴ Stand: Ende Juli 2011, Amtliches Mitteilungsblatt Gemeinde Gärtringen, 26.07.2011.

³⁵ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Durchschnittsalter der Bevölkerung, 31.12.2010.

Wohngemeinde als Arbeitsplatzgemeinde ist.³⁶ Die Arbeitslosenquote lag im Dezember 2010 mit 4,2% deutlich unter dem Landeswert von 4,8%.³⁷

Neben der bereits erwähnten günstigen Verkehrsanbindung und den Naherholungsmöglichkeiten wird die Wohn- und Lebensqualität auch durch die sozialen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten der über 50 Vereine erhöht. Die Gemeinde trägt u.a. durch ein Freibad, eine Bibliothek und den Betrieb einer Volkshochschule zu einer möglichst hochwertigen sozialen Infrastruktur bei. In Gärtringen sind mit einem Vollsortimenter, drei Discountern und einem Drogeriemarkt ausreichend Einkaufsmöglichkeiten vorhanden. Dazu kommt ein dm-Markt (Drogerie), der zurzeit im Gewerbegebiet „Am S-Bahnhof“ errichtet wird.

Die Haushaltslage der Gemeinde Gärtringen ist äußerst angespannt. Im Jahr 2011 kann bereits das zweite Mal in Folge der laufende Betrieb nicht mit ordentlichen Einnahmen refinanziert werden. Die Gründe dafür sind höhere Personalausgaben und der gesetzlich vorgeschriebene Ausbau der Kleinkindbetreuung bei rückläufigen Einnahmen. Die allgemeine Rücklage, die v.a. durch die Verkaufserlöse von Grundstücken im Neubaugebiet „Kayertäle“ auf bis zu 8 Millionen € aufgestockt werden konnte, muss daher bis auf den Mindestbestand geleert werden und für weitere Investitionen müssen neue Kredite aufgenommen werden. Mit der im Haushaltsplan 2011 geplanten Neuaufnahme wird der Schuldenstand auf rund 7 Millionen ansteigen. Im Jahr 2009 hatte er nur ca. 1,8 Millionen betragen.³⁸

Die Gemeinde ist von den Schlüsselzuweisungen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) abhängig, da ihre Steuerkraftmesszahl deutlich geringer ist als ihre Bedarfsmesszahl.³⁹ Das bedeutet Gärtringen generiert im Verhältnis zur Einwohnerzahl zu wenige Steuereinnahmen.

³⁶ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte seit 2003.

³⁷ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Arbeitslose und Arbeitslosenquoten seit 2005.

³⁸ Haushaltsplan Gemeinde Gärtringen 2011.

³⁹ Vgl. §5 FAG BW.

Das durchschnittliche Gewerbesteuer-Istaufkommen der baden-württembergischen Gemeinden zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern im Jahr 2010 betrug 379€/Kopf. Die Gemeinde Gärtringen nahm im selben Jahr nur 196€/Kopf ein und blieb damit weit hinter dem Durchschnittswert zurück.⁴⁰ Aufgrund der negativen konjunkturellen Lage während der weltweiten Wirtschaftskrise brachen zwischen 2008 und 2010 die drei wichtigsten Einnahmeblöcke (Anteil Einkommenssteuer, Schlüsselzuweisungen nach FAG, Gewerbesteuer) deutlich ein. Da sich die Wirtschaft derzeit aber gut erholt, erwarten die Prognosen in den kommenden Jahren eine Erholung der Steuereinnahmen. Der Gewerbesteuerhebesatz liegt in Gärtringen seit 10 Jahren konstant bei 340% und bewegt sich damit, gemessen an den anderen Kommunen im Landkreis Böblingen, im mittleren Bereich.⁴¹

4.2 Gewerbliche Strukturen

Die Gemeinde Gärtringen liegt auf der Entwicklungsachse Stuttgart – Böblingen/Sindelfingen – Herrenberg und ist im Regionalplan der Region Stuttgart als Schwerpunkt für Industrie, Gewerbe und Dienstleistung vorgesehen.⁴² Gärtringen profitiert als Wirtschaftsstandort von der Lage im Landkreis Böblingen, der zu den wirtschaftsstärksten Kreisen im Land gehört. Mit der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft von ca. 6.300€ pro Kopf rangiert Gärtringen im oberen Drittel der mittleren Kommunen in der Region Stuttgart.⁴³ Die bereits erwähnte optimale Verkehrsinfrastruktur (u.a. gute Erreichbarkeit des Flughafens in Echterdingen) und die unmittelbare Nähe zu einer Vielzahl an innovativen, international tätigen Unternehmen und Zulieferern sind besonders relevante Standortfaktoren. Zudem sind die beruflichen und akademischen Bildungseinrichtungen in Böblingen/Sindelfingen und Stuttgart gut erreichbar.

⁴⁰ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Realsteueristaufkommen und Hebesätze 2010.

⁴¹ Der Landkreis Böblingen in Zahlen, IHK Region Stuttgart, Dezember 2010.

⁴² Regionalplan, Verband Region Stuttgart, Übersichtskarte Schwerpunkte Industrie, Gewerbe, 2010.

⁴³ Attraktivitätsmessung im Detail: Gemeinden mit 10.000 bis 22.000 Einwohnern, IHK Region Stuttgart, 2009, S.18.

Insgesamt sind in Gärtringen knapp 900 Gewerbebetriebe gemeldet. Davon sind ca. 80% im Bereich Handel, Logistik und Dienstleistung tätig. Etwa 14% entfällt auf das Handwerk. Der Rest lässt sich den Branchen Industrie (ca. 4%) und Landwirtschaft (ca. 2%) zuordnen.⁴⁴

Die Anzahl Betriebe, die zum Verarbeitenden Gewerbe im engeren Sinne gehören, sind seit dem Jahr 2000 von 9 auf 7 Betriebe zurückgegangen. Ebenso sank in der Branche die Beschäftigungszahl in diesem Zeitraum von 526 auf 400 Personen. Der Gesamtumsatz blieb aber bis auf die Boomjahre 2003-2005 konstant bei rund 60 Millionen Euro.⁴⁵ Von den 26 landwirtschaftlichen Betrieben des Jahres 1999 waren 2007 nur noch 15 verblieben. Im Zuge dieser Entwicklung verdoppelte sich die durchschnittliche Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche pro Betrieb nahezu und liegt nun bei 45 ha (1999: 26 ha).

Als bekanntestes Unternehmen und wichtigster Gewerbesteuerzahler hat der Kühne + Nagel Konzern ein Logistikzentrum in Gärtringen. Auch weitere Logistikunternehmen wie Reinke International und ATS Dienstleistung Merz sind in Gärtringen ansässig. Mit der Louis Renner GmbH & Co KG hat der weltweit renommierteste Hersteller von Klaviermechaniken seinen Hauptsitz in Gärtringen. Als weitere wichtige Gewerbebetriebe sind Trelleborg (industrielle Präzisionsdichtungen und Dichtungslösungen), Sitronic (Elektronik und Sensorik), Knauss GmbH (Armaturen für Küche, Bad und Garten) und P+K Lager- und Betriebseinrichtungen zu nennen.

Dennoch hinken, wie oben bereits erwähnt, die Gewerbesteuereinnahmen der Einwohnerzahl hinterher. Unter den Vergleichsgemeinden in der Region belegt Gärtringen bei der Pro-Kopf-Steuerkraft einen der letzten Plätze.⁴⁶

⁴⁴ Informationsbroschüre Mein Gärtringen, Juli 2010; Auskunft IHK und HWK.

⁴⁵ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe seit 1995.

⁴⁶ Attraktivitätsmessung im Detail: Gemeinden mit 10.000 bis 22.000 Einwohnern, IHK Region Stuttgart, 2009, S.27.

5 Betätigung der Wirtschaftsförderung

Die Gemeinde Gärtringen hat die freiwillige kommunale Aufgabe der Wirtschaftsförderung verwaltungsintern und damit öffentlich-rechtlich organisiert. Zuständig ist Herr Thüroff, der das Aufgabenfeld der Wirtschaftsförderung neben seinen Funktionen als Sachgebietsleiter „Öffentliche Sicherheit“ und Grundbuchschrreiber bearbeitet. Organisatorisch ist er in das Hauptamt eingegliedert. Unterstützt wird er von Herrn Bürgermeister Weinstein, der mit seiner übergeordneten Stellung das einheitliche Auftreten der Verwaltung nach außen und die Abstimmung mit den anderen Ämtern (Bauamt und Kämmerei) gewährleisten kann. Schwerpunkt der wirtschaftsfördernden Tätigkeit in Gärtringen ist die Bereitstellung von Gewerbebauflächen, die Beratung ansiedlungsinteressierter Unternehmen, die Verbesserung der lokalen Infrastruktur und die Betreuung des vorhandenen Gewerbebestands. Ein aktuelles Beispiel ist die erfolgreiche Ansiedlung eines Standorts des Nordfrost-Konzerns.

5.1 Aktuelles Beispiel: Ansiedlung von Nordfrost

In den vorhandenen Gewerbegebieten „Am S-Bahnhof“, „Straßwiesen“, „Seeweg/Öfele“ und „Breite“ befindet sich keine freie Gewerbebaufläche von mehr als einem Hektar. Dadurch gestaltete sich die Suche nach neuen, zahlungskräftigen Gewerbesteuerzahlern als äußerst schwierig und die Gemeinde sah die Notwendigkeit, eine großflächige Gewerbebaufläche zu schaffen. Mit dem „Riedbrunnen“ am südwestlichen Rand Gärtringens wurde das geeignete Areal ausgemacht. Das bis dato landwirtschaftlich genutzte Gebiet liegt in unmittelbarer Nähe des Autobahnzubringers und des Schlachthofs. Zwischen April 2005 und Mai 2009 wurde das 4,88 ha große Areal geplant, umgelegt und erschlossen. Der Bebauungsplan weist das gesamte Gebiet als eingeschränktes Industriegebiet aus. Die Festsetzungen, insbesondere das große Baufenster, sind wirtschaftsfreundlich und haben das Ziel, großflächige

Betriebe zu begünstigen.⁴⁷ Obwohl die Fläche im Online-Immobilienportal der WRS (Immo Region-Stuttgart) beworben wurde, ließ sich zunächst kein Investor finden. Schuld daran waren v.a. die schlechten Bodenverhältnisse, die keine zu hohe Belastung zulassen. Im März 2010 deutete dann das Logistik- und Dienstleistungsunternehmen Nordfrost Interesse an, auf dem Gebiet ein Tiefkühlager zu errichten. Der von Nordfrost als zu hoch empfundene Quadratmeter-Preis war zunächst ein Hindernis. Jedoch konnte nach einigen Verhandlungen eine Übereinkunft in diesem Punkt getroffen werden. Einige Gemeinderäte kritisierten die, für die Flächengröße, relativ geringe Zahl von 100 geschaffenen Arbeitsplätzen. Da jedoch der Haushalt der Gemeinde die Finanzspritze durch den Grundstücksverkauf und die Gewerbesteureinnahmen in den Folgejahren benötigt, beschloss der Gemeinderat Ende Juli 2010 die Gewerbefläche im „Riedbrunnen“ der Firma Nordfrost zum Kauf anzubieten. Gleichzeitig kam man dem norddeutschen Unternehmen bei der maximalen Bauhöhe entgegen, die im Bebauungsplan mit 12m festgesetzt ist. Das geplante Kühlhaus ist aber 16m hoch und so erteilte der Gemeinderat die nötige Befreiung. Schließlich wurde am 25.10.2010 der Kaufvertrag über das Grundstück abgeschlossen. Im März 2011 erfolgte der Spatenstich und Ende 2011 soll das Tiefkühlager in Betrieb gehen. Bei der Standortwahl hatte Nordfrost unter vier Alternativen in der Region Stuttgart abgewogen. Ausschlaggebend zugunsten der Gewerbefläche im „Riedbrunnen“ war zum einen die direkte Autobahnanbindung und zum anderen der Umstand, dass die Fläche für die Bedürfnisse von Nordfrost ideal zugeschnitten ist.

5.2 Weitere wirtschaftsfördernde Tätigkeiten

Die Gemeinde Gärtringen bietet derzeit im Gewerbegebiet „Am S-Bahnhof“ drei kleinflächigere Gewerbebauplätze zwischen 4.500 m² und 7.500 m² an. Vermarktet werden die Flächen sowohl auf der eigenen Homepage als auch in den einschlägigen Online-Portalen der WRS und

⁴⁷ Begründung zum Bebauungsplan „Riedbrunnen“ in Gärtringen, 19.05.2009 (Anlage 1)

der IHK. Auch in dem geplanten zukünftigen Gewerbegebiet „Schelmenwiesen“, das sich etwas näher am Ortskern befindet, sollen weitere Investitionsmöglichkeiten geschaffen werden. Bis im vergangenen Jahr verhinderte eine Haupt-Gasleitung der EnBW die Erschließung des Gebiets. Da es nun gelungen ist, diese Leitung zu verlegen, ist die Voraussetzung für eine gewerbliche Entwicklung auf dem Areal gegeben. Es wird auch geprüft, ob hier die Ansiedlung von zusätzlichem Einzelhandel möglich ist, um die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort weiter auszubauen.

Neben der Gewerbeflächenpolitik ist die Gemeinde Gärtringen bemüht, die lokale Infrastruktur zu optimieren. Ein aktuelles Projekt in dieser Hinsicht ist der Ausbau der flächendeckenden Breitbandinternetversorgung für den Ortsteil Rohrau, in dem derzeit nur schlechte Übertragungsraten möglich sind. Die Telekom zeigte sich bereit, für Rohrau die entsprechende Infrastruktur auszubauen, wenn die Gemeinde die für das Projekt errechnete Wirtschaftlichkeitslücke in Höhe von ca. 57.000 € schließen würde. Für diese Kosten kann eine Förderung des Landes BW von 40% (= 22.800 €) im Rahmen des „Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum“ beantragt werden. Über den positiven Effekt für die privaten Haushalte hinaus, ist diese Maßnahme eine wesentliche Infrastrukturverbesserung für die gewerbliche Tätigkeit im Ortsteil Rohrau.

Auch Projekte, die der Wirtschaft einen Anstoß zu einem bestimmten erwünschten Verhalten geben sollen, gehören zum Feld der Wirtschaftsförderung. Die Gemeinde Gärtringen hat die Dachflächen des Feuerwehrhauses und des Pflegeheims „Samariterstift“ privaten Investoren zur Verfügung gestellt, um darauf Photovoltaikanlagen zu betreiben. Im Juli 2011 beschloss der Gemeinderat, dass die Gemeinde auf drei Pavillons der Grund- und Werkrealschule selbst eine solche Anlage realisieren wird. Außerdem soll ein Konzept für eine Vermietung weiterer kommunaler Dachflächen an Private erarbeitet werden. Damit möchte die Gemeinde mit gutem Beispiel voran gehen und zeigen, dass

Investitionen in die nachhaltige Energiegewinnung sinnvoll sind. Die lokalen Unternehmen sollen so zur Nachahmung angeregt werden.

5.3 Kooperation mit Kreiswirtschaftsförderer und WRS

Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung, die den Handlungsspielraum von kleinen und mittleren Gemeinden übersteigen, werden von Stellen auf Ebene des Kreises und der Region übernommen. Für die Gemeinde Gärtringen sind das der Kreiswirtschaftsförderer für den Landkreis Böblingen und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Verbands Region Stuttgart (WRS). Die früher als privatrechtliche GmbH organisierte Wirtschaftsförderung des Landkreises Böblingen ist nun in den Händen des Kreiswirtschaftsförderers Herr Stahl. Er ist von der WRS angestellt und sitzt im Landratsamt in Böblingen. Als zentraler Ansprechpartner für Unternehmen, die im Landkreis Böblingen investieren möchten, stellt er den Kontakt zwischen den interessierten Unternehmen und den in Frage kommenden Kommunen her. Existenzgründern vermittelt er eine geeignete, in der Regel kostenlose, Erstberatung, bei der u.a. Fragen zu den Themen Businessplan, Rechtsform, Standortwahl geklärt werden. Solche Gründerberatungen werden z.B. von den großen Kreisstädten und der IHK Region Stuttgart angeboten. Auch zu den Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten kann der Wirtschaftsförderer Auskunft geben und Kontakt zu den jeweiligen Stellen herstellen. Zudem ist er auf der EXPO REAL (größte europäische Fachmesse für Gewerbeimmobilien) vertreten, die einmal im Jahr in München stattfindet, und präsentiert dort den Landkreis Böblingen einem breiten Spektrum an potentiellen Investoren.⁴⁸

Die WRS betreibt für die Kommunen der 5 Landkreise der Region (Böblingen, Ludwigsburg, Rems-Murr-Kreis, Esslingen, Göppingen) und für den Stadtkreis Stuttgart das Online-Portal www.immo.region-stuttgart.de. Hier können die Kommunen ihre freien Gewerbeflächen und

⁴⁸ Auskunft von Herrn Stahl, Kreiswirtschaftsförderer Landkreis Böblingen, http://www.lra-bb.kdrs.de/servlet/PB/menu/1037057_I1/index.html

Gewerbeimmobilien kostenlos inserieren und effektiv bewerben. Durch die Suchfunktion nach verschiedenen Kriterien finden die Interessenten schnell die für sie passenden Objekte. Um für die notwendige Markttransparenz zu sorgen, erstellt die regionale Wirtschaftsförderung Immobilienmarktberichte (alle zwei Jahre aufgrund einer Maklerbefragung) und eine Gewerbeflächenkarte, auf der alle freien Gewerbeflächen mit Mindestgröße von einem Hektar verzeichnet sind.

Im globalisierten Standortwettbewerb haben die einzelnen Gemeinden isoliert so gut wie keine Chance wahrgenommen zu werden. Daher vermarktet die WRS den Standort Region Stuttgart im Gesamten und sorgt so für eine deutlich höhere nationale und internationale Sichtbarkeit. Sie informiert über die Vorteile und Qualitäten der Region und verbreitet dazu Erfolgsgeschichten von Unternehmen, bahnbrechende Forschungsleistungen und innovative Projekte.⁴⁹

Schließlich berät die WRS die kommunalen Wirtschaftsförderer in der Region und unterstützt sie insbesondere bei der Entwicklung von Konzepten und Strategien. Im Rahmen dieser Dienstleistung wurde der Gemeinde Gärtringen geraten, sich aufgrund der Standorteigenschaften auf die Ansiedlung von Logistikunternehmen zu konzentrieren.⁵⁰

6 Unternehmensbefragung in Gärtringen

Um die Vor- und Nachteile des Standorts Gärtringen aus Sicht der Unternehmen herauszuarbeiten, führte ich eine Befragung durch.

6.1 Konzeption

Bei der Konzeption des Fragebogens wurde darauf geachtet, dass die relevanten Sachverhalte kurz und knapp abgefragt werden.⁵¹ Die 15 Fragen betreffen allgemeine Unternehmensdaten, Standortfaktoren und

⁴⁹ Gewerbeimmobilien Region Stuttgart 2010, WRS, S.5.

⁵⁰ Auskunft Herr Lutz, Leiter Geschäftsbereich Standortmanagement, WRS.

⁵¹ Kirchhoff, Sabine, Der Fragebogen, 2003, S.19.

das Verhältnis zur Gemeindeverwaltung. Dabei wurden single- und multi choice Items, skalierte Items und offene Fragen eingesetzt. Die skalierten Items sind mit 6 Abstufungen versehen. Dies führt dazu, dass keine „neutrale“ Möglichkeit vorhanden ist und die Testperson dazu gezwungen ist, sich eindeutig positiv oder negativ zu äußern.⁵² Der gesamte Fragebogen ist als Anlage 2 dieser Arbeit beigelegt.

Da eine Totalerhebung bei den knapp 900 in Gärtringen gemeldeten Gewerbebetrieben nicht möglich war, wählte ich als Befragungsmenge die Unternehmen, die im Firmenverzeichnis der Gärtringer Homepage⁵³ eine E-Mail Adresse hinterlegt haben. In der so ermittelten Menge von 104 Unternehmen waren die verschiedenen Branchen und Größen der Gärtringer Gewebestruktur ausgewogen vertreten. Der Fragebogen wurde in das Online-Evaluationssystem EvaSys der HS Ludwigsburg eingearbeitet. In einer E-Mail wurde den ausgewählten Unternehmen der Link und das Passwort zum Fragebogen mitgeteilt und sie wurden gebeten, sich innerhalb von 3 Wochen an der Befragung zu beteiligen. Die Form der Online-Befragung sollte eine bequeme Beantwortung ermöglichen und die Anonymität der Auswertung gewährleisten.

6.2 Auswertung der Befragung

Von den angeschriebenen 104 Unternehmen füllten 28 den Fragebogen aus. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 27%. Für eine schriftliche bzw. Online-Befragung ist dieser Wert sehr positiv zu sehen. Lediglich bei mündlichen Befragungen kann regelmäßig ein deutlich höherer Rücklauf (60% und mehr) erwartet werden.⁵⁴

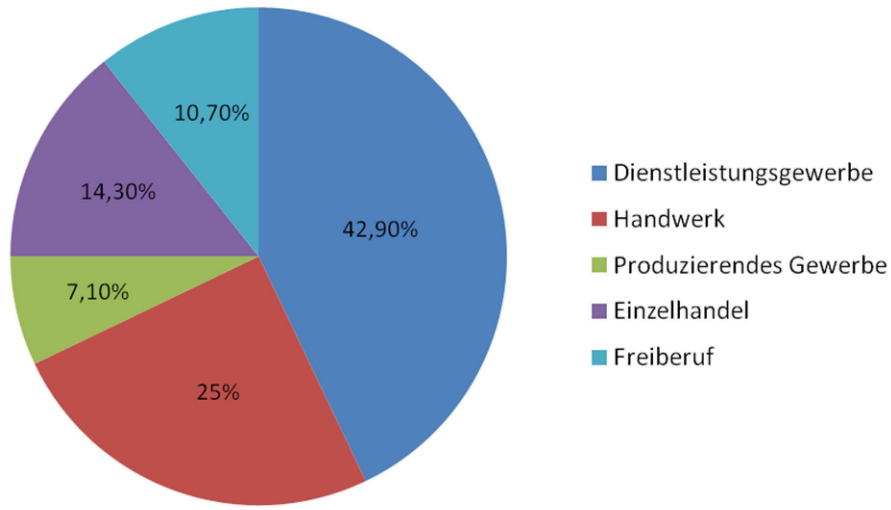
Die detaillierte Auswertung sämtlicher Fragen befindet sich in Anlage 3. Fast die Hälfte der Unternehmen, die sich beteiligten, gehören der Dienstleistungsbranche an. Der Rest teilt sich auf in Handwerk (25%), Einzelhandel (14,3%) und Freiberuf (10,7%). Lediglich zwei Unternehmen ordnen sich dem Produzierenden Gewerbe zu.

⁵² Raab-Steiner/Benesch, Der Fragebogen, 2008, S.54ff.

⁵³ http://www.gaertringen.de/index.php?id=92&no_cache=1.

⁵⁴ Vgl. <http://www.marketing-lexikon.ch/marketing-lexikon.php?action=2&seite=16>.

Abbildung 6: Branchenverteilung der Unternehmen



Quelle: Eigene Darstellung

Mit 57,1% findet sich über die Hälfte nicht in den vorgegebenen Rechtsformen wieder und kreuzt die Option „andere Rechtsform“ (z.B. Einzelunternehmer usw.) an. Ein Viertel ist als GmbH organisiert.

Die allermeisten sind Kleinbetriebe. Das ergibt sich aus der Frage zum durchschnittlichen Jahresumsatz der letzten 5 Jahre, denn dieser liegt bei fast 75% unter 1 Million. Nur ein Unternehmen gibt an, in diesem Zeitraum einen durchschnittlichen Umsatz von über 10 Millionen gehabt zu haben.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei der Anzahl an Mitarbeitern. Über 70% der Betriebe beschäftigen 10 oder weniger Personen. Und auch hier wählt, wie beim Umsatz, nur ein Befragter die Option „über 100 Mitarbeiter“.

Bemerkenswert ist die Tendenz, dass entweder alle oder fast alle Mitarbeiter eines Betriebs in Gärtringen wohnen oder weniger als 10% von ihnen. Nur in 4 Unternehmen haben zwischen 10% und 75% der Mitarbeiter ihren Wohnsitz in Gärtringen.

Genau die Hälfte gab an die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise unmittelbar in ihrem Unternehmen zu spüren. Insbesondere hatten sie in den letzten Jahren mit Umsatzrückgängen,

weniger Aufträgen und Insolvenzen von Zulieferern und sonstigen Geschäftspartnern zu kämpfen.

Zentraler Bestandteil der Befragung war es, die Stärken und Schwächen der Gemeinde Gärtringen als Gewerbestandort zu eruieren. Befragt wurden dazu die Firmen, die sich bewusst für Gärtringen entschieden haben, also hierhin umgesiedelt sind oder innerhalb der letzten 10 Jahre hier gegründet wurden. Ca. 61% ordnet sich in eine dieser beiden Kategorien ein. Ausgeblendet wurden für diese Fragestellung Gründungen in Gärtringen vor mehr als 10 Jahren. Denn die traditionell im Ort verwurzelten Betriebe, die sich nie (oder zumindest nicht in jüngerer Zeit) bewusst für den Standort Gärtringen entschieden haben, sollten hier nicht berücksichtigt werden.

Einer der erwartungsgemäß wichtigsten Standortfaktoren für Gärtringen ist die technische Infrastruktur (Autobahnanschluss, S-Bahn usw.). Über 35% der Befragten bewertet diesen Punkt als sehr wichtig. Aus der Dienstleistungsbranche sind es sogar über 60%. Besonders für die in Gärtringen ansässigen Logistikunternehmen ist die gute Verkehrsanbindung essentiell. Die Nähe zu Bezugs- und Absatzmärkten ist jedoch der Faktor, der am häufigsten (53%) als „sehr wichtig“ eingestuft wird. Dabei profitiert die Gemeinde von dem gut ausgeprägten Netzwerk von Unternehmen im Kreis Böblingen und in der Region Stuttgart.

Als weitere zentrale Entscheidungskriterien folgen die Flächenkosten für Kauf oder Miete und die Umwelt- und Lebensqualität als Wohnort, die beide von um die 60% als „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ gesehen werden. Die Wohnqualität hat für die Kleinunternehmer mit unter 10 Mitarbeitern einen besonders hohen Stellenwert, während die Bedeutung bei den größeren Betrieben abnimmt. Einen Einfluss auf die Entscheidung für den Standort Gärtringen haben auch die Themenfelder „Angebot an qualifizierten Mitarbeitern“ und „Unternehmerfreundlichkeit der Gemeinde“ (z.B. Entgegenkommen beim Aufstellen Bebauungsplan, Erteilung von Ausnahmen bzw. Befreiungen), wenngleich sie nicht das allererste

Kriterium sind. Über 41% geben an, dass das unternehmerfreundliche Auftreten der Kommune für den Standort „eher wichtig“ ist.

Bestätigt wird die Tendenz, dass die Bedeutung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer von Seiten der Gemeinden oftmals überschätzt wird. Denn auch für die meisten Gärtringer Unternehmen spielt dieser Faktor nur eine untergeordnete Rolle. Ebenso ist erkennbar, dass die soziale Infrastruktur, die beruflichen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die Fördermöglichkeiten und die Höhe kommunaler Abgaben (Gebühren, Beiträge usw.) nicht ausschlaggebend für den Standort Gärtringen sind. Die soziale Infrastruktur und die Aus- und Weiterbildung hält sogar kein einziger der befragten Unternehmer für sehr wichtig.

Abbildung 7: Wichtigkeit der Standortfaktoren

1.	Nähe zu Bezugs- oder Absatzmärkten	2,4
2.	technische Infrastruktur (Autobahnanschluss, S-Bahn usw.)	2,8
3.	Umwelt- und Lebensqualität als Wohnort	3,1
4.	Flächenkosten (Kaufpreis bei Grunderwerb, Höhe der Mieten)	3,1
5.	Standorte anderer Unternehmen (Konkurrenz, Kooperationsmöglichkeiten)	3,5
6.	Angebot an qualifizierten Mitarbeitern	3,5
7.	Unternehmerfreundlichkeit der Gemeinde (z.B. im Baurecht)	3,5
8.	Höhe der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer	3,7
9.	Fördermöglichkeiten	3,8
10.	Höhe weiterer kommunaler Abgaben (Gebühren, Erschließungsbeiträge usw.)	4,0
11.	soziale Infrastruktur (Kulturangebot, Freizeitmöglichkeiten)	4,3
12.	Berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten	4,5

Quelle: eigene Darstellung, Mittelwert auf Skala 1-6 (1 = sehr wichtig, 6 = unwichtig)

Bei den weiteren Gründen, die für die Wahl des Standorts angegeben werden, überwiegt der Umstand, dass der Unternehmer seinen Wohnsitz in Gärtringen hat. Dies ist im besonders hohen Maß bei den Kleinbetrieben mit weniger als 10 Mitarbeitern deutlich.

Die Nennungen auf die Frage, welche Erwägungen für die Standortwahl generell am wichtigsten sind, entsprechen weitgehend den oberen

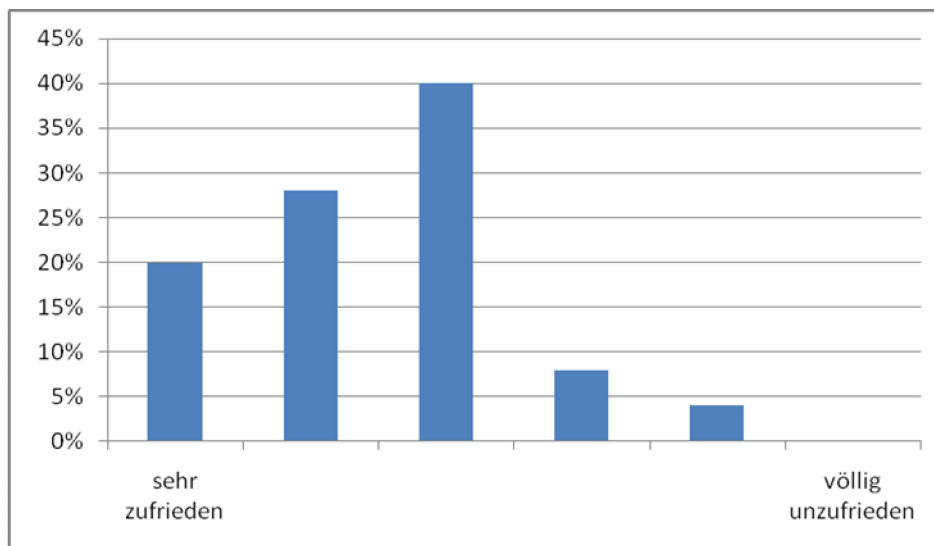
Positionen von Abbildung 7. Am häufigsten werden die technische Infrastruktur und die Nähe zu den Bezugs- und Absatzmärkten genannt. Es folgen die Flächenkosten und die Lebensqualität als Wohnort.

Über 46% der Unternehmen standen bei ihrer Gründung oder Ansiedlung in Gärtringen mit dem jeweiligen Berufsverband (IHK oder HWK Region Stuttgart) in Kontakt. Im Gegensatz dazu, gibt nur jeweils ein Befragter an, mit den drei originären Wirtschaftsförderungsinstitutionen (Kreiswirtschaftsförderer, WRS und Baden-Württemberg International) Kontakt gehabt zu haben.

Im Gesamten betrachtet zeigen sich die Firmen äußerst zufrieden mit dem Gewerbestandort Gärtringen. Etwa 96% sind sehr zufrieden oder eher zufrieden.

Ebenso zufrieden ist die große Mehrheit der Unternehmen mit dem Verhältnis zur Gemeindeverwaltung Gärtringen. Nur 12% geben an, eher unzufrieden mit dem Verhältnis zu sein.

Abbildung 8: Verhältnis zur Gemeindeverwaltung



Quelle: eigene Darstellung

Einen besseren Draht zur Gemeindeverwaltung oder mehr Unterstützung durch die Gemeinde in einem bestimmten Bereich würden sich 44% der Betriebe wünschen. Besonders ausgeprägt ist dieser Wunsch mit über 71% in der Handwerkerbranche, während die Dienstleister (25%) und das produzierende Gewerbe (0%) in diesem Punkt offensichtlich weniger Erwartungen haben. Als Wünsche an die Gemeinde wurden u.a. die folgenden genannt: mehr Flexibilität bei Genehmigungsverfahren, Unterstützung bei Emissionsbeschwerden, regelmäßige Abfrage der Wünsche und Notwendigkeiten der Betriebe sowie mehr Engagement für das „Kaufen vor Ort“.

Die Vorteilhaftigkeit des Standorts Gärtringen wird auch durch die letzte Frage des Fragebogens bestätigt. Demnach haben 82% noch nie über eine Betriebsverlegung an einen anderen Standort nachgedacht.

7 Betätigungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Gemeinden

In kleinen und mittleren Gemeinden sind der finanzielle Spielraum und die Personalausstattung im Regelfall sehr eng bemessen. Daher sind Betätigungsmöglichkeiten im Gegensatz zu den großen Kreisstädten oder gar den Stadtkreisen stark eingeschränkt. Auf die beiden wichtigsten Standortfaktoren aus der Befragung (siehe 6.2), technische Infrastruktur und Nähe zu Bezugs- und Absatzmärkten, hat die einzelne Kommune zum Großteil keinen unmittelbaren Einfluss. Aber sie kann sich bei den überörtlichen Entscheidungsträgern für eine Verbesserung der Infrastruktur (z.B. Anschluss an Straßen- und Schienennetz) stark machen und so Lobbyarbeit für die örtliche Wirtschaft verrichten. Gerade die kleinen und mittleren Gemeinden sollten besonders eng mit der regionalen Wirtschaftsförderung (in der Region Stuttgart die WRS) kooperieren. Sie bietet einigen Dienstleistungen (z.B. Beratung, Erstellung von Marktberichte usw.) an und übernimmt Aufgaben, die die Kapazitäten der Gemeinde weit übertreffen (z.B. überregionale Vermarktung von

Gewerbeflächen, Standortmarketing usw.).⁵⁵ Der kommunale Wirtschaftsförderer profitiert so vom Know-how und den Möglichkeiten der WRS. Wichtig ist, dass er auch Feed-back gibt und die Wünsche der Gemeinde klar kommuniziert, damit die Angebote optimiert werden können. Die WRS engagiert sich außerdem in der Clusterpolitik, d.h. sie bringt die Akteure einer Branche zusammen und unterstützt die Netzerkennung von Zulieferern, Abnehmern, Forschungseinrichtungen usw. einer Wertschöpfungskette in der Region.

Ein wirtschaftspolitisches Instrument steht jeder Kommune, unabhängig von der Größe, kraft Gesetz zu: die Festlegung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer. Mit einem verhältnismäßig niedrigen Hebesatz kann die Gemeinde ein gewerbefreundliches Klima und Image schaffen. Doch die Bedeutung für die Standortentscheidung von Unternehmen wird von manchen Gemeinderäten überschätzt, denn dieser Faktor spielt zumeist keine überragend wichtige Rolle (Vgl. 6.2 Auswertung der Befragung, S.40). Diese Tendenz wird auch durch das praktische Beispiel der Gemeinde Hildrizhausen (Kreis Böblingen) bestätigt. Nachdem der Gemeinderat für 2011 den Gewerbesteuerhebesatz von 320% (niedrigster Wert im Kreis) auf 380% (höchster Wert im Kreis) angehoben hatte, sind beim Kämmerer keinerlei Reaktionen von Seiten der Wirtschaft eingegangen. Als Grund dafür ist zum einen zu sehen, dass die Personengesellschaften die erhöhte Gewerbesteuer mit der Einkommenssteuer verrechnen können. Außerdem ist auch für die Kapitalgesellschaften die jetzige Steuerbelastung mit Hebesatz 380% immer noch geringer als sie vor der Gewerbesteuerreform 2008 mit Hebesatz 320% war.⁵⁶

Es folgen Beispiele, wie kleine und mittlere Gemeinden im Bereich Wirtschaftsförderung aktiv werden können.

⁵⁵ Vgl. 5.3.

⁵⁶ Auskunft von Herr Braun, Kämmerer in Hildrizhausen, Anlage 4.

7.1 Gewerbeflächenmanagement

Das Gewerbeflächenmanagement nimmt nach wie vor den zentralen Teil der kommunalen Wirtschaftsförderung in kleinen und mittleren Gemeinden ein. Es geht jedoch weit über die bloße Bereitstellung von Flächen „auf der grünen Wiese“ hinaus. Denn viele neue Gewerbegebiete, die nicht aufgrund der Nachfrage, sondern aufgrund kommunalpolitischer Wünsche (Arbeitsplätze, Gewerbesteuer) errichtet werden und jahrelang nicht vermarktet werden können, kosten die Gemeinde mehr, als sie jemals durch den Grundstückverkauf und die Gewerbesteuer einnehmen kann. Daher sollten nur neue Standorte ausgewiesen werden, die von der Art und Qualität der Fläche der aktuellen Nachfrage der Unternehmen entsprechen. Hier ist es die Aufgabe der Wirtschaftsförderung, sich diese Informationen aus Sicht der Wirtschaft zu besorgen und eng mit Planungsamt und Gemeinderat zusammenzuarbeiten.⁵⁷

Besonders für kleine und mittlere Gemeinden bietet sich die interkommunale Kooperation an. Wegen der Knappheit an Finanzen und Flächen sind viele von ihnen überfordert, die quantitativen und qualitativen Anforderungen der Unternehmen erfüllen zu können. Durch das Zusammenlegen von Flächen, z.B. in einem interkommunalen Gewerbegebiet oder in einem Gewerbeflächenpool, können auch größere Vorhaben rentabel umgesetzt werden, die eine Gemeinde alleine nicht stemmen könnte. Die so zusammengeschlossenen Kommunen steigern auch ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen und erhöhen ihre Chancen im globalisierten Standortwettbewerb mithalten zu können. Oft werden solche Kooperationen auch von Bund und Land gefördert. Die Zusammenarbeit kann sowohl öffentlich-rechtlich (Zweckverband, öffentlich-rechtliche Vereinbarung) als auch privatrechtlich (GmbH, AG) organisiert werden. Häufige Widerstände sind das „Kirchturmdenken“ der Entscheidungsträger, das in der Nachbargemeinde mehr den

⁵⁷ Dr.Rogg, Walter/Lutz, Matthias, Beitrag der Wirtschaftsförderung zwischen Standortmarketing und Flächenmanagement, Die Gemeinde, 6/2007, S.205f.

Konkurrenten als den Partner sieht, und die Befürchtung durch die Abgabe von Kompetenzen an Mitsprecherecht zu verlieren.

Ein wichtiger Teil des Gewerbeflächenmanagement ist auch der Umgang mit leer stehenden Gewerbeflächen. Dies wird oft vernachlässigt, weil die Flächen meist Privateigentümern gehören und nicht der Gemeinde. Doch so wird ein großes Potential an Ansiedlungen verschenkt, denn die Mehrzahl der Unternehmen sucht inzwischen ein bestehendes Objekt.⁵⁸ Die Kommune sollte sich erst einen Überblick über die vorhandenen Brachflächen verschaffen und dann versuchen mit den Eigentümern ein Konzept für eine zukünftige gewerbliche Nutzung zu erarbeiten. Sie kann bei einer eventuell notwendigen Altlastensanierung unterstützen und dabei helfen, private Flächen und Objekte zu vermarkten, u.a. im Online-Portal Immo Region-Stuttgart. Falls überzogene Preisvorstellungen des Eigentümers einer gewerblichen Nutzung im Wege stehen, können die Marktberichte der WRS über die Miet- und Kaufpreise von Gewerbeflächen für eine realistische Verhandlungsbasis sorgen. Für längerfristig leer stehende Gewerbeimmobilien könnte die Wirtschaftsförderung mit dem Eigentümer ein Zwischennutzungskonzept entwickeln. Mit vertraglich festgelegten flexiblen Konditionen werden dabei meist kleinere Einheiten vermietet bis das Objekt seiner endgültigen Nutzung zugeführt werden kann. Besonders geeignet für eine Zwischennutzung sind je nach Lage u.a. Büroräume, Flächen für Kunst und Kultur und gewerbliche Ausstellflächen. Der Eigentümer profitiert von den Mieteinnahmen anstelle des Leerstands und steigert die öffentliche Aufmerksamkeit auf seine Immobilie. Die Mieter bekommen Räumlichkeiten zu günstigen Preisen und nutzen die Synergieeffekte und den Austausch mit den anderen Mietern. Daher sind solche Flächen besonders für Existenzgründer interessant.⁵⁹

⁵⁸ Dr.Rogg, Walter/Lutz, Matthias, Beitrag der Wirtschaftsförderung zwischen Standortmarketing und Flächenmanagement, Die Gemeinde, 6/2007, S.206.

⁵⁹ Vgl. Vortrag Ines Aufrecht bei Immobiliendialog Region Stuttgart 2011
<http://www.stuttgart.de/img/mdb/item/391793/67627.pdf>.

7.2 Bestandspflege

Viele Gemeinden konzentrieren ihre Bemühungen ausschließlich auf die spektakuläre und medienwirksame Anwerbung neuer Großbetriebe und vernachlässigen dabei die Pflege des vorhandenen Gewerbebestands. Doch die kleinen und mittleren Unternehmen sind der Wachstumsmotor der deutschen Volkswirtschaft und in ihnen entstehen durch viele kleine Betriebserweiterungen die meisten neuen Arbeitsplätze. Und gerade diese Gruppe beklagt sich häufig über eine fehlende Aufmerksamkeit der kommunalen Wirtschaftsförderung.⁶⁰ Die Bestandspflege darf daher nicht nur auf die großen Gewerbesteuerzahler beschränkt sein, sondern sollte sich an die kleinen und mittleren Betriebe richten, denn sie haben die Betreuung besonders nötig. Ihre Aufgabe ist es v.a. die betrieblichen Probleme, die ein Hindernis für Investitionen und Expansion darstellen (z.B. Mangel in der Verkehrsanbindung, Ausschilderung, Erschließung, fehlende Arbeitskräfte, Probleme mit Emissionsschutz oder Denkmalschutz usw.) zu erkennen und wenn möglich darauf zu reagieren, um eine eventuelle Abwanderung an einen anderen Standort zu verhindern oder eine Betriebserweiterung zu ermöglichen. Außerdem vermittelt sie für die kleinen und mittleren Betriebe die entsprechenden Kontakte zu den anderen Behörden und Verbänden und vertritt in diesem Kontext die Interessen der Betriebe. Als erster Schritt ist es wichtig, ein Vertrauensverhältnis zu den Unternehmern herzustellen. Dazu braucht der kommunale Wirtschaftsförderer eine hohe soziale Kompetenz und er muss Grundkenntnisse über die Abläufe in einem Unternehmen haben. Um eine systematische Bestandspflege zu beginnen, ist es notwendig ein Informationssystem aufzubauen, in dem alle Betriebe der Gemeinde mit ihren relevanten Daten (z.B. Grundstücke, Gewerbesteueraufkommen, Anzahl Arbeitsplätze usw.) aufgeführt sind. Dazu muss die Wirtschaftsförderung die Informationen aus den einzelnen Ämtern zusammenführen. Dann können regelmäßige Betriebsbesuche organisiert werden. Dabei besucht der Wirtschaftsförderer und/oder der

⁶⁰ Müller, Peter, Gut fördern heißt gewinnen, Der Gemeinderat, 04/10, S.12.

Bürgermeister das Betriebsgelände und kann sich vor Ort ein Bild über die kleinen und großen betrieblichen Probleme machen. Der Unternehmer bekommt so das Gefühl vermittelt, dass er wirklich Ernst genommen wird. Zudem wird er über die, für ihn relevanten, kommunalen Planungen direkt informiert.⁶¹

Viele kleine und mittlere Gemeinden organisieren einen regelmäßig (z.B. einmal im Jahr) stattfindenden Wirtschaftstag. Dazu werden der Bürgermeister, der Gemeinderat und alle Gewerbetreibenden in der Gemeinde eingeladen. In Kurzvorträgen informieren Experten über aktuelle Themen und in Diskussionsrunden bekommen die Unternehmer die Gelegenheit ihre aktuellen Wünschen und Anregungen zum Ausdruck zu bringen. So erhalten der Gemeinderat und die Verwaltungsspitze einen Überblick darüber, wo der lokalen Wirtschaft derzeit „der Schuh drückt“. Beim anschließenden Stehempfang kann der persönliche Kontakt vertieft werden und die Unternehmer haben die Möglichkeit sich untereinander zu vernetzen.

7.3 Erhöhung der Kaufkraftbindung

Viele Einzelhändler in kleinen und mittleren Gemeinden beklagen, dass ein Großteil der Einwohner in den benachbarten Städten einkaufen geht und so Kaufkraft abfließt. Grund dafür kann u.a. ein heruntergekommener Ortskern mit veralteten Strukturen sein, der eher ausladend wirkt. Dem kann die Gemeinde entgegenwirken, indem sie den Ortskern (oder die Gebiete, in denen der Einzelhandel ansässig ist) saniert und attraktiver gestaltet. Zu diesen Maßnahmen gehören u.a. die Modernisierung der Fußgängerzone bzw. Bürgersteigen, die Schaffung von ausreichend Parkplätzen in Einkaufsnähe, eine gute Ausschilderung der Einkaufsmöglichkeiten, Pflanzung von ansprechender Begrünung und das Aufstellen von Bänken, Kinderspielmöglichkeiten etc.

⁶¹ Boyken, Friedhelm, Handbuch zur kommunalen Wirtschaftsförderung, Frankfurt a.M., 2002, S. 22ff.

Ein Modell, das dazu beitragen soll, die Kaufkraft in der Gemeinde zu binden, ist die Einführung einer „City-Card“. Die Karteninhaber können damit bei allen teilnehmenden Händlern Punkte sammeln, die dann beim nächsten Einkauf eingelöst werden können. Solch ein zentrales Bonussystem schafft den Anreiz vor Ort zu kaufen und sorgt für eine gesteigerte Aufmerksamkeit über die Gemeindegrenzen hinaus. So kann auch Kaufkraft aus anderen Kommunen angelockt werden. Neben dem Rabattsystem ist es möglich, dass die „City-Card“ auch mit Funktionen wie Parkausweis oder Eintrittskarte für bestimmte Einrichtungen verknüpft wird. Die Konzeption und Umsetzung solch eines Systems ist relativ zeitaufwendig und erfordert ein gewisses Investitionsvolumen (Hardware, Software, Vermarktung usw.) und eine gewisse Mindestanzahl teilnehmender Einzelhändler. Daher kommt eine „City-Card“ eigentlich nur für die mittleren Gemeinden, nicht aber für die kleinen, in Frage.

Ein erfolgreiches Beispiel für dieses Modell ist das „Punktekartle“ in der Stadt Holzgerlingen (12.700 Einwohner) im Landkreis Böblingen.⁶² Dort wird die „City-Card“ vom örtlichen Handels- und Gewerbeverein betrieben. Allgemein gesprochen, kann die kommunale Wirtschaftsförderung für dieses Modell die Rolle des Initiators und Koordinators übernehmen, eine Konzeption erarbeiten und den Prozess in der Anfangsphase begleiten. Sie ist jedoch darauf angewiesen, dass die Idee der „City-Card“ von den Einzelhändlern mit Überzeugung aufgenommen und weitergetragen wird. Denn die Verwaltung und Finanzierung des laufenden Betriebs kann in der Regel nicht durch die Gemeinde geschehen, sondern muss von einer Unternehmervereinigung, z.B. Handels- und Gewerbeverein, getragen werden.⁶³

⁶² <http://www.punktekaertle.de>.

⁶³ Thorsten Beer, CityCard: Aufgabe der Wirtschaftsförderung?, aus: Wirtschaftsförderung im 21. Jahrhundert, Band 2: Zielgruppe Unternehmen, IMAKOMM, Aalen, 2003.

8 Zusammenfassung

Die freiwillige Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung ist und bleibt ein sehr wichtiges Handlungsfeld der Gemeinde. Als Teil der Daseinsvorsorge und der Leistungsverwaltung ist ihr oberstes Ziel die Förderung des Gemeinwohls der Einwohner. Wirtschaftsförderung ist eine Querschnittsaufgabe und daher arbeitet sie in Abstimmung mit weiten Teilen der Gemeindeverwaltung. Die Gewerbestruktur und der Erfolg der örtlichen Unternehmen bestimmen den größten Teil der kommunalen Steuereinnahmen. Daher sind die Förderung und Unterstützung der ansässigen Betriebe und die Neuansiedlung von innovativen Unternehmen der Schlüssel zu einer langfristig guten Finanzausstattung des Gemeindehaushalts. Kommunale Wirtschaftsförderung ist keine statische Aufgabe, sondern hat sich, ebenso wie die Wirtschaft, an die sich wandelnden Rahmenbedingungen (vgl. 2.2) anzupassen. Rechtlich betrachtet sind die Maßnahmen der indirekten Förderung, die allen Unternehmen zu Gute kommen, problemlos. Die direkte Förderung jedoch, die sich an ein einzelnes Unternehmen richtet, ist rechtlich stark eingeschränkt und daher nur ausnahmsweise und mit großer Zurückhaltung einzusetzen. Das unkonkrete Hauptziel „Gemeinwohlförderung“ kann in die vier Oberziele „Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen“, „Schaffung einer ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur“, „Verbesserung der Finanzkraft der Kommune“ und „Verbesserung der Lebensqualität“ aufgegliedert werden, die in vielfältigen Beziehungen zueinander stehen. Organisiert werden kann die kommunale Wirtschaftsförderung entweder öffentlich-rechtlich als Dezernat, Amt, Stabstelle usw. oder privatrechtlich als GmbH.

Neben den klassischen Instrumenten der Gewerbeflächenpolitik, Infrastrukturpolitik und Steuer- und Entgeltpolitik versteht sich die moderne Wirtschaftsförderung vermehrt als Partner der Wirtschaft. So haben die Beratung, die Unterstützung der Firmen im Kontakt mit anderen Stellen der öffentlichen Verwaltung sowie die Initiierung von Projekten und Standortgemeinschaften an Bedeutung gewonnen.

Als Anschauungsbeispiel für eine mittlere Gemeinde und Gebiet für die Unternehmensbefragung wurde die Gemeinde Gärtringen (Kreis Böblingen) gewählt. Sie bringt gute Grundvoraussetzungen für einen Gewerbestandort mit und die Einwohner verfügen über eine hohe Kaufkraft. Gärtringen hat ein recht hohes negatives Berufspendlersaldo und daher sind die Steuereinnahmen pro Kopf im Landesvergleich unterdurchschnittlich gering. So ist der Gemeindehaushalt auf die Zuweisungen nach dem FAG angewiesen.

Die kommunale Wirtschaftsförderung wird in Gärtringen vom Ordnungsamtsleiter in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister bearbeitet. Als aktuelles Beispiel erfolgreicher Wirtschaftsförderung kann sich die Gemeinde im Jahr 2011 über die Ansiedlung eines Tiefkühlagers des Nordfrost-Konzerns freuen. Die Gemeinde betätigt sich in verschiedenen Bereichen, um die Wirtschaft vor Ort zu unterstützen (Vgl. 5.2).

Der Großteil der Gärtringer Firmen, die meisten von ihnen sind Kleinbetriebe mit weniger 10 Mitarbeitern, zeigen sich im Allgemeinen zufrieden mit dem Standort Gärtringen und ihrem Verhältnis zur Gemeindeverwaltung. Doch 44% wünschen sich mehr Unterstützung in einem bestimmten Bereich (siehe S.42). Die wichtigsten Entscheidungsfaktoren für den Gewerbestandort Gärtringen sind die Nähe zu den Bezugs- und Absatzmärkten in der wirtschaftsstarken Region Stuttgart und die gute Verkehrsanbindung. Dagegen sind die soziale Infrastruktur und die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten nicht besonders relevant.

Den wirtschaftsfördernden Betätigungsmöglichkeiten der kleinen und mittleren Gemeinden sind durch wenig Personal und geringe finanzielle Mittel enge Grenzen gesetzt. Daher sind die Kooperation mit dem jeweiligen Kreiswirtschaftsförderer und der regionalen Wirtschaftsförderung (in der Region Stuttgart die WRS) sowie die Inanspruchnahme der von ihnen angebotenen Dienstleistungen besonders wichtig. Große und kostspielige Projekte sind i.d.R. für kleine und mittlere Gemeinde nicht oder zumindest nicht alleine zu bewältigen.

Schwerpunkt der gemeindeeigenen Betätigung ist das Gewerbeflächenmanagement. Hier kann in bestimmten Fällen eine interkommunale Zusammenarbeit neue Möglichkeiten eröffnen. Für die in Kapitel 7.2. und 7.3 vorgestellten Projekte (z.B. Aufbau einer systematischen Bestandspflege, Initiierung einer „City-Card“ usw.) können die kleinen und mittleren Gemeinden prüfen, ob eine Umsetzung in ihrer Situation machbar und erfolgversprechend ist. Wenn beschlossen wird, ein solches Projekt anzupacken, sollte die Gemeinde einen „echten“ kommunalen Wirtschaftsförderer haben, der neben der Wirtschaftsförderung keine weiteren Aufgaben bearbeiten muss. Ansonsten dürfte es zeitlich kaum zu stemmen sein.

Anlage 1:

Kreis Böblingen
Gemeinde Gärtringen



GENEHMIGT:

BÖBLINGEN 30. JUNI 2009

Bau- und Umweltschutzamt

Begründung zum

Bebauungsplan "Riedbrunnen" in Gärtringen

1. Erfordernis der Planaufstellung

Die Gemeinde hat nur noch Gewerbeflächen in ausgewählter Lage und Größe zur Verfügung. In den vergangenen Monaten kam es dadurch bereits zu Abwanderungen von Betrieben. In Konsequenz ist es erforderlich, Flächen zu schaffen, die das Angebotsspektrum der Gemeinde erweitern. Handlungsbedarf besteht bei der Gemeinde Gärtringen vor allem im Segment von Gewerbebauplätzen > 10.000 m², das derzeit von der Gemeinde nicht angeboten werden kann.

Aktuell ergibt sich aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung zudem Erweiterungsbedarf von in Gärtringen ansässigen Firmen, die ebenfalls nicht auf den der Gemeinde zur Verfügung stehenden Flächen in den Gewerbegebieten „Strasswiesen“ und „Am S-Bahnhof“ untergebracht werden können.

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan weist die Gewerbeflächen mit einer Summe von 26,5 ha aus. Davon stehen derzeit noch ca. 1,8 ha aus noch nicht vermarkteten Flächen zur Verfügung.

Die Gemeinde Gärtringen ist im Regionalplan als Gewerbeschwerpunkt ausgewiesen, was Wachstum als Ziel setzt. Dieser Verantwortung, die der Gemeinde auferlegt wurde, kann nur nachgekommen werden, wenn entsprechende Flächen zur Verfügung gestellt werden können.

Gärtringen ist als Gewerbestandort liegt auf der Entwicklungsachse Stuttgart-Böblingen/Sindelfingen-Herrenberg und ist aufgrund der hervorragenden verkehrlichen Anbindung über S-Bahn und eigenem Autobahn-Anschluss sehr interessant für Gewerbetreibende. Alle in letzter Zeit eingegangenen Anfragen mussten von der Gemeinde mangels geeigneter Flächen von vornherein abschlägig beschieden werden.

Ein zusätzlicher Bedarf an Gewerbeflächen ergibt sich in Gärtringen auch aufgrund der Bemühungen der Gemeinde, im Innenbereich Gewerbe- bzw. Mischgebietsflächen zu Wohnbauland umzuwandeln. Das Ziel der Gemeinde ist es, in den betroffenen Gebieten Interessenskollisionen zwischen Wohnen und Gewerbe abzubauen und beides zu entfalten.

Das Areal „Riedbrunnen“ mit einer Bruttobaulandgröße von ca. 4,88 ha soll nunmehr geplant, umgelegt und erschlossen werden.

Das Gebiet wird der Gemeinde mittel- und langfristig Flächen als Verfügungsmasse zur Verfügung stehen können.

Am 26.04.2005 hat der Gemeinderat der Gemeinde Gärtringen daher beschlossen, den Bebauungsplan „Riedbrunnen“ aufzustellen und in das weitere Verfahren zu schicken.

2. Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan

Das Plangebiet ist zeichnerisch komplett und in der Flächenbilanz mit einer Größe von 4,5 ha in der 2. Änderung des Flächennutzungsplans enthalten.

Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren entwickelt.

3. Beschreibung des Bestandes

Das ca. 5 ha große Planungsgebiet liegt nordöstlich des Autobahnanschlusses „Gärtringen“. Es wird im Norden von der Erschließungsstraße des Schlachthofes (Riedbrunnenstraße) und im Westen von der Abfahrt der B 14 begrenzt. Im Südwesten endet es entlang der Böschungsunterkante der Abfahrt der B 14, nach Osten reicht es bis zu dem landwirtschaftlichen Wege auf Höhe des Schlachthofes. Der Naturraum ist den „Oberen Gäuen“ zugeordnet.

Ein Wurmfortsatz ergibt sich im Nordosten des Gebietes, um die erforderlichen Maßnahmen zur Regenrückhaltung und -klärung sowie ein Regenüberlaufbecken (RÜB) unterbringen zu können.

Das Gebiet liegt am südöstlichen Rand von Gärtringen. Erschlossen wird das Gebiet bereits durch die Riedbrunnenstraße.

Die überplanten Flächen der zukünftigen Bebauung werden momentan ackerbaulich genutzt. Umgrenzt sind die zukünftigen Baugrundstücke mit bestehenden Wirtschaftswegen, die weiterhin betrieben werden können.

Das Plangebiet ist aus topographischer Sicht insgesamt leicht nach Südosten geneigt.

Das Planungsgebiet liegt innerhalb des Wasserschutzgebiets „Herrenberg-Ammertal-Schönbuch-Gruppe“ (Zone III b). Die Schutzgebietsverordnung ist zu beachten.

4. Innere Erschließung und Anbindung an das örtliche Straßennetz sowie Ver- und Entsorgung

Die Anbindung des Industriegebietes an das örtliche Straßennetz erfolgt über die bereits bestehende Riedbrunnenstraße (Flurstück 1546). Diese ist mit einer reinen Straßenbreite von 6,50 m bereits ausreichend für das aktuell überplante Gebiet und die eventuelle Anbindung eines weiteren Gebietes im Osten bemessen. Im Osten des Gebietes verzweigt sich die Straße auf Wirtschaftswegbreite. Hier ist vorgesehen, die Straße mit dem ankommenden Querschnitt auszubauen.

Die Straße bindet an die K 1077 (B14 alt) an. Von dort ist die direkte Zufahrt auf die B 14 und die Autobahn A 81 möglich. So kann der Verkehr direkt auf die übergeordneten Straßen zu- und abfließen. Die Gemeinde selbst oder andere Ortsdurchfahrten werden dadurch nicht beeinträchtigt.

Der Wirtschaftsweg am Süd-/Südwestrand des Gebietes wird erhalten, um die Unterhaltung der angrenzenden Straßenböschungen weiter gewährleisten zu können, ebenso der Feld- / Wirtschaftsweg im Osten, welcher auch zu Brandbekämpfungs- und Rettungszwecken erforderlich wird.

In der bestehenden Straße sind auch die infrastrukturellen Einrichtungen zur Ver- und Entsorgung der neu geschaffenen Grundstücke vorhanden.

Zusätzlich erforderliche Leitungen werden, soweit erforderlich, in einem Streifen südlich der bestehenden Riedbrunnenstraße verlegt. Dadurch wird es nicht erforderlich, Leitungen in die bestehende Straße zu verlegen, was Kosteneinsparungen mit sich bringt. Die potenziell erforderlichen Leitungen werden durch ein Leitungsrecht gesichert, das aber nur genutzt werden muss, sofern das Gebiet in mehrere Grundstücke geteilt wird.

Zur Ableitung des Oberflächenwassers werden eine Rückhaltung und zusätzliche Leitungen im Osten des Gebietes erforderlich.

Es wird ein 2- gliedriges Entwässerungssystem vorgesehen:

- Schmutzwasser, wie vorgesehen mit Einleitung in den Bestand
- Mischwasser aus befestigten Flächen, Verkehrs- und Nebenflächen

Die Mischwässer aus den befestigten Flächen werden zurückgehalten und benötigen eine Regenwasserbehandlung. Dies erfordert den Bau eines RÜB. Der Überlauf des RÜB soll über einen Retentions-Bodenfilter zum Vorfluter geleitet werden. Damit steht auch bei Auftreten eines Störfall/ Unfall noch Sicherheit zur Verfügung.

Es wird nach den Forderungen des Landratsamtes, Wasserwirtschaft für das im Gebiet anfallende Mischwasser in jedem Fall ein RÜB erforderlich.

Aufgrund der natürlichen Topologie mit dem Gefälle zum Riedbrunnenbach hin ist dort auch der geeignete Standort für das zu bauende RÜB. Das zu sammelnde Wasser kann im natürlichen Gefälleverlauf folgend dort aufgestaut werden und das Wasser des Überlaufs direkt in das ebenfalls erforderliche Retentionsbecken abgeschlagen werden.

Ein Standort direkt im Gebiet hätte den Nachteil, dass das Becken unterhalb der Kanalisationssohle zu liegen kommt und deshalb nicht mehr im freien Gefälle entwässert werden kann. Das Becken muss daher während seiner gesamten Lebens- / Nutzungsdauer über Pumpen entleert werden. Dies bedeutet laufende und nicht unerhebliche Kosten für den Betrieb in Form von Energie (Pumpenstrom), Instandhaltung und Wartung.

Weiterhin muss für den Überlauf des Beckens noch ein groß dimensionierter separater Überlaufkanal bis hin zum Retentionsbecken gebaut werden. Diese zusätzlichen Baukosten können mit dem vorgesehenen Standort des RÜB weitgehend minimiert werden.

Aus diesen Gründen ist vom Standort des RÜB im Gebiet selbst abzuraten. Für das neue RÜB bietet sich nur ein Standort in unmittelbarer Randlage zum Vorfluter „Riedbrunnenbach“ an.

Für die Wasserversorgung ist die Anbindung an die bestehenden Versorgungsleitungen in der Schlachthofstrasse geplant. Hierbei wird an den bestehenden Versorgungsschächten angeschlossen und diese werden dabei umgebaut / umgerüstet.

5. Bauliche Nutzung

Das gesamte Gebiet wird als eingeschränktes Industriegebiet ausgewiesen. Die Einschränkungen betreffen die Betriebe die nach der 4. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (4. BImSchV) Spalte 1 genehmigungspflichtig wären. Zulässig sind die in Spalte 2 erwähnten Betriebe. Diese Festsetzung entspricht auch der, die für den nördlich angrenzenden Schlachthof passend wäre.

So soll verhindert werden, dass die im Umkreis des geplanten eingeschränkten Industriegebietes angesiedelten Gewerbetreibenden durch verstärkte Emissionen beeinträchtigt werden.

Auf die Bestimmungen des Wasserschutzgebietes, Zone III B wird hingewiesen.

Nachdem im nördlichen Planungsraum bereits Gewerbe besteht, kann hier von geringem Konfliktpotenzial ausgegangen werden. Im Süden/Südwesten grenzt das Gebiet an die Abfahrt der B14 zur K 1077 und weiter in Richtung Gemeinde an. Westlich der Kreisstraße besteht ebenfalls Gewerbebebauung.

Die Höhe der Bebauung wird auf maximal 12,0 m beschränkt. Die Festsetzung erfolgt in Abhängigkeit vom umgebenden Bestand.

Die Grundflächenzahl zur Regelung der Versiegelung wurde auf maximal 0,8 festgesetzt. Als ergänzende Festsetzung werden Dachneigungen zwischen 0° und 20° zugelassen. Zulässige Dachformen sind Sonderformen des Satteldaches und Flachdächer.

Für technische Aufbauten wird ein zusätzlicher Spielraum bzgl. der zulässigen Gebäudehöhe gewährt.

6. Städtebauliches Konzept

Das Plangebiet ist durch die Ausgestaltung eines großen Baufensters in der Weise ausgelegt, dass die Gemeinde auf die Bauinteressenten und geänderten Wünschen reagieren kann und die Grundstücksflächen je nach Bedarf in der Größe entsprechend einteilen kann.

Ziel ist es Flächen zu schaffen für großflächige Betriebe. Kleinstrukturierte Flächen sind noch in den Gebieten „Am S-Bahnhof“ und „Strasswiesen“ vorhanden.

Die bestehenden Wirtschaftswege sollen in ihrer jetzigen Funktion als Unterhaltungsweg für die mit Gehölzen begrünten Straßenböschungen erhalten werden. Zudem werden diese durch eine angrenzende private Pflanzbindung auf den Baugrundstücken in ihrer Struktur aufgewertet.

Die Gemeinde konzentriert sich für die Ansiedlung von Einzelhandel auf innerortsnahe Lagen, daher wird Einzelhandel im Plangebiet auch nicht ausnahmsweise zugelassen.

Anlage 2: Fragebogen der Unternehmensbefragung

Zu Ihrem Unternehmen

1. Zu welcher der folgenden Branchen gehört Ihr Unternehmen?
- | | | |
|---|------------------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> Dienstleistungsgewerbe | <input type="checkbox"/> Handwerk | <input type="checkbox"/> Produzierendes Gewerbe |
| <input type="checkbox"/> Einzelhandel | <input type="checkbox"/> Freiberuf | <input type="checkbox"/> sonstiges |
2. In welcher Rechtsform wird Ihr Unternehmen geführt?
- | | | |
|--|-----------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> GbR | <input type="checkbox"/> KG | <input type="checkbox"/> GmbH |
| <input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG | <input type="checkbox"/> AG | <input type="checkbox"/> OHG |
| <input type="checkbox"/> andere Rechtsform | | |
3. Wie hoch war der durchschnittliche Jahresumsatz Ihres Unternehmens in den vergangenen 5 Jahren?
- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> unter 100.000 € | <input type="checkbox"/> 100.000 € - 500.000 € | <input type="checkbox"/> 500.000 € - 1.000.000 € |
| <input type="checkbox"/> 1.000.000 € - 5.000.000 € | <input type="checkbox"/> 5.000.000 € - 10.000.000 € | <input type="checkbox"/> über 10.000.000 € |
4. Wieviele Mitarbeiter sind in ihrem Unternehmen beschäftigt?
- | | | |
|----------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> 0 - 5 | <input type="checkbox"/> 5 - 10 | <input type="checkbox"/> 10 - 20 |
| <input type="checkbox"/> 20 - 50 | <input type="checkbox"/> 50 - 100 | <input type="checkbox"/> über 100 |
5. Wieviel Prozent Ihrer Mitarbeiter wohnt in Gärtringen?
- | | | |
|------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> unter 10% | <input type="checkbox"/> 10% - 25% | <input type="checkbox"/> 25% - 50% |
| <input type="checkbox"/> 50% - 75% | <input type="checkbox"/> 75% - 100% | |
6. Waren/sind die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in Ihrem Unternehmen unmittelbar zu spüren?
- ☐ ja ☐ nein
- Wenn ja, wie?

7. In welchem Jahr wurde Ihr Unternehmen gegründet?

Standort Gärtringen

8. Seit wann befindet sich Ihr Unternehmen am Standort Gärtringen?
- | | | |
|---|--|---|
| <input type="checkbox"/> schon immer, Gründung vor mehr als 10 Jahren | <input type="checkbox"/> schon immer Gründung innerhalb der letzten 10 Jahre | <input type="checkbox"/> Ansiedlung am Standort Gärtringen in folgendem Jahr: (siehe unten) |
|---|--|---|

Jahr der Ansiedlung in Gärtringen:

9. Wenn Sie die Ansiedlung oder die Gründung innerhalb der letzten 10 Jahre in Gärtringen bejaht haben, bewerten Sie bitte, welche Rolle die folgenden Faktoren bei ihrer Entscheidung für den Standort Gärtringen gespielt haben: (ansonsten weiter bei Frage 12)

	sehr wichtig					unwichtig
technische Infrastruktur (Autobahnanschluss, S-Bahn usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Standort Gärtringen [Fortsetzung]

soziale Infrastruktur (Kulturangebot, Freizeitmöglichkeiten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebot an qualifizierten Mitarbeitern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Höhe der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umwelt- und Lebensqualität als Wohnort	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fördermöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Höhe weiterer kommunaler Abgaben (Gebühren, Erschließungsbeiträge usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Flächenkosten (Kaufpreis bei Grunderwerb, Höhe der Mieten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nähe zu Bezugs- oder Absatzmärkten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Standorte anderer Unternehmen (Konkurrenz, Kooperationsmöglichkeiten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unternehmerfreundlichkeit der Gemeinde (z.B. Entgegenkommen beim Aufstellen BBauungsplan, Erteilung von Ausnahmen bzw. Befreiungen usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Welche weiteren Gründe haben Sie bewogen Gärtringen als Standort zu wählen?

10. Welche der oben genannten Erwägungen sind für Sie bei der Standortwahl am wichtigsten? (max. 3 Nennungen)

11. Mit welcher/n der folgenden Institutionen standen Sie im Rahmen der Ansiedlung bzw. Gründung in Kontakt? (Mehrfachnennungen möglich)

- | | | |
|--|--|---|
| <input type="checkbox"/> Wirtschaftsförderer des Landkreises Böblingen | <input type="checkbox"/> Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) | <input type="checkbox"/> IHK Region Stuttgart |
| <input type="checkbox"/> HWK Region Stuttgart | <input type="checkbox"/> Baden-Württemberg International (BWI) | <input type="checkbox"/> mit keiner der genannten |

12. Wie zufrieden sind Sie allgemein mit dem Standort Gärtringen für Ihr Unternehmen? sehr zufrieden ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ völlig unzufrieden

13. Wie zufrieden sind Sie mit dem Verhältnis zur Gemeindeverwaltung? sehr zufrieden ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ völlig unzufrieden

14. Würde Sie sich einen besseren "Draht" zur Gemeindeverwaltung oder eine stärkere Unterstützung der Gemeinde in einem bestimmten Bereich wünschen?

☐ ja ☐ nein

Wenn ja, in welchem Bereich:

15. Haben Sie in der Vergangenheit einen Standortwechsel in Erwägung gezogen?

☐ ja ☐ nein

Standort Gärtringen [Fortsetzung]

Wenn ja, wo lagen die Gründe für diese Erwägungen?

☐ Im Unternehmen selbst

☐ geänderte Marktbedingungen

☐ vorteilhaftere Strukturen an anderen Standorten

☐ nachteilige kommunalpolitische Entscheidungen

☐ sonstige Gründe: (siehe unten)

sonstige Gründe:

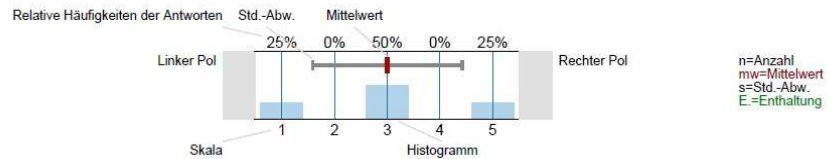
--

Anlage 3: Auswertung der Unternehmensbefragung

Auswertungsteil der geschlossenen Fragen

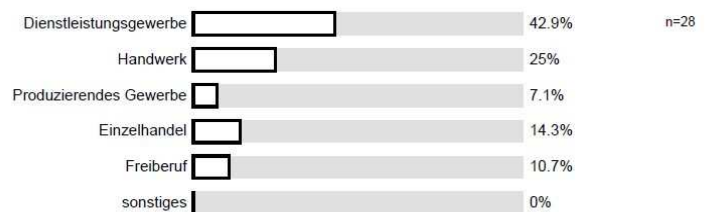
Legende

Fragetext

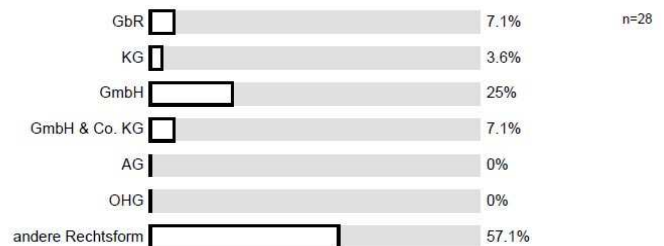


Zu Ihrem Unternehmen

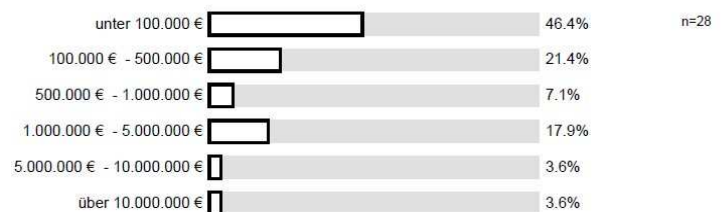
1. Zu welcher der folgenden Branchen gehört Ihr Unternehmen?



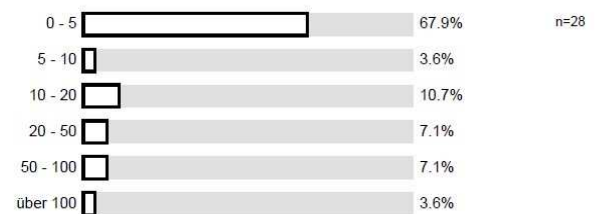
2. In welcher Rechtsform wird Ihr Unternehmen geführt?



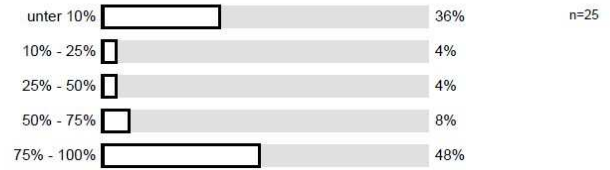
3. Wie hoch war der durchschnittliche Jahresumsatz Ihres Unternehmens in den vergangenen 5 Jahren?



4. Wieviele Mitarbeiter sind in ihrem Unternehmen beschäftigt?



5. Wieviel Prozent Ihrer Mitarbeiter wohnt in Gärtringen?



6. Waren/sind die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in Ihrem Unternehmen unmittelbar zu spüren?

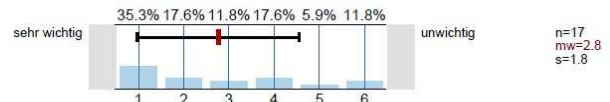


Standort Gärtringen

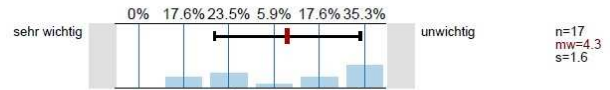
8. Seit wann befindet sich Ihr Unternehmen am Standort Gärtringen?



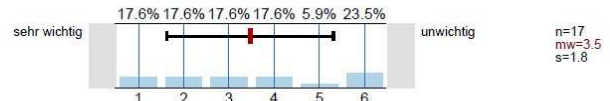
technische Infrastruktur (Autobahnanschluss, S-Bahn usw.)



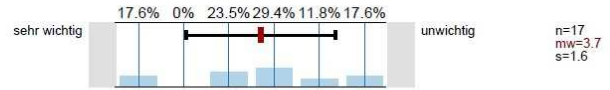
soziale Infrastruktur (Kulturangebot, Freizeitmöglichkeiten)



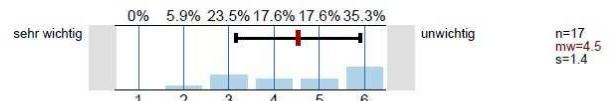
Angebot an qualifizierten Mitarbeitern



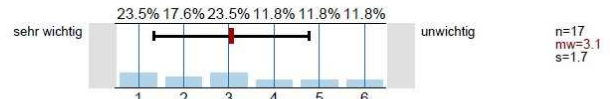
Höhe der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer



Berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten



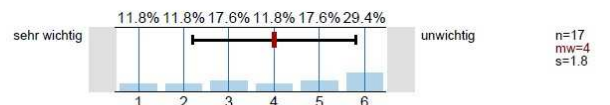
Umwelt- und Lebensqualität als Wohnort



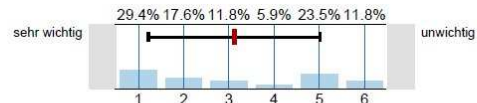
Fördermöglichkeiten



Höhe weiterer kommunaler Abgaben (Gebühren, Erschließungsbeiträge usw.)

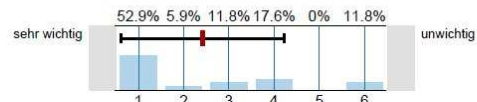


Flächenkosten (Kaufpreis bei Grunderwerb, Höhe der Mieten)



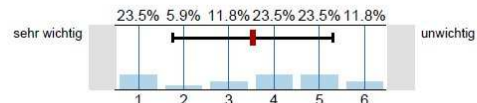
n=17
mw=3.1
s=1.9

Nähe zu Bezugs- oder Absatzmärkten



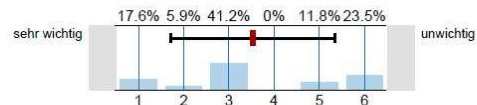
n=17
mw=2.4
s=1.8

Standorte anderer Unternehmen (Konkurrenz, Kooperationsmöglichkeiten)



n=17
mw=3.5
s=1.8

Unternehmerfreundlichkeit der Gemeinde (z.B. Entgegenkommen beim Aufstellen BBauungsplan, Erteilung von Ausnahmen bzw. Befreiungen usw.)



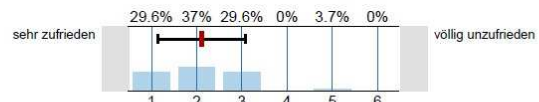
n=17
mw=3.5
s=1.8

11. Mit welcher/n der folgenden Institutionen standen Sie im Rahmen der Ansiedlung bzw. Gründung in Kontakt? (Mehrfachnennungen möglich)



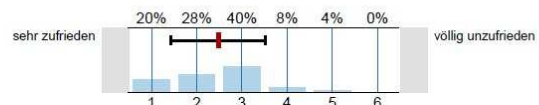
n=28

12. Wie zufrieden sind Sie allgemein mit dem Standort Gärtingen für Ihr Unternehmen?



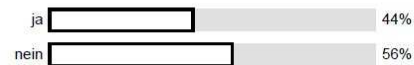
n=27
mw=2.1
s=1

13. Wie zufrieden sind Sie mit dem Verhältnis zur Gemeindeverwaltung?



n=25
mw=2.5
s=1

14. Würde Sie sich einen besseren "Draht" zur Gemeindeverwaltung oder eine stärkere Unterstützung der Gemeinde in einem bestimmten Bereich wünschen?



n=25

15. Haben Sie in der Vergangenheit einen Standortwechsel in Erwägung gezogen?

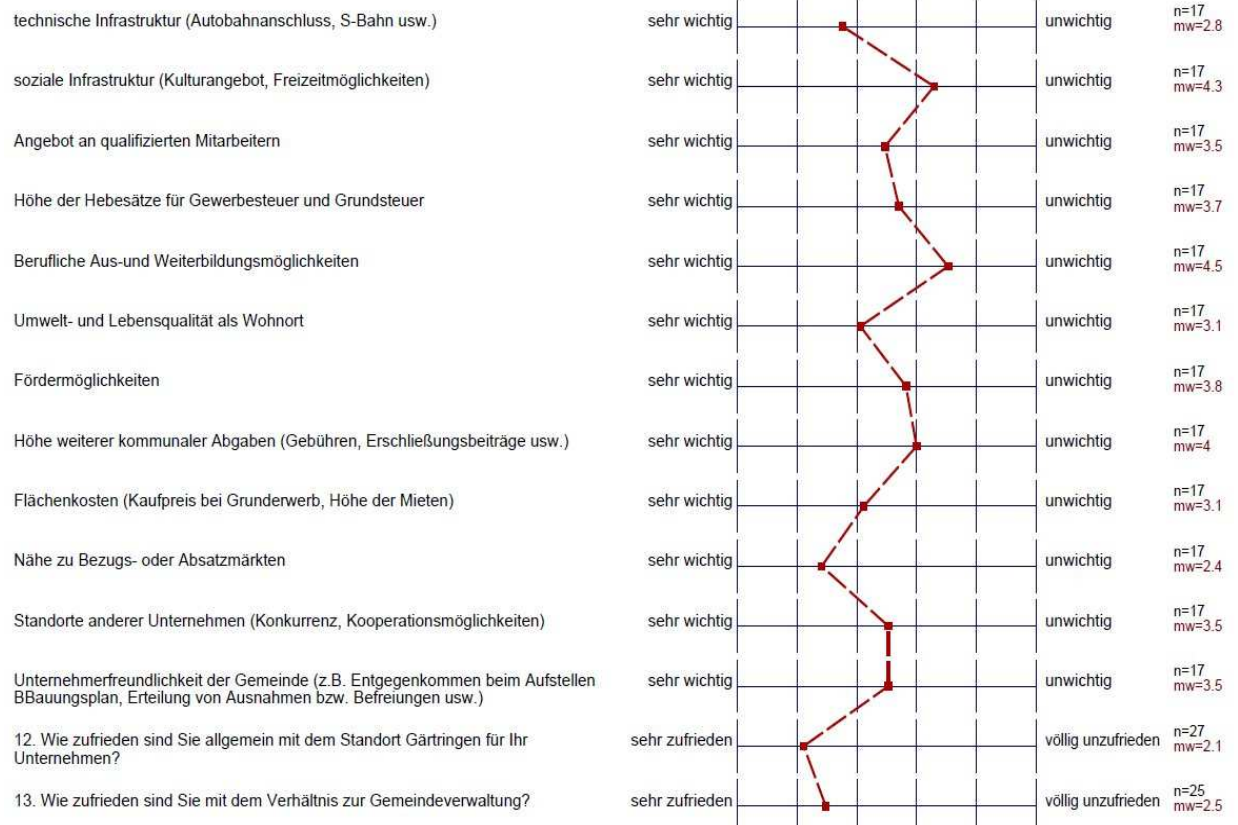


n=28

Wenn ja, wo lagen die Gründe für diese Erwägungen?



n=5



Zu Ihrem Unternehmen

Wenn ja, wie?

- - Umsatzrückgang
- - Anstieg der Insolvenzen
- Aufträge sind storniert worden.
- In der Gastronomie ist man immer direkt vom Verdienst der Arbeitnehmer in den großen Betrieben der Region abhängig.
- Investitionen am Bau wurden zurückgestellt und/oder verworfen
- Kunden kommen nicht mehr regelmäßig, daher auch weniger Umsätze
- Kundschaft rückläufig
- Kurzarbeit
- Lieferengpässe der Lieferanten
- Sehr wenig Aufträge
- Unternehmensgründung im Zeitraum der Wirtschafts-/Finanzkrise - daher keine Vergleichsmöglichkeiten
- einnahmen busen
- weniger Geräte verkauft

7. In welchem Jahr wurde Ihr Unternehmen gegründet?

- 12/2010
- vor 1900
- 1886
- 1963
- 1969
- 1978
- 1985 (2 Nennungen)
- 1990
- 1991
- 1997
- 2001
- 2002 (2 Nennungen)
- 2003
- 2005 (3 Nennungen)
- 2006 (3 Nennungen)
- 2007
- 2008 (2 Nennungen)
- 2009
- 2010 (2 Nennungen)
- 2011

Standort Gärtringen

Jahr der Ansiedlung in Gärtringen:

- siehe oben
- 2000 (2 Nennungen)
- 2002
- 2005
- 2006 (2 Nennungen)
- 2007 (2 Nennungen)
- 2008 (2 Nennungen)
- 2010

Welche weiteren Gründe haben Sie bewogen Gärtringen als Standort zu wählen?

- - exponierte Lage direkt an der Autobahn
- Ausschließlich private Gründe.
- Da ich selbst aus Gärtringen bin
- Eigener Wohnort
- Einwohnerzahl, Wohnortnähe,
- Firmensitz des Hauptauftraggebers
- Gleichzeitig mein Wohnort.
- Höhe des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens
- Kein Ausländer feindlichkeit
- Nähe zum Wohnort (Wohnort = Gärtringen)
- Pacht und Lage
- Wohnhaft in Gärtringen.
- Übernahme einer Insolventen Bäckerei Flächenkosten

10. Welche der oben genannten Erwägungen sind für Sie bei der Standortwahl am wichtigsten? (max. 3 Nennungen)

- - Preis
 - technische Infrastruktur
 - Nähe zum Absatzmarkt
- Angebot an qualifizierten Mitarbeitern
technische Infrastruktur (Autobahnanschluss, S-Bahn usw.)
Nähe zu Bezugs- oder Absatzmärkten
- Das allerwichtigste war die technische Infrastruktur, insbesondere der Bahnanschluss für die Mitarbeiter, danach die Miethöhe für ein repräsentatives Büro und der Gewerbesteuersatz
- Flächenkosten
Nähe zu Bezugs und Absatzmärkten
Unternehmerfreundlichkeit der Gemeinde
- Flächenkosten
Nähe zu Bezugs- oder Absatzmärkten
Umwelt- und Lebensqualität als Wohnort
- Höhe des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens
Wettbewerbssituation

- technische Infrastruktur
- technische Infrastruktur und Angebot an Qualifizierten Mitarbeitern
- technische Infrastruktur, Nähe Bezugs- oder Absatzmärkte, Umwelt-/Lebensqualität
- technische Infrastruktur, Nähe zu Märkten, Umwelt- und Lebensqualität als Wohnort

Wenn ja, in welchem Bereich:

- "Geschäftsleben" findet in Gärtringen hauptsächlich in der Hauptstrasse statt. Geschäfte/Dienstleister, die ausserhalb dieses Hauptstrassenzentrums liegen haben weitaus geringere Chancen und sind abgeschnitten. Der Marktplatz ist mehr oder weniger tot und kein Marktplatz. Die Gemeinde könnte sich zudem mehr für die Selbständigen am Ort engagieren und mehr werben für "im Ort kaufen anstatt auswärts".
- Bei der Auftragsvergabe von örtlichen Aufträgen
- Beschilderung, Wegenetz
- Direkter Kontakt mit führenden Betrieben in Gärtringen.
Regelmässige Abfrage der Wünsche und Notwendigkeiten der Betriebe.
- Flexibilität bei Genehmigungen und Unterstützung bei Emissionsbeschwerden
- In Sachen Friedhofsamt würde ich mich wünschen, dass die Gemeinde diese Verwaltung wieder selbst übernimmt.
- Keine aktuelle Idee. Wenn ich einen besseren Draht benötigen würde, würde ich diesen einfordern.
- Wirtschaftsförderung
- bislang hatten wir kaum Kontakt zur Gemeindeverwaltung
- das mehr für Kleine 1 Frau-Unternehmen getan wird. Auch günstigere Mieten. Denn diese sind definitiv zu hoch.
- früher Gewerberäumlichkeiten
heute kein Wunsch, da weder Förderung, noch sonstige Hilfen in Anspruch genommen wurden

sonstige Gründe:

- Das Unternehmen vergrößert sich - es ist die Frage, wo ein größeres Büro mit einer ähnlichen Verkehrsanbindung zur Verfügung steht.
- Wohnsitzwechsel
- bessere Lage, aufgeschlossenerer Einwohner,

Anlage 4: Auskunft Kämmerer Hildrizhausen

E-Mail vom 08.07.2011:

Hallo Herr Zehender,

es wird Sie vielleicht wundern, aber bei uns sind bis heute keinerlei Reaktionen auf die Erhöhung des Hebesatzes eingegangen. Dafür gibt es vor allem drei Gründe:

1. Bei Personengesellschaften gibt es keine Auswirkungen da eine Verrechnungsmöglichkeit mit der Einkommensteuer besteht
2. Bei Kapitalgesellschaften wirkt sich die Erhöhung bei kleineren Gewinnen kaum aus (bei 50.000 € Gewinn steigt die Belastung um 1.000 €), und bei den größeren Gewinnen ist zwar eine deutlichere Steigerung erkennbar, aber die Werte liegen immer noch niedriger als sie vor der Gewerbesteuerreform von 2008 (einheitliche Steuermesszahl = 3,5 %) waren
3. Wir haben die Begründung für die Steuererhöhungen im Gemeinderat und danach im Nachrichtenblatt relativ ausführlich dargestellt und es gab auch im Gemeinderat ein einstimmiges Ergebnis

Ich habe ihnen als Anlage den Bericht im Nachrichtenblatt und die Übersichten zu dem Thema beigelegt.

Bei den Gewerbebetrieben wird das Thema Gewerbesteuer-Hebesatz wohl auch nicht so wichtig gewertet wie vielfach angenommen wird. Ich denke für Betriebe sind heute andere Faktoren oft sehr viel wichtiger (Größe und Lage des Grundstücks / Preis des Grundstücks / Verkehrsanbindung / schnelle Datenübertragungen usw.) als ein Steuersatz der durch die große Politik ja auch in schöner Regelmäßigkeit verändert wird.

Sollten Sie noch weitere Fragen haben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Ralf Braun

Kämmerer
Bürgermeisteramt Hildrizhausen
Herrenberger Straße 13
71157 Hildrizhausen
Tel: 07034/9387-14
Fax: 07034/9387-40
braun@hildrizhausen.de
www.hildrizhausen.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Jonathan Zehender

Gesendet: Dienstag, 5. Juli 2011 14:48

An: Braun, Ralf

Betreff: Gewerbesteuer Hebesatz

Sehr geehrter Herr Braun,

mein Name ist Jonathan Zehender und ich bin Student des gehobenen Verwaltungsdienstes an der Fachhochschule in Ludwigsburg. Im Moment bin ich dabei meine Bachelorarbeit vorzubereiten, die vermutlich den Titel "Möglichkeiten der kommunalen Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum - dargestellt am Beispiel der Gemeinde Gärtringen" haben wird.

Ich wende mich nun an Sie als Kämmerer von Hildrizhausen, weil ich erfahren habe, dass Ihre Gemeinde den Hebesatz für die Gewerbesteuer in diesem Jahr von 320% (niedrigster Wert im Kreis Böblingen) auf 380% (höchster Wert im Kreis BB) angehoben hat.

Sofort stellte sich die Frage, was die zentralen Beweggründe für diesen doch sehr steilen Anstieg waren? Und wie haben die Gewerbetreibenden in Ihrer Gemeinde oder Interessenten einer Ansiedlung darauf reagiert?

Wenn Sie dazu kurz Stellung nehmen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar!

Mit freundlichen Grüßen

Jonathan Zehender

Literaturverzeichnis

Beer, Thorsten: Einführung einer CityCard – Aufgabe der Wirtschaftsförderung?, in: Wirtschaftsförderung im 21. Jahrhundert – Zielgruppe Unternehmen, IMAKOMM, Aalen, 2003

Boyken, Friedhelm: Handbuch zur kommunalen Wirtschaftsförderung, Frankfurt am Main, 2002

Dieckmann, Jochen/König, Eva Maria: Kommunale Wirtschaftsförderung – Handbuch für Standortsicherung und –entwicklung in Stadt, Gemeinde und Kreis, Köln, 1994

Dobler, Hugo: EU-Beihilfe und kommunale Wirtschaftsförderung, 2007, http://www.bkp.de/ver/html/gb2007/dobler_07.htm

Gärtner, Stefan/Terstriep, Judith/Widmaier, Brigitta: Wirtschaftsförderung im Umbruch, Mehring, 2006

Gemeinde Gärtringen: Ortsbroschüre, Juli 2010, http://www.gaertringen.de/fileadmin/Dateien/Dateien/Sonstiges/MeinGaertringen_klein_V3.pdf

Haushaltsplan 2011

Große Siemer, Stephan: Die kommunale Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaften, Dissertation, Universität Osnabrück, 1992

Götz, Christian: Kommunale Wirtschaftsförderung zwischen Wettbewerb und Kooperation, Hamburg, 1992

Haug, Peter: Kommunale Wirtschaftsförderung – Eine theoretische und empirische Analyse, Hamburg, 2004

Hesse, Joachim/Mittelstaß, Jürgen: Wie fördernd ist die Wirtschaftsförderung?, Oldenburg, 2005

Hollbach-Grömig, Beate: Kommunale Wirtschaftsförderung 2008 – Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven, 2008

Kommunale Wirtschaftsförderung in den 90er Jahren, Ergebnisse einer Umfrage, 1996

Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart: Wie attraktiv sind Standorte in der Region Stuttgart, Studie, 2009

Statistikbroschüre 2009

Strukturbericht Region Stuttgart 2009

Der Landkreis Böblingen in Zahlen, 2010

Jourdan, Rudolf: Professionelles Marketing für Stadt, Gemeinde und Landkreis, 2.Auflage, 2007

Kese, Volkmar/Zimmermann, Daniel: Handlungsempfehlungen für die kommunale Wirtschaftsförderung, in: Ausbildung-Prüfung-Fachpraxis – Zeitschrift für die staatliche und kommunale Verwaltung, 04/2011

Kirchhoff, Sabine/Kuhnt, Sonja u.a.: Der Fragebogen, 3.Auflage, 2003

Kröcher, Uwe/Henking, Rainer: Innovationsentwicklung in ländlichen Räumen – alternative Innovations- und Vernetzungsstrategie kommunaler Wirtschaftsförderung, in: Neues Archiv für Niedersachsen, 02/2007

Lugan, Andrea: Marketing der kommunalen Wirtschaftsförderung, Dissertation, Universität Freiburg, 1996

Mayer, Horst: Interview und schriftliche Befragung, 3.Auflage, München, 2006

Müller, Peter: Gut fördern heißt gewinnen, in: Der Gemeinderat, 04/2010

Raab-Steiner, Elisabeth/Benesch, Michael: Der Fragebogen, Wien, 2008

Reschl, Richard/Rogg, Walter: Kommunale Wirtschaftsförderung – Standortdialog und Standortentwicklung in Kommunen und Regionen, 2003

Rogg, Walter/Lutz, Matthias: Beitrag der Wirtschaftsförderung zwischen Standortmarketing und Flächenmanagement, in: Die Gemeinde, 06/2007

Seltsam, Christian: Kommunale Wirtschaftsförderung – Ziele, Instrumente, Erfolgskontrolle, Bayreuth, 2001

Statistisches Landesamt Baden Württemberg: Statistische Daten unter <http://www.statistik-bw.de/SRDB/>

Virgens, Martina: Marketing in der kommunalen Wirtschaftsförderung unter besonderer Berücksichtigung der Subventionsvergabe, Dissertation, Universität Göttingen, 1992

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Stuttgart:
Gewerbeimmobilien Region Stuttgart, Marktbericht, 2010

Erklärung nach § 36 III S.2 AprOVw gD

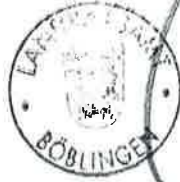
Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Gärtringen, den

Jonathan Zehender



Kreis Böblingen
Gemeinde Gärtringen



GENEHMIGT:

BÖBLINGEN 30. JUNI 2009

Bau- und Umweltschutzamt

Begründung zum

Bebauungsplan "Riedbrunnen" in Gärtringen

1. Erfordernis der Planaufstellung

Die Gemeinde hat nur noch Gewerbeflächen in ausgewählter Lage und Größe zur Verfügung. In den vergangenen Monaten kam es dadurch bereits zu Abwanderungen von Betrieben. In Konsequenz ist es erforderlich, Flächen zu schaffen, die das Angebotspektrum der Gemeinde erweitern. Handlungsbedarf besteht bei der Gemeinde Gärtringen vor allem im Segment von Gewerbebauplätzen $> 10.000 \text{ m}^2$, das derzeit von der Gemeinde nicht angeboten werden kann.

Aktuell ergibt sich aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung zudem Erweiterungsbedarf von in Gärtringen ansässigen Firmen, die ebenfalls nicht auf den der Gemeinde zur Verfügung stehenden Flächen in den Gewerbegebieten „Strasswiesen“ und „Am S-Bahnhof“ untergebracht werden können.

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan weist die Gewerbeflächen mit einer Summe von 26,5 ha aus. Davon stehen derzeit noch ca. 1,8 ha aus noch nicht vermarkteten Flächen zur Verfügung.

Die Gemeinde Gärtringen ist im Regionalplan als Gewerbeschwerpunkt ausgewiesen, was Wachstum als Ziel setzt. Dieser Verantwortung, die der Gemeinde auferlegt wurde, kann nur nachgekommen werden, wenn entsprechende Flächen zur Verfügung gestellt werden können.

Gärtringen ist als Gewerbestandort liegt auf der Entwicklungsachse Stuttgart-Böblingen/Sindelfingen-Herrenberg und ist aufgrund der hervorragenden verkehrlichen Anbindung über S-Bahn und eigenem Autobahn-Anschluss sehr interessant für Gewerbetreibende. Alle in letzter Zeit eingegangenen Anfragen mussten von der Gemeinde mangels geeigneter Flächen von vornherein abschlägig beschieden werden.

Ein zusätzlicher Bedarf an Gewerbeflächen ergibt sich in Gärtringen auch aufgrund der Bemühungen der Gemeinde, im Innenbereich Gewerbe- bzw. Mischgebietsflächen zu Wohnbauland umzuwandeln. Das Ziel der Gemeinde ist es, in den betroffenen Gebieten Interessenskollisionen zwischen Wohnen und Gewerbe abzubauen und beides zu entflechten.



Das Areal „Riedbrunnen“ mit einer Bruttobaulandgröße von ca. 4,88 ha soll nunmehr geplant, umgelegt und erschlossen werden.

Das Gebiet wird der Gemeinde mittel- und langfristig Flächen als Verfügungsmasse zur Verfügung stehen können.

Am 26.04.2005 hat der Gemeinderat der Gemeinde Gärtringen daher beschlossen, den Bebauungsplan „Riedbrunnen“ aufzustellen und in das weitere Verfahren zu schicken.

2. Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan

Das Plangebiet ist zeichnerisch komplett und in der Flächenbilanz mit einer Größe von 4,5 ha in der 2. Änderung des Flächennutzungsplans enthalten.

Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren entwickelt.

3. Beschreibung des Bestandes

Das ca. 5 ha große Planungsgebiet liegt nordöstlich des Autobahnanschlusses „Gärtringen“. Es wird im Norden von der Erschließungsstraße des Schlachthofes (Riedbrunnenstraße) und im Westen von der Abfahrt der B 14 begrenzt. Im Südwesten endet es entlang der Böschungsunterkante der Abfahrt der B 14, nach Osten reicht es bis zu dem landwirtschaftlichen Wege auf Höhe des Schlachthofes. Der Naturraum ist den „Oberen Gäuen“ zugeordnet.

Ein Wurmfortsatz ergibt sich im Nordosten des Gebietes, um die erforderlichen Maßnahmen zur Regenrückhaltung und -klärung sowie ein Regenüberlaufbecken (RÜB) unterbringen zu können.

Das Gebiet liegt am südöstlichen Rand von Gärtringen. Erschlossen wird das Gebiet bereits durch die Riedbrunnenstraße.

Die überplanten Flächen der zukünftigen Bebauung werden momentan ackerbaulich genutzt. Umgrenzt sind die zukünftigen Baugrundstücke mit bestehenden Wirtschaftswegen, die weiterhin betrieben werden können.

Das Plangebiet ist aus topographischer Sicht insgesamt leicht nach Südosten geneigt.

Das Planungsgebiet liegt innerhalb des Wasserschutzgebiets „Herrenberg-Ammertal-Schönbuch-Gruppe“ (Zone III b). Die Schutzgebietsverordnung ist zu beachten.



4. Innere Erschließung und Anbindung an das örtliche Straßennetz sowie Ver- und Entsorgung

Die Anbindung des Industriegebietes an das örtliche Straßennetz erfolgt über die bereits bestehende Riedbrunnenstraße (Flurstück 1546). Diese ist mit einer reinen Straßenbreite von 6,50 m bereits ausreichend für das aktuell überplante Gebiet und die eventuelle Anbindung eines weiteren Gebietes im Osten bemessen. Im Osten des Gebietes verjüngt sich die Straße auf Wirtschaftswegbreite. Hier ist vorgesehen, die Straße mit dem ankommenden Querschnitt auszubauen.

Die Straße bindet an die K 1077 (B14 alt) an. Von dort ist die direkte Zufahrt auf die B 14 und die Autobahn A 81 möglich. So kann der Verkehr direkt auf die übergeordneten Straßen zu- und abfließen. Die Gemeinde selbst oder andere Ortsdurchfahrten werden dadurch nicht beeinträchtigt.

Der Wirtschaftsweg am Süd-/Südwestrand des Gebietes wird erhalten, um die Unterhaltung der angrenzenden Straßenböschungen weiter gewährleisten zu können, ebenso der Feld- / Wirtschaftsweg im Osten, welcher auch zu Brandbekämpfungs- und Rettungszwecken erforderlich wird.

In der bestehenden Straße sind auch die infrastrukturellen Einrichtungen zur Ver- und Entsorgung der neu geschaffenen Grundstücke vorhanden.

Zusätzlich erforderliche Leitungen werden, soweit erforderlich, in einem Streifen südlich der bestehenden Riedbrunnenstraße verlegt. Dadurch wird es nicht erforderlich, Leitungen in die bestehende Straße zu verlegen, was Kosteneinsparungen mit sich bringt. Die potenziell erforderlichen Leitungen werden durch ein Leitungsrecht gesichert, das aber nur genutzt werden muss, sofern das Gebiet in mehrere Grundstücke geteilt wird.

Zur Ableitung des Oberflächenwassers werden eine Rückhaltung und zusätzliche Leitungen im Osten des Gebietes erforderlich.

Es wird ein 2- gliedriges Entwässerungssystem vorgesehen:

- Schmutzwasser , wie vorgesehen mit Einleitung in den Bestand
- Mischwasser aus befestigten Flächen, Verkehrs- und Nebenflächen

Die Mischwässer aus den befestigten Flächen werden zurückgehalten und benötigen eine Regenwasserbehandlung. Dies erfordert den Bau eines RÜB. Der Überlauf des RÜB soll über einen Retentions-Bodenfilter zum Vorfluter geleitet werden. Damit steht auch bei Auftreten eines Störfall/ Unfall noch Sicherheit zur Verfügung.

Es wird nach den Forderungen des Landratsamtes, Wasserwirtschaft für das im Gebiet anfallende Mischwasser in jedem Fall ein RÜB erforderlich.

Aufgrund der natürlichen Topologie mit dem Gefälle zum Riedbrunnenbach hin ist dort auch der geeignete Standort für das zu bauende RÜB. Das zu sammelnde Wasser kann im natürlichen Gefälleverlauf folgend dort aufgestaut werden und das Wasser des Überlaufs direkt in das ebenfalls erforderliche Retentionsbecken abgeschlagen werden.



Ein Standort direkt im Gebiet hätte den Nachteil, dass das Becken unterhalb der Kanalisationssohle zu liegen kommt und deshalb nicht mehr im freien Gefälle entwässert werden kann. Das Becken muss daher während seiner gesamten Lebens- / Nutzungsdauer über Pumpen entleert werden. Dies bedeutet laufende und nicht unerhebliche Kosten für den Betrieb in Form von Energie (Pumpenstrom), Instandhaltung und Wartung.

Weiterhin muss für den Überlauf des Beckens noch ein groß dimensionierter separater Überlaufkanal bis hin zum Retentionsbecken gebaut werden. Diese zusätzlichen Baukosten können mit dem vorgesehenen Standort des RÜB weitgehend minimiert werden.

Aus diesen Gründen ist vom Standort des RÜB im Gebiet selbst abzuraten. Für das neue RÜB bietet sich nur ein Standort in unmittelbarer Randlage zum Vorfluter „Riedbrunnenbach“ an.

Für die Wasserversorgung ist die Anbindung an die bestehenden Versorgungsleitungen in der Schlachthofstrasse geplant. Hierbei wird an den bestehenden Versorgungsschächten angeschlossen und diese werden dabei umgebaut / umgerüstet.

5. Bauliche Nutzung

Das gesamte Gebiet wird als eingeschränktes Industriegebiet ausgewiesen. Die Einschränkungen betreffen die Betriebe die nach der 4. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (4. BImSchV) Spalte 1 genehmigungspflichtig wären. Zulässig sind die in Spalte 2 erwähnten Betriebe. Diese Festsetzung entspricht auch der, die für den nördlich angrenzenden Schlachthof passend wäre.

So soll verhindert werden, dass die im Umkreis des geplanten eingeschränkten Industriegebietes angesiedelten Gewerbetreibenden durch verstärkte Emissionen beeinträchtigt werden.

Auf die Bestimmungen des Wasserschutzgebietes, Zone III B wird hingewiesen.

Nachdem im nördlichen Planungsraum bereits Gewerbe besteht, kann hier von geringem Konfliktpotenzial ausgegangen werden. Im Süden/Südwesten grenzt das Gebiet an die Abfahrt der B14 zur K 1077 und weiter in Richtung Gemeinde an. Westlich der Kreisstraße besteht ebenfalls Gewerbebebauung.

Die Höhe der Bebauung wird auf maximal 12,0 m beschränkt. Die Festsetzung erfolgt in Abhängigkeit vom umgebenden Bestand.

Die Grundflächenzahl zur Regelung der Versiegelung wurde auf maximal 0,8 festgesetzt. Als ergänzende Festsetzung werden Dachneigungen zwischen 0° und 20° zugelassen. Zulässige Dachformen sind Sonderformen des Satteldaches und Flachdächer.

Für technische Aufbauten wird ein zusätzlicher Spielraum bzgl. der zulässigen Gebäudehöhe gewährt.



6. Städtebauliches Konzept

Das Plangebiet ist durch die Ausgestaltung eines großen Baufensters in der Weise ausgelegt, dass die Gemeinde auf die Bauinteressenten und geänderten Wünschen reagieren kann und die Grundstücksflächen je nach Bedarf in der Größe entsprechend einteilen kann.

Ziel ist es Flächen zu schaffen für großflächige Betriebe. Kleinstrukturierte Flächen sind noch in den Gebieten „Am S-Bahnhof“ und „Strasswiesen“ vorhanden.

Die bestehenden Wirtschaftswege sollen in ihrer jetzigen Funktion als Unterhaltungsweg für die mit Gehölzen begrünter Straßenböschungen erhalten werden. Zudem werden diese durch eine angrenzende private Pflanzbindung auf den Baugrundstücken in ihrer Struktur aufgewertet.

Die Gemeinde konzentriert sich für die Ansiedlung von Einzelhandel auf innerortsnahe Lagen, daher wird Einzelhandel im Plangebiet auch nicht ausnahmsweise zugelassen.

7. Umweltschützende Belange (§ 1a BauGB)

Angaben zum Verfahren

Der Aufstellungsbeschluss zum geplanten Baugebiet wurde nach dem Stichtag zur BauGB-Novelle gefasst. Gemäß § 2 der BauGB-Novelle 2004 wird somit eine Umweltprüfung (UP) notwendig.

Als ein wesentlicher Teil der Abwägung sind die Auswirkungen auf die Umwelt umfassend zu ermitteln, zu beschreiben, zu bewerten und in einem Umweltbericht darzustellen. Dieser wird momentan erstellt.

Im Rahmen der vorgezogenen Anhörung fand das Scopingverfahren zur Beteiligung von der Planung berührter Behörden, Kommunen und Sachverständiger statt. Hier wurde der erforderliche Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung festgelegt.

Beschreibung von Ökologie und Landschaft

Bestands- und Konfliktanalyse

Der Untersuchungsraum wird vollständig landwirtschaftlich genutzt, zum Großteil als Ackerflächen. Die restlichen Flächen werden von Wiese, Verkehrsgrün und landwirtschaftlichen Wegen bzw. Straße eingenommen.

Gehölzstrukturen sind im unmittelbaren Plangebiet nicht zu verzeichnen, lediglich außerhalb des Gebiets ist die Böschung der Abfahrt der B 14 mit Heckenstrukturen bestanden, die teilweise als §32-Biotop (geschützte Biotop) ausgewiesen sind. In diese wird durch



die Baumaßnahmen aber nicht eingegriffen. Die Heckenstrukturen setzen sich nach Osten in Richtung des Naturschutzgebietes „Krebsbachaue“ fort, das in ca. 400 m Entfernung zum Baugebiet liegt. Nördlich an den Geltungsbereich angrenzend liegt die ebenfalls als § 32-Biotop (Schilfröhricht) ausgewiesene Uferböschung des Riedbrunnenbachs. Ein Eingriff in dieses Biotop durch die Baumaßnahme ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Innerhalb des Geltungsbereichs sind keine Schutzgebietsflächen zu verzeichnen.

Im Hinblick auf § 42 BNatSchG wurde in Abstimmung mit dem Landratsamt / Naturschutzbehörde in einer gutachterlichen Vorabschätzung geklärt, ob und inwieweit die Tierartengruppen Vögel, Heuschrecken und Tagfalter vom geplanten Vorhaben betroffen sind und ob weitere Untersuchungen notwendig werden.

Die Vorabschätzung durch den Biologen kam zu dem Ergebnis, dass die Bedeutung des überplanten Gebiets für die untersuchten Tierarten von geringer Bedeutung ist. Die artenschutzrelevanten Biotopstrukturen in der unmittelbaren Umgebung werden laut Gutachter durch die Planung nicht tangiert und bleiben erhalten. Laut Gutachten sind im Geltungsbereich unmittelbar keine relevanten und nach § 42 BNatSchG besonders geschützten Vorkommen der Artengruppen Vögel, Heuschrecken oder Tagfalter betroffen. Es fehlen ohnehin die Voraussetzungen an geeigneten Lebensräumen. Auf der Eingriffsfläche wurde vom Büro Quetz bei Geländebegehungen im Frühjahr 2007 und 2009 jedoch eine Feldlerche festgestellt. Der Erhaltungszustand der lokalen Population der Feldlerche in der Umgebung des Eingriffsbereichs wird als günstig eingestuft. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population und erhebliche Störung nach § 42 (1) Nr. 2 BNatSchG durch die vorgesehenen Planungen ist, so der Fachgutachter, deshalb nicht zu erwarten.

Eine Beeinträchtigung auf das 400 m entfernte Naturschutzgebiet durch das Baugebiet Riedbrunnen ist laut Gutachter nicht zu erkennen.

Der geologische Untergrund im Gebiet wird von ausgelaugten und entfestigten Tonsteinen der Gipskeuperformation, im südwestlichen Bereich vermutlich von Auenlehmen gebildet. Laut hydrogeologischem Gutachten finden sich im Gebiet Parabraunerde-Pseudogley über Lösslehm und Braunerde-Pelosol über Fließerden. Kulturgüter und Altlasten sind im Planungsraum bisher nicht bekannt. Als Sachgüter sind Straße und landwirtschaftliches Wegenetz zu werten.

Der Boden im Planungsraum dient als Deckschicht des Wasserschutzgebiets. Altlasten und denkmalgeschützte Kulturgüter sind im Planungsraum bisher nicht bekannt. Als Sachgüter sind Straße und landwirtschaftliches Wegenetz zu werten.

Der nordwestliche Ausläufer des Geltungsbereichs reicht bis zum Ufer des Riedbrunnenbachs. Dieser verläuft begradigt nördlich des Schlachthofs, seine Ufer sind als Überschwemmungsfläche ausgewiesen. Es befinden sich im Planungsgebiet keine weiteren Oberflächengewässer oder wasserführenden Gräben. Das hydrogeologische Gutachten bescheinigt dem Planungsraum einen Grundwasserstand zwischen 0,60 m und 4,00 m unter Gelände, die Versickerung von Oberflächenwasser wird als nur bedingt möglich eingestuft. Aus gutachterlicher Sicht ist durch die Baumaßnahme keine Beeinträchtigung der Grundwassersituation im 400 m entfernten Naturschutzgebiet zu befürchten.

Das Landschaftsbild wird ebenfalls durch die Gewerbebauten im Umfeld und die Autobahn geprägt. Auf der Fläche wie auch in der weiteren Umgebung herrscht landwirtschaftliche Nutzung vor. Einrichtungen zur Erholung sind nicht vorhanden.



Das Gebiet besitzt innerhalb des Geltungsbereichs keine staubfilternden Gehölzstrukturen, im direkten Umfeld weisen lediglich die Straßenböschungen und abschnittsweise die Uferböschung des Riedbrunnenbachs einen Gehölzbestand auf. Die klimatischen Gegebenheiten werden bereits vom vorhandenen Gewerbe (Wärmeinsel) sowie der Barrierewirkung der Straßenböschungen beeinträchtigt. Als lokale Vorbelastungsquellen ist ebenfalls die Autobahn zu nennen.

Als Vorbelastungen werden Lärm- und Schadstoffemissionen ausgehend von der A 81 und ihren Zubringern gewertet. Auch die angrenzende Gewerbenutzung beeinträchtigt den Planungsraum im Bestand. Durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung ist mit einer Überprägung des Bodengefüges zu rechnen, Einträge von Düngern und Pestiziden sind möglich.

Die größten zu erwartenden Eingriffe (4,00 Öko-ha) sind beim Schutzgut Boden zu verzeichnen. Durch Gebäude und Straßenflächen sowie die Anlage des Regenüberlaufbeckens werden hier offene Böden versiegelt, wodurch mit einem Verlust der natürlichen Bodenfunktionen zu rechnen ist. Außerdem gehen ertragreiche Flächen für die Landwirtschaft verloren.

Ebenfalls beeinträchtigt ist das Schutzgut Wasser (Wasserschutzgebiet Zone IIIB, tw. Überschwemmungsgebiet), wobei hier durch die Entwässerung im Trennsystem der Eingriff minimiert werden kann. Geringere Beeinträchtigungen sind bei den Schutzgütern Mensch/Landschaftsbild/Erholung, Klima/Luft sowie Arten und Lebensgemeinschaften zu verzeichnen.

Durch den höchsten Eingriff bestimmt das Schutzgut Boden den Ausgleichsbedarf.

Vermeidung, Minimierung und Ausgleich

Zunächst wird versucht, einen Ausgleich innerhalb des geplanten Baugebiets zu ermöglichen. Durch Pflanzgebote auf öffentlicher und privater Fläche wird eine gute Durchgrünung erreicht, sowie eine lokaltypische Ortsrandeingrünung hin zur freien Landschaft aufgebaut.

Die Bodenversiegelung ist auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Für die zu erwartenden Erdmassen wird empfohlen, im Sinne eines Verwertungskonzepts frühzeitig der Materialeignung entsprechend hochwertige Verwertungsmöglichkeiten aufzufinden (z.B. gemäß Heft 24 „Technische Verwertung von Bodenaushub“ / Ministerium für Umwelt und Verkehr BW und der DIN 19731 „Verwertung von Bodenaushub“).

Die bestehenden landwirtschaftlichen Wegeverbindungen werden erhalten. Das Aufhebungspotential ist mit einer guten Durchgrünung zu begrenzen, für die Begrünung sind Pflanzlisten mit heimischen und standortgerechten Gehölzen festgesetzt. Zudem kann durch eine Verpflichtung zur Fassadenbegrünung (Pflanzgebot) sowie eine Rekultivierung durch Auftrag einer begrünten Bodenschicht im Bereich des RÜB der Eingriff zumindest kleinräumig minimiert werden.

Die Eingriffe ins Schutzgut Wasser können durch eine naturnahe Regenwasserbewirtschaftung und eine Entwässerung im Trennsystem minimiert werden. Die Retentionsbereiche werden möglichst naturnah gestaltet.

Die Versiegelung offener Böden jedoch kann innerhalb des geplanten Baugebietes nicht ausgeglichen werden. Insgesamt besteht nach dem heutigen Stand der Planung ein Ausgleichsbedarf von 3,57 Öko-ha außerhalb des Bebauungsplangebietes (Schutzgut



Boden maßgeblich). Öko-ha bedeutet, dass sich durch eine entsprechende Aufwertung ökologisch geringwertiger Flächen der Flächenbedarf maßgeblich reduzieren lässt. Zudem wirken sich Ausgleichsmaßnahmen auf mehrere Schutzgüter gleichzeitig aus (Mehrfachwirkung von Kompensationsmaßnahmen). Eine Entsiegelung ist im entsprechenden Umfang nicht möglich. Beim Ausgleich gilt es zudem hochwertige landwirtschaftliche Flächen zu schonen.

In enger Abstimmung mit dem Landratsamt entwickelt die Gemeinde momentan einen geeigneten Ausgleichskatalog für die gesamte Bauleitplanung. Dieser basiert auf Vorortbegehungen sowie Abstimmungen mit dem Landratsamt, der örtlichen Landwirtschaft, dem NABU, dem Forst, dem Obst- und Gartenbauverein sowie der Verwaltung.

Ein wesentliches Standbein beim Thema Ausgleich wird eine bereits realisierte Maßnahme im Gewann Jennissen auf der Gemarkung Rohrau übernehmen. Diese knüpft von der Lage und dem Thema an das Krebsbachauenprojekt an und ergänzt eine benachbarte Maßnahme des Regierungspräsidiums. Zudem können hierbei artenschutzrechtliche Belange unterstützt werden. Darüber hinaus dienen 2 weitere Maßnahmen (Wiederverwendung von Oberboden sowie die Anlage einer Baum- und Heckenpflanzung im Gewann Röße) zum Ausgleich der zu erwartenden Eingriffe. Die Ausgleichsmaßnahmen werden vertraglich mit dem LRA abgesichert.

Artenschutz

Bei den Eingriffen und Baumaßnahmen für das Gewerbegebiet könnten Jungvögel der Feldlerche an den Fortpflanzungsstätten nach § 42 (1) Nr. 1 BNatSchG getötet oder geschädigt werden. Um diesen Verbotstatbestand zu umgehen, sind Bauzeitbeschränkungen aufzuerlegen (keine Eingriffe im Zeitraum zwischen 1. März bis 1. August).

Als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme und zum Erhalt der ökologischen Funktionalität – Vermeidung des Verbotstatbestands nach § 42 (1) Nr. 3 BNatSchG – ist in einer Entfernung von ca. ein km südöstlich des geplanten Eingriffs, am Rande des Naturschutzgebiets Krebsbachaue die Aufwertung einer landwirtschaftlich genutzten Fläche vorgesehen. Es handelt sich um die Parzellen im Gewann Jennissen. Diese Flächen sollen abwechselnd extensiv landwirtschaftlich genutzt und als Brachestadien angelegt werden. Teilbereiche könnten auch als Feuchtwiese entwickeln werden, etwa durch den Wegfall der Drainierung. Die lokale NABU-Ortsgruppe will die Flächen langfristig pflegen, ergänzend auch zur Verfügung stehender benachbarter Flächen.

In Abstimmung mit dem LRA (Untere Naturschutzbehörde) ist bei Einhaltung der Maßnahmen (Bauzeitbeschränkung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahme) keine artenschutzrechtliche Ausnahme oder Befreiung erforderlich. Die Verbotstatbestände des § 42 BNatSchG werden nicht berührt.

Monitoring von Bauleitplänen (§ 4c BauGB)

Durch § 4c BauGB werden die Gemeinden zum sogenannten „Monitoring“ verpflichtet, d.h. zur Überwachung der Umweltauswirkungen, die aufgrund der Durchführung des Bebauungsplanes eintreten. Hierzu werden im Umweltbericht weiterführende Aussagen getroffen.



8. Gutachten

Baugrund- und Grundwasserverhältnisse

Ein Gutachten zur Erkundung der Untergrundverhältnisse wurde im Oktober 2005 vom Büro BGU erstellt und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Im Plangebiet besteht oberflächennahes Grundwasser. Wegen der Lage in der freien Feldflur werden sich Grundwasserhaltungen erst mit zunehmender Bebauung auf Nachbarn auswirken. Im nördlichen Bereich ist die Nähe zur bestehenden Straße zu beachten. Grundwasserhaltungen sind hier auf ein zwingend notwendiges Maß einzuschränken.

Leitungsgräben können geböscht werden. Mit Anschnitt des Grundwassers ist in Abschnitten zu bauen. Es sind Grundwassersperrungen vorzusehen. Gebäude mit hoher Qualifikation verlangen eine Gründung im mindestens halbfesten Gipskeuper. Weniger qualifizierte und vom Grundriss her einfache Gebäude können außerhalb weichplastischer und organisch geprägter Schichten unter einer niedrigen Bodenpressung konventionell flach gegründet werden. Fundamente, die in den gipshaltigen Mergel und/oder ins das Grundwasser eingreifen, sind mit sulfatbeständigem Zement auszuführen.

Auf die Notwendigkeit objektbezogener Baugrunduntersuchungen insbesondere bei höher qualifizierten Bauvorhaben wird hingewiesen.

Geruchsgutachten

Im Jahr 1999 wurde vom Institut Dr. Jäger ein Geruchsgutachten zum Betrieb des Schlachthofes erstellt.

Im Ergebnis beträgt die Geruchswahrnehmungshäufigkeit im Bereich des Plangebietes maximal 3 Prozent der Jahresstunden. Dieser Wert liegt deutlich unter dem für Gewerbegebiete gültigen maximalen Immissionswert von 15 % gemäß Geruchsimmissionsrichtlinie.

Der Betreiber des Schlachthofes hat auf Anfrage erklärt, dass sich am Betrieb des Schlachthofes seit Erstellung des Gutachtens im Jahr 1999 nichts Wesentliches geändert hat. Lediglich die Zahl der Schlachtungen sei zurückgegangen, was jedoch auf die Immissionen eher positive Auswirkungen hat.

Für das geplante Industriegebiet sind somit keine Einschränkungen diesbezüglich zu treffen.

Denkmalpflege / Archäologie

Am 16.10.2008 wurde im Plangebiet eine archäologische Prospektion durchgeführt. Die Untersuchung brachte keine Anhaltspunkte für archäologische Funde. Seitens des Regierungspräsidiums Stuttgart – Referat Denkmalamt wurde daraufhin mit Schreiben vom 22.10.2008 bestätigt, dass keine Bedenken bestehen.



9. Realisierung / Bodenordnung / Kosten

Die Realisierung und Neuordnung der Grundstücks- und Eigentumsverhältnisse erfolgt im Rahmen einer amtlichen Umlegung.

10. Plandaten:

Geltungsbereich des Bebauungsplanes:	5,46 ha	
Bestand – Straßen	0,20 ha	
Bestand – Wege	0,35 ha	
Bestand – Grün	0,03 ha	
Bruttobauland:	4,88 ha	100,0 %
Geplante Straße neu	0,02 ha	0,2 %
Geplantes RÜB inkl. Begrünung	0,07 ha	1,4 %
Geplante Retention	0,15 ha	3,0 %
Nettobauland:	4,64 ha	95,4%

Aufgestellt:
Stuttgart, 18.09.2007 / 19.05.2009

Martin Riedißen
LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH
Olgastr. 86
70180 Stuttgart
Tel.: 0711 6454-210
Fax: 0711 6454-100

MUSTER

EvaSys

Befragung der Gärtringer Firmen

Electric Paper



Markieren Sie so: ☐ ☒ ☐ ☐ ☐ Bitte verwenden Sie einen Kugelschreiber oder nicht zu starken Filzstift. Dieser Fragebogen wird maschinell erfasst.
Korrektur: ☐ ☒ ☐ ☒ ☐ Bitte beachten Sie im Interesse einer optimalen Datenerfassung die links gegebenen Hinweise beim Ausfüllen.

Zu Ihrem Unternehmen

1. Zu welcher der folgenden Branchen gehört Ihr Unternehmen?

☐ Dienstleistungsgewerbe

☐ Handwerk

☐ Produzierendes Gewerbe

☐ Einzelhandel

☐ Freiberuf

☐ sonstiges

2. In welcher Rechtsform wird Ihr Unternehmen geführt?

☐ GbR

☐ KG

☐ GmbH

☐ GmbH & Co. KG

☐ AG

☐ OHG

☐ andere Rechtsform

3. Wie hoch war der durchschnittliche Jahresumsatz Ihres Unternehmens in den vergangenen 5 Jahren?

☐ unter 100.000 €

☐ 100.000 € - 500.000 €

☐ 500.000 € - 1.000.000 €

☐ 1.000.000 € - 5.000.000 €

☐ 5.000.000 € - 10.000.000 €

☐ über 10.000.000 €

4. Wieviele Mitarbeiter sind in ihrem Unternehmen beschäftigt?

☐ 0 - 5

☐ 5 - 10

☐ 10 - 20

☐ 20 - 50

☐ 50 - 100

☐ über 100

5. Wieviel Prozent Ihrer Mitarbeiter wohnt in Gärtringen?

☐ unter 10%

☐ 10% - 25%

☐ 25% - 50%

☐ 50% - 75%

☐ 75% - 100%

6. Waren/sind die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in Ihrem Unternehmen unmittelbar zu spüren?

☐ ja

☐ nein

Wenn ja, wie?

7. In welchem Jahr wurde Ihr Unternehmen gegründet?

Standort Gärtringen

8. Seit wann befindet sich Ihr Unternehmen am Standort Gärtringen?

☐ schon immer, Gründung vor mehr als 10 Jahren

☐ schon immer Gründung innerhalb der letzten 10 Jahre

☐ Ansiedlung am Standort Gärtringen in folgendem Jahr: (siehe unten)

Jahr der Ansiedlung in Gärtringen:

9. Wenn Sie die Ansiedlung oder die Gründung innerhalb der letzten 10 Jahre in Gärtringen bejaht haben, bewerten Sie bitte, welche Rolle die folgenden Faktoren bei ihrer Entscheidung für den Standort Gärtringen gespielt haben: (ansonsten weiter bei Frage 12)

technische Infrastruktur (Autobahnanschluss, S-Bahn usw.)

sehr wichtig

☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

unwichtig

MUSTER

Standort Gärtringen [Fortsetzung]

soziale Infrastruktur (Kulturangebot, Freizeitmöglichkeiten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebot an qualifizierten Mitarbeitern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Höhe der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umwelt- und Lebensqualität als Wohnort	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fördermöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Höhe weiterer kommunaler Abgaben (Gebühren, Erschließungsbeiträge usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Flächenkosten (Kaufpreis bei Grunderwerb, Höhe der Mieten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nähe zu Bezugs- oder Absatzmärkten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Standorte anderer Unternehmen (Konkurrenz, Kooperationsmöglichkeiten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unternehmerfreundlichkeit der Gemeinde (z.B. Entgegenkommen beim Aufstellen BBauungsplan, Erteilung von Ausnahmen bzw. Befreiungen usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Welche weiteren Gründe haben Sie bewogen Gärtringen als Standort zu wählen?

10. Welche der oben genannten Erwägungen sind für Sie bei der Standortwahl am wichtigsten? (max. 3 Nennungen)

11. Mit welcher/n der folgenden Institutionen standen Sie im Rahmen der Ansiedlung bzw. Gründung in Kontakt? (Mehrfachnennungen möglich)

- | | | |
|--|--|---|
| <input type="checkbox"/> Wirtschaftsförderer des Landkreises Böblingen | <input type="checkbox"/> Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) | <input type="checkbox"/> IHK Region Stuttgart |
| <input type="checkbox"/> HWK Region Stuttgart | <input type="checkbox"/> Baden-Württemberg International (BWI) | <input type="checkbox"/> mit keiner der genannten |

12. Wie zufrieden sind Sie allgemein mit dem Standort Gärtringen für Ihr Unternehmen? sehr zufrieden ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ völlig unzufrieden

13. Wie zufrieden sind Sie mit dem Verhältnis zur Gemeindeverwaltung? sehr zufrieden ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ völlig unzufrieden

14. Würde Sie sich einen besseren "Draht" zur Gemeindeverwaltung oder eine stärkere Unterstützung der Gemeinde in einem bestimmten Bereich wünschen?

- ☐ ja ☐ nein

Wenn ja, in welchem Bereich:

15. Haben Sie in der Vergangenheit einen Standortwechsel in Erwägung gezogen?

- ☐ ja ☐ nein

Standort Gärtringen [Fortsetzung]

Wenn ja, wo lagen die Gründe für diese Erwägungen?

☐ Im Unternehmen selbst ☐ geänderte Marktbedingungen ☐ vorteilhaftere Strukturen an anderen Standorten

☐ nachteilige kommunalpolitische Entscheidungen ☐ sonstige Gründe: (siehe unten)

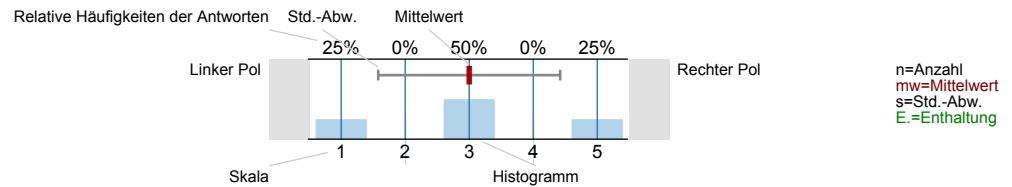
sonstige Gründe:



Auswertungsteil der geschlossenen Fragen

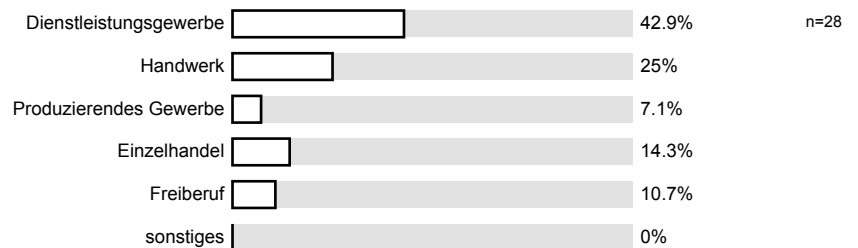
Legende

Frage

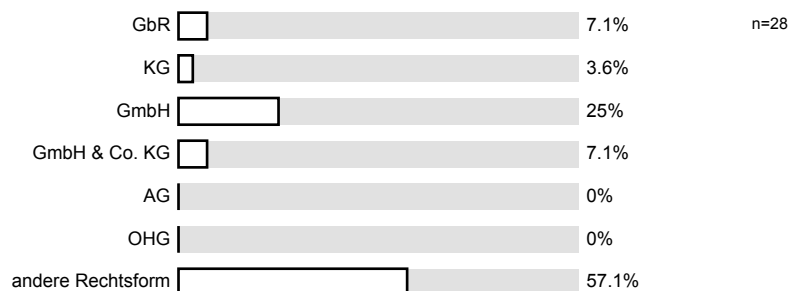


Zu Ihrem Unternehmen

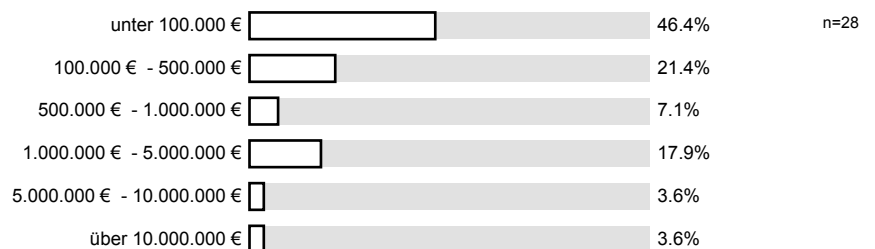
1. Zu welcher der folgenden Branchen gehört Ihr Unternehmen?



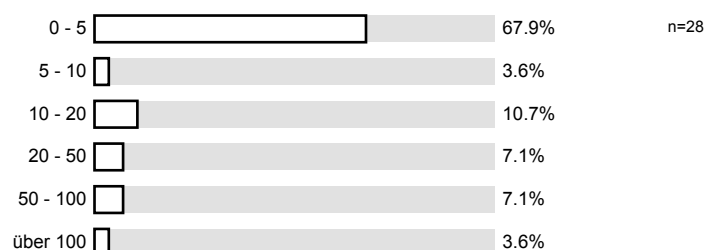
2. In welcher Rechtsform wird Ihr Unternehmen geführt?



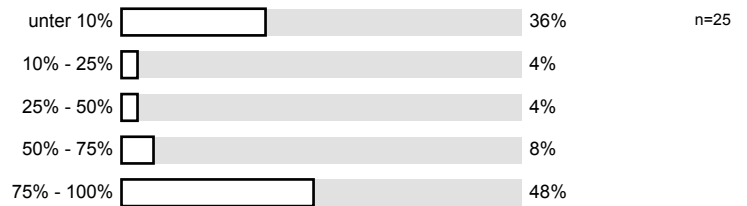
3. Wie hoch war der durchschnittliche Jahresumsatz Ihres Unternehmens in den vergangenen 5 Jahren?



4. Wieviele Mitarbeiter sind in ihrem Unternehmen beschäftigt?



5. Wieviel Prozent Ihrer Mitarbeiter wohnt in Gärtringen?

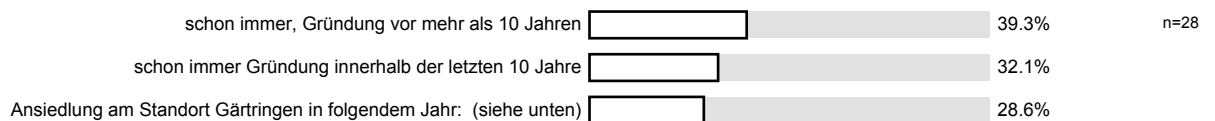


6. Waren/sind die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in Ihrem Unternehmen unmittelbar zu spüren?

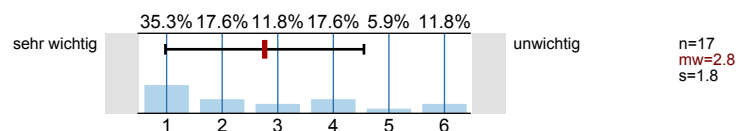


Standort Gärtringen

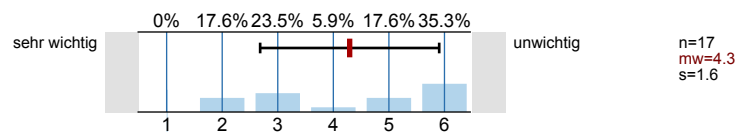
8. Seit wann befindet sich Ihr Unternehmen am Standort Gärtringen?



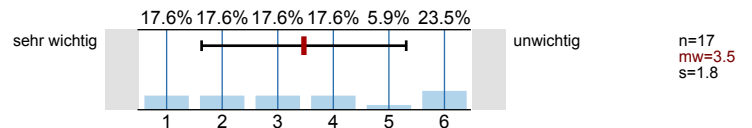
technische Infrastruktur (Autobahnanschluss, S-Bahn usw.)



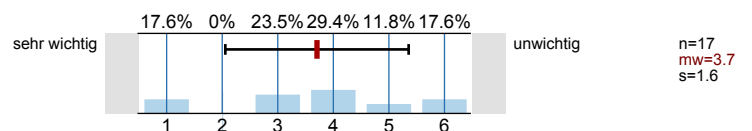
soziale Infrastruktur (Kulturangebot, Freizeitmöglichkeiten)



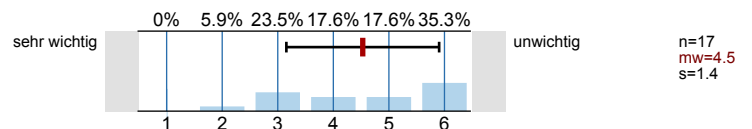
Angebot an qualifizierten Mitarbeitern



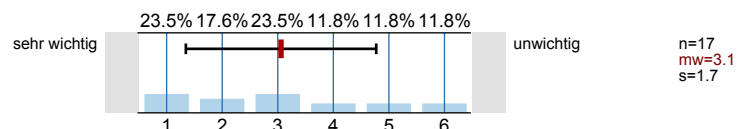
Höhe der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer



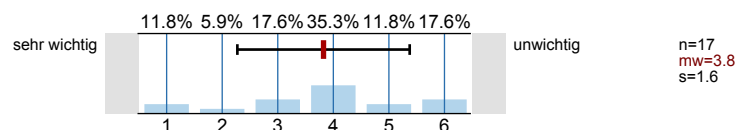
Berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten



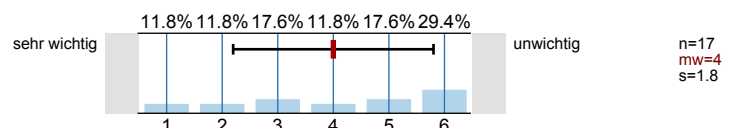
Umwelt- und Lebensqualität als Wohnort



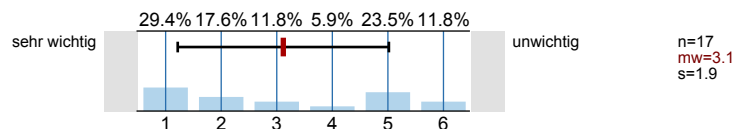
Fördermöglichkeiten



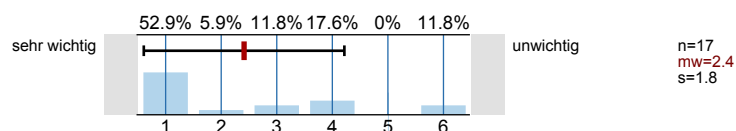
Höhe weiterer kommunaler Abgaben (Gebühren, Erschließungsbeiträge usw.)



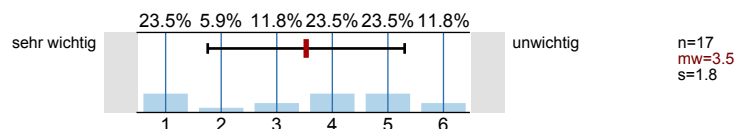
Flächenkosten (Kaufpreis bei Grunderwerb, Höhe der Mieten)



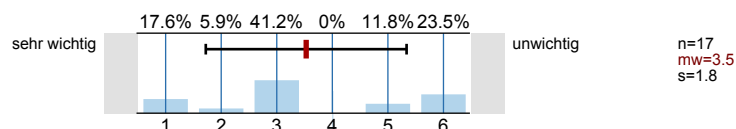
Nähe zu Bezugs- oder Absatzmärkten



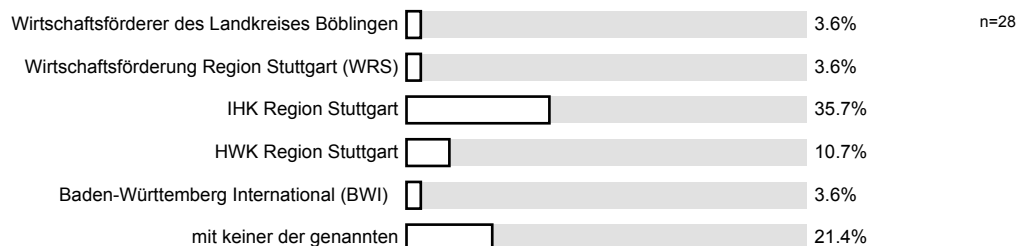
Standorte anderer Unternehmen (Konkurrenz, Kooperationsmöglichkeiten)



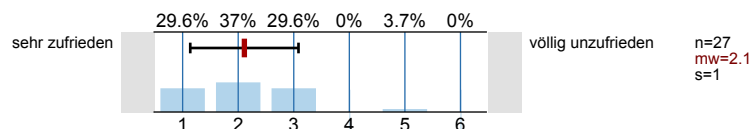
Unternehmerfreundlichkeit der Gemeinde (z.B. Entgegenkommen beim Aufstellen BBauungsplan, Erteilung von Ausnahmen bzw. Befreiungen usw.)



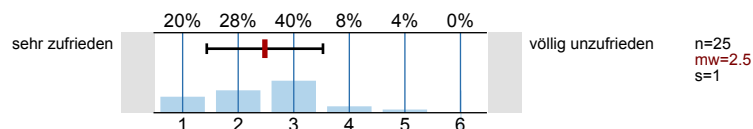
11. Mit welcher/n der folgenden Institutionen standen Sie im Rahmen der Ansiedlung bzw. Gründung in Kontakt? (Mehrfachnennungen möglich)



12. Wie zufrieden sind Sie allgemein mit dem Standort Gärtringen für Ihr Unternehmen?



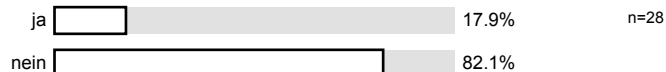
13. Wie zufrieden sind Sie mit dem Verhältnis zur Gemeindeverwaltung?



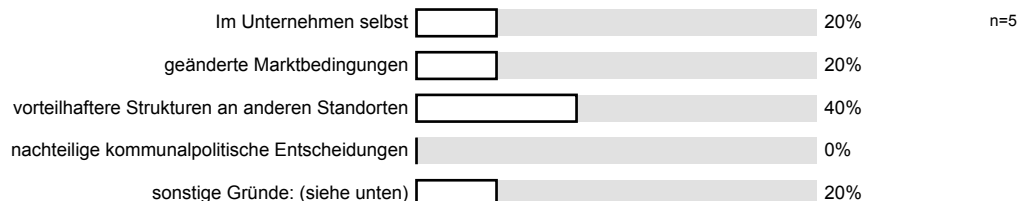
14. Würde Sie sich einen besseren "Draht" zur Gemeindeverwaltung oder eine stärkere Unterstützung der Gemeinde in einem bestimmten Bereich wünschen?



15. Haben Sie in der Vergangenheit einen Standortwechsel in Erwägung gezogen?

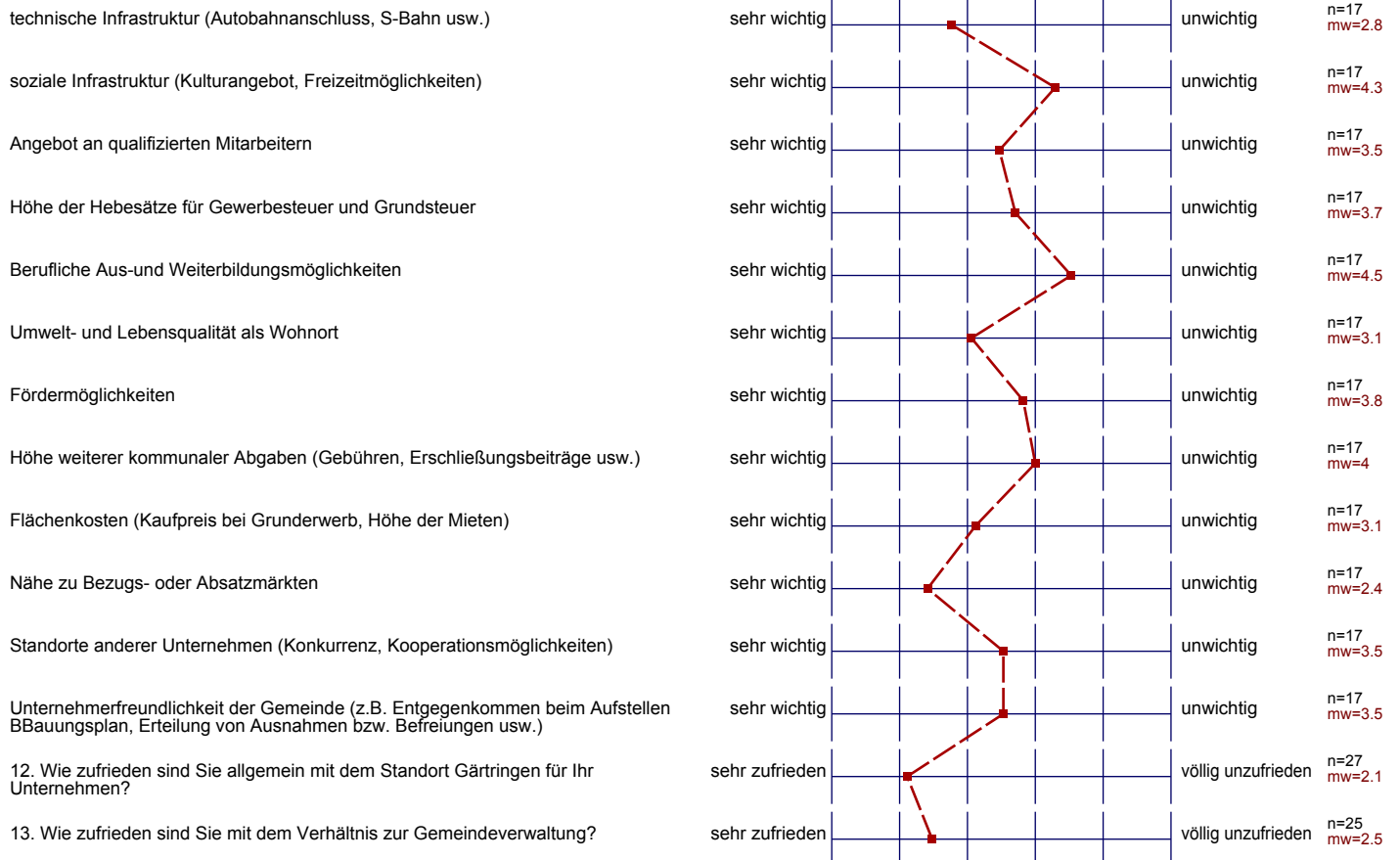


Wenn ja, wo lagen die Gründe für diese Erwägungen?



Profillinie

Teilbereich: Studenten
 Name der/des Lehrenden: Jonathan Zehender
 Titel der Lehrveranstaltung: Befragung der Gärtringer Firmen
 (Name der Umfrage)



Zu Ihrem Unternehmen

Wenn ja, wie?

- - Umsatzrückgang
- - Anstieg der Insolvenzen
- Aufträge sind storniert worden.
- In der Gastronomie ist man immer direkt vom Verdienst der Arbeitnehmer in den großen Betrieben der Region abhängig.
- Investitionen am Bau wurden zurückgestellt und/oder verworfen
- Kunden kommen nicht mehr regelmäßig, daher auch weniger Umsätze
- Kundschaft rückläufig
- Kurzarbeit
- Lieferengpässe der Lieferanten
- Sehr wenig Aufträge
- Unternehmensgründung im Zeitraum der Wirtschafts-/Finanzkrise - daher keine Vergleichsmöglichkeiten
- einnahmen busen
- weniger Geräte verkauft

7. In welchem Jahr wurde Ihr Unternehmen gegründet?

- 12/2010
- vor 1900
- 1886
- 1963
- 1969
- 1978
- 1985 (2 Nennungen)
- 1990
- 1991
- 1997
- 2001
- 2002 (2 Nennungen)
- 2003
- 2005 (3 Nennungen)
- 2006 (3 Nennungen)
- 2007
- 2008 (2 Nennungen)
- 2009
- 2010 (2 Nennungen)
- 2011

Standort Gärtringen

Jahr der Ansiedlung in Gärtringen:

- siehe oben
- 2000 (2 Nennungen)
- 2002
- 2005
- 2006 (2 Nennungen)
- 2007 (2 Nennungen)
- 2008 (2 Nennungen)
- 2010

Welche weiteren Gründe haben Sie bewogen Gärtringen als Standort zu wählen?

- - exponierte Lage direkt an der Autobahn
- Ausschließlich private Gründe.
- Da ich selbst aus Gärtringen bin
- Eigener Wohnort
- Einwohnerzahl, Wohnortnähe,
- Firmensitz des Hauptauftraggebers
- Gleichzeitig mein Wohnort.
- Höhe des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens
- Kein Ausländer feindlichkeit
- Nähe zum Wohnort (Wohnort = Gärtringen)
- Pacht und Lage
- Wohnhaft in Gärtringen.
- Übernahme einer Insolventen Bäckerei Flächenkosten

10. Welche der oben genannten Erwägungen sind für Sie bei der Standortwahl am wichtigsten? (max. 3 Nennungen)

- - Preis
 - technische Infrastruktur
 - Nähe zum Absatzmarkt
- Angebot an qualifizierten Mitarbeitern
 - technische Infrastruktur (Autobahnanschluss, S-Bahn usw.)
 - Nähe zu Bezugs- oder Absatzmärkten
- Das allerwichtigste war die technische Infrastruktur, insbesondere der Bahnanschluss für die Mitarbeiter, danach die Miethöhe für ein repräsentatives Büro und der Gewerbesteuersatz
- Flächenkosten
 - Nähe zu Bezugs und Absatzmärkten
 - Unternehmerfreundlichkeit der Gemeinde
- Flächenkosten
 - Nähe zu Bezugs- oder Absatzmärkten
 - Umwelt- und Lebensqualität als Wohnort
- Höhe des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens
 - Wettbewerbssituation

-
- technische Infrastruktur
 - technische Infrastruktur und Angebot an Qualifizierten Mitarbeitern
 - technische Infrastruktur, Nähe Bezugs- oder Absatzmärkte, Umwelt-/Lebensqualität
 - technische Infrastruktur, Nähe zu Märkten, Umwelt- und Lebensqualität als Wohnort

Wenn ja, in welchem Bereich:

- "Geschäftsleben" findet in Gärtringen hauptsächlich in der Hauptstrasse statt. Geschäfte/Dienstleister, die ausserhalb dieses Hauptstrassenzentrums liegen haben weitaus geringere Chancen und sind abgeschnitten. Der Marktplatz ist mehr oder weniger tot und kein Marktplatz. Die Gemeinde könnte sich zudem mehr für die Selbständigen am Ort engagieren und mehr werben für "im Ort kaufen anstatt auswärts".
- Bei der Auftragsvergabe von örtlichen Aufträgen
- Beschilderung, Wegenetz
- Direkter Kontakt mit führenden Betrieben in Gärtringen.
Regelmässige Abfrage der Wünsche und Notwendigkeiten der Betriebe.
- Flexibilität bei Genehmigungen und Unterstützung bei Emissionsbeschwerden
- In Sachen Friedhofsamt würde ich mich wünschen, dass die Gemeinde diese Verwaltung wieder selbst übernimmt.
- Keine aktuelle Idee. Wenn ich einen besseren Draht benötigen würde, würde ich diesen einfordern.
- Wirtschaftsförderung
- bislang hatten wir kaum Kontakt zur Gemeindeverwaltung
- das mehr für Kleine 1 Frau-Unternehmen getan wird. Auch günstigere Mieten. Denn diese sind definitiv zu hoch.
- früher Gewerberäumlichkeiten
heute kein Wunsch, da weder Förderung, noch sonstige Hilfen in Anspruch genommen wurden

sonstige Gründe:

- Das Unternehmen vergrößert sich - es ist die Frage, wo ein größeres Büro mit einer ähnlichen Verkehrsanbindung zur Verfügung steht.
- Wohnsitzwechsel
- bessere Lage, aufgeschlossenerer Einwohner,

E-Mail vom 08.07.2011:

Hallo Herr Zehender,

es wird Sie vielleicht wundern, aber bei uns sind bis heute keinerlei Reaktionen auf die Erhöhung des Hebesatzes eingegangen. Dafür gibt es vor allem drei Gründe:

1. Bei Personengesellschaften gibt es keine Auswirkungen da eine Verrechnungsmöglichkeit mit der Einkommensteuer besteht
2. Bei Kapitalgesellschaften wirkt sich die Erhöhung bei kleineren Gewinnen kaum aus (bei 50.000 € Gewinn steigt die Belastung um 1.000 €), und bei den größeren Gewinnen ist zwar eine deutlichere Steigerung erkennbar, aber die Werte liegen immer noch niedriger als sie vor der Gewerbesteuerreform von 2008 (einheitliche Steuermesszahl = 3,5 %) waren
3. Wir haben die Begründung für die Steuererhöhungen im Gemeinderat und danach im Nachrichtenblatt relativ ausführlich dargestellt und es gab auch im Gemeinderat ein einstimmiges Ergebnis

Ich habe ihnen als Anlage den Bericht im Nachrichtenblatt und die Übersichten zu dem Thema beigelegt.

Bei den Gewerbebetrieben wird das Thema Gewerbesteuer-Hebesatz wohl auch nicht so wichtig gewertet wie vielfach angenommen wird. Ich denke für Betriebe sind heute andere Faktoren oft sehr viel wichtiger (Größe und Lage des Grundstücks / Preis des Grundstücks / Verkehrsanbindung / schnelle Datenübertragungen usw.) als ein Steuersatz der durch die große Politik ja auch in schöner Regelmäßigkeit verändert wird.

Sollten Sie noch weitere Fragen haben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Ralf Braun

Kämmerer
Bürgermeisteramt Hildrizhausen
Herrenberger Straße 13
71157 Hildrizhausen
Tel: 07034/9387-14
Fax: 07034/9387-40
braun@hildrizhausen.de
www.hildrizhausen.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Jonathan Zehender

Gesendet: Dienstag, 5. Juli 2011 14:48

An: Braun, Ralf

Betreff: Gewerbesteuer Hebesatz

Sehr geehrter Herr Braun,

mein Name ist Jonathan Zehender und ich bin Student des gehobenen Verwaltungsdienstes an der Fachhochschule in Ludwigsburg.

Im Moment bin ich dabei meine Bachelorarbeit vorzubereiten, die vermutlich den Titel "Möglichkeiten der kommunalen Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum - dargestellt am Beispiel der Gemeinde Gärtringen" haben wird.

Ich wende mich nun an Sie als Kämmerer von Hildrizhausen, weil ich erfahren habe, dass Ihre Gemeinde den Hebesatz für die Gewerbesteuer in diesem Jahr von 320% (niedrigster Wert im Kreis Böblingen) auf 380% (höchster Wert im Kreis BB) angehoben hat.

Sofort stellte sich die Frage, was die zentralen Bewegründe für diesen doch sehr steilen Anstieg waren? Und wie haben die Gewerbetreibenden in Ihrer Gemeinde oder Interessenten einer Ansiedlung darauf reagiert?

Wenn Sie dazu kurz Stellung nehmen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar!

Mit freundlichen Grüßen

Jonathan Zehender